

**53. Sitzung**

**Donnerstag, den 02. Oktober 2008**

**Mainz, Deutschhaus**

**Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 (LHG 2009/2010)**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/2640 –

**Erste Beratung**

**dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2008 bis 2013**

**Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags**

– Drucksache 15/2641; Vorlagen 15/2919/2948 – ..... 3159

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2640 – wird zusammen mit dem Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2008 bis 2013 – Drucksache 15/2641; Vorlagen 15/2919/2948 – an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse gemäß § 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags überwiesen. .... 3209*

**Wahl von zwei stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitgliedern**

**des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz**

**Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags**

– Drucksache 15/2659 – ..... 3209

*Der Landtag wählt gemäß Artikel 134 der Verfassung für Rheinland-Pfalz und § 5 des Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof mit Wirkung vom 24. November 2008 auf die Dauer von sechs Jahren einstimmig erneut zu stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitgliedern der Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz*

**Brigitte Meier-Hussing, Hauptstraße 10, 56357 Lollschied, und**

**Dr. Richard Ley, Auf der Ochsenhell 24, 56072 Koblenz. .... 3209**

**Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die staatliche  
Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie  
Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen  
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/2497 –

**Zweite Beratung**

**dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses**

– Drucksache 15/2653 – ..... 3209

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2497 – wird in zweiter Beratung  
und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. ....*

3209

**Landesgesetz zur Änderung des Verwaltungsfachhochschulgesetzes und  
des Landesgesetzes über die Zentrale Verwaltungsschule Rheinland-Pfalz  
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/2333 –

**Zweite Beratung**

**dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses**

– Drucksache 15/2654 – ..... 3209

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2333 – wird in zweiter Beratung  
und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. ....*

3210

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/2414 –

**Zweite Beratung**

**dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses**

– Drucksache 15/2655 – ..... 3210

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2414 – wird in zweiter Beratung  
und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. ....*

3210

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/2503 –

**Zweite Beratung**

**dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses**

– Drucksache 15/2656 – ..... 3210

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2503 – wird in zweiter Beratung  
und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. ....*

3210

**Landesgesetz zur Änderung des Steuerberaterversorgungsgesetzes**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/2628 –

**Erste Beratung** ..... 3210

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2628 – wird an den Haushalts-  
und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. ....*

3210

**Landesgesetz zu dem Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag  
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/2636 –

**Erste Beratung** ..... 3211

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2636 – wird an den Ausschuss  
für Medien und Multimedia – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen..... 3211*

**Am Regierungstisch:**

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

**Entschuldigt fehlten:**

Die Abgeordneten Thomas Auler, Friederike Ebli, Josef Keller, Christine Schneider, Hiltrun Siegrist, Anne Spurzem; die Staatssekretäre Christoph Habermann, Frau Vera Reiß.

**Rednerverzeichnis:**

Abg. Baldauf, CDU: .....	3159
Abg. Bracht, CDU: .....	3210
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU: .....	3209
Abg. Hartloff, SPD: .....	3169
Abg. Lammert, CDU: .....	3210
Abg. Mertin, FDP: .....	3183
Abg. Puchtler, SPD: .....	3207
Abg. Schreiner, CDU: .....	3205, 3207
Beck, Ministerpräsident: .....	3195
Präsident Mertes: .....	3159, 3169
Vizepräsident Bauchhage: .....	3205, 3207, 3209, 3210
Vizepräsident Schnabel: .....	3183
Vizepräsidentin Frau Klamm: .....	3195

**53. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 2. Oktober 2008**

Die Sitzung wird um 13:29 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

**Präsident Mertes:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig, dass wir knapp eine Minute vor der Zeit sind. Das hat damit zu tun, dass der „SWR“ pünktlich einschalten möchte. Deshalb hat er mich gebeten, das genau so zu organisieren, dass wir um 13:30 Uhr mit der Fortsetzung der ersten Beratung des Landeshaushaltsgesetzes beginnen können.

Zunächst einmal berufe ich die Kollegen Guth und Gebhart zu schriftführenden Abgeordneten.

Die Tagesordnung haben wir gestern schon beschlossen, sodass wir wissen, wie es heute weitergeht, nämlich mit der Aussprache zur ersten Beratung. Die Grundredezeit pro Fraktion beträgt 60 Minuten.

Entschuldigt sind Frau Ebli, Frau Siegrist, Frau Spurzem, Herr Keller, Frau Schneider, Herr Auler sowie die Staatssekretäre Herr Habermann und Frau Reiß.

Zu Beginn begrüße ich Senioren der Freiwilligen Feuerwehr aus dem Rhein-Lahn-Kreis. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Darüber hinaus begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus Gau-Bischofsheim. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, damit können wir in die Tagesordnung einsteigen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 (LHG 2009/2010)  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 15/2640 –  
Erste Beratung**

**dazu:**

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz  
für die Jahre 2008 bis 2013  
Unterrichtung durch den Präsidenten  
des Landtags**

– Drucksache 15/2641; Vorlagen 15/2919/2948 –

Wir steigen in die Aussprache ein. Das Wort hat zunächst traditionell der Oppositionsführer, Herr Baldauf.

**Abg. Baldauf, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schlagzeilen der vergangenen Wochen haben viele Menschen beunruhigt. Erst stiegen die Energiepreise in schwindelnde Höhen, dann wurden die Le-

bensmittel teurer, und in den letzten Tagen merken viele, dass die internationale Bankenkrise auch bei uns Auswirkungen haben kann.

Kleinanleger sorgen sich um ihr Ersparnis, Rentner um den Wert ihres Sparbuchs und viele Kreditnehmer um ihre Kredite. Viele Banken haben mit ihrer riskanten Anlagepolitik und durch wilde Spekulationen das Vertrauen der Anleger und ihrer Kunden enttäuscht. Ja, sie haben das Vertrauen vieler Menschen verspielt. Ohne Bonität, Solidität, Zuverlässigkeit, Bodenhaftung, ja Verlässlichkeit gibt es kein Vertrauen. Diese Werte müssen natürlich für die Finanzwelt gelten, aber sie gelten auch im politischen Handeln vor allem auch in diesem Raum.

Vor allem viele Sozialdemokraten klagen in der gegenwärtigen Bankenkrise über die Gier und das wenig vorausschauende Handeln der Banker und Manager. Doch auch hier gibt es Gemeinsamkeiten. Hier wie dort, sowohl beim Investment der Banken wie beim Landeshaushalt, wird mit Zukunftserwartungen hantiert. Die sind auf Sand gebaut. Denken wir an die Pensionslasten dieses Landes. Das ist nur Politik auf Pump. Hier wird Vertrauen verspielt. Politik auf Pump, Versprechen gebrochen, Vertrauen verspielt, Schulden verschleiert.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der Haushalt der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Ein Haushalt, der zutiefst ungerecht, der sozial ungerecht ist.

Herr Ministerpräsident, bleiben wir einmal beim ersten Punkt, bei der Politik auf Pump. Sozialdemokraten haben dabei manchmal ein ganz merkwürdiges Verständnis von sozialer Gerechtigkeit;

(Unruhe bei der SPD)

denn fortlaufend Schulden zu machen, ist die größte soziale Ungerechtigkeit, die man sich überhaupt vorstellen kann.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, die jungen Menschen müssen diese Zeche Ihrer mutlosen Politik bezahlen. Sie muss das nicht mehr interessieren, weil Sie in der kommenden Generation nicht mehr in Amt und Würden sind.

(Pörksen, SPD: Warten Sie mal ab! –  
Unruhe bei der SPD)

Jetzt kommen wir einmal zur Ausgangslage des Landeshaushalts 2009 in Rheinland-Pfalz. Wir steuern in diesem Land auf einen Schuldenstand von 29 Milliarden Euro – 29 Milliarden Euro! – Ende 2008 zu. Das sind umgerechnet über – hören Sie genau zu – 7.000 Euro je Einwohner.

(Hartloff, SPD: Soll ich Ihnen noch  
einmal die Rede von Herrn  
Deubel vorlesen?)

Ich wage nur darauf hinweisen zu dürfen: Nach 17 Jahren SPD-geführter Landesregierung hat sich im Verhältnis zu 1991 nach 44 Jahren CDU-geführter Landesregierung der Schuldenstand verdreifacht. So viel zur Solidität dieses Haushalts.

(Beifall der CDU –  
Licht, CDU: Hört, hört!)

Herr Ministerpräsident, diese Hypothek ist und bleibt mit Ihnen verbunden. Wir haben die paradoxe Situation, dass wir seit dem Jahr 2007 steigende Steuereinnahmen infolge des Wirtschaftsaufschwungs haben. Das begrüßen wir alle. Seit Jahren hätten Sie deshalb auch die Chance gehabt – nicht nur die Chance, sondern die Pflicht –, diesen Marsch in die Schuldenfalle, die gestern Ihr Finanzminister vorgetragen hat, zu stoppen, so wie das viele andere Länder machen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen.

(Beifall der CDU –  
Unruhe bei der SPD)

Doch was macht die Regierung Beck? Da ist ein Verein der Unwilligen am Werk. Da fehlt jeder Sparwille. Der vorgelegte Doppelhaushalt ist ein reiner Schönwetterhaushalt, Herr Beck. Sie und Ihr Finanzminister sonnen sich auch noch in konjunkturellen Aufschwüngen und schreiben Zinsen fort. Das ist unverantwortlich angesichts des Risikos aus der jetzt drohenden Finanzkrise. Vertrauen verspielt!

Auf der Einnahmenseite: Riesenschritte. Und auf der Ausgabenseite: Trippelschritte. Eine deutliche Rückführung der Neuverschuldung wäre Ihnen möglich gewesen, aber dagegen ist Ihre Haushaltspolitik kurzatmig, mutlos und disziplinos. Der Entwurf zum Doppelhaushalt mit Ausgaben in Höhe von jeweils fast 13 Milliarden Euro pro Jahr bleibt weit hinter den Möglichkeiten einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik zurück. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Preis zahlen alle Bürger von Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Das Wirtschaftswachstum wird deutlich abgebremst, die Realeinkommen sinken, und die Abgabentlastungen rücken in weite Ferne. Sie, Herr Ministerpräsident, und Sie, Herr Finanzminister, verspielen die Zukunftschancen unseres Landes. Das zeigt ein Blick auf ganz wenige Zahlen.

Vergleichen wir nur einmal die Finanzplanung, die diese Regierung uns vor zwei Jahren präsentiert hat, mit der jetzigen. Haushaltsplan 2008: Die Steuereinnahmen steigen um 720 Millionen Euro. Die Neuverschuldung sinkt aber nur um 247 Millionen Euro. Gegenüber der Finanzplanung von 2006 steigen die Steuereinnahmen 2009 um 743 Millionen Euro, während die Nettoneuverschuldung aber nur um 239 Millionen Euro sinkt.

Gegenüber dem Finanzplan 2006 bis 2010 steigen die Steuereinnahmen um weitere 743 Millionen Euro. Die Nettoneuverschuldung geht um 241 Millionen Euro zurück.

Gegenüber dem Finanzplan von vor zwei Jahren steigen die Steuereinnahmen 2013 um sage und schreibe 889 Millionen Euro, und die Neuverschuldung sinkt um 254 Millionen Euro.

Wie oft haben Sie hier schon versprochen und angekündigt, dass Sie einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen? Ich kann Ihnen das sagen: Viermal. – 19. Januar 2000: Bis 2008 ist ausgeglichen. – Kurz vor der Landtagswahl – Welch Wunder – 2001: Bis 2006 ist ausgeglichen. – Kurz nach der Landtagswahl – Welch Wunder: Er ist ausgeglichen, aber nur im Kernhaushalt. – 2003 haben Sie versprochen, dass der Haushalt 2008 ausgeglichen wird. Viermal das Versprechen gebrochen.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident Beck, die Menschen haben Ihnen zu lange Zeit geglaubt, gerade weil Sie immer wieder betonen, wie wichtig Ihnen die soziale Gerechtigkeit ist. Was haben Sie gemacht? Versprechen gebrochen und Vertrauen verspielt. Spätestens seit Ihrem Flirt mit den LINKEN weiß es ganz Deutschland: Heute hü, morgen hott,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –  
Unruhe bei der SPD)

aber kein Mut, klare Kante zu zeigen. Mit dieser Politik ist kein Staat zu machen, Herr Ministerpräsident. Nicht in Berlin, aber auch nicht in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU –  
Unruhe bei der SPD)

Wir erinnern uns – so lange ist das noch nicht her –, auf der Bundesebene wollte der Ex-SPD-Chef mit der Linkspartei überhaupt nichts zu tun haben. Auf Landesebene stellte er es seinen Verbänden aber frei, mit den Kommunisten zu paktieren.

(Unruhe bei der SPD)

Wir sehen, was im Moment in Hessen passiert. Um seine Beteuerungen gleich wieder zu konterkarieren, hat er dann eine Kandidatin für das Bundespräsidentenamt benannt, die nur mit den Stimmen der Linkspartei gewählt werden kann.

(Unruhe bei der SPD)

Wie widersinnig, wie widersinnig!

In der Haushaltspolitik das gleiche Durcheinander. Herr Beck, im Bund haben Sie erklärt, dass Sie einen ausgeglichenen Haushalt mittragen möchten. Was machen Sie im Land? Im Land verschulden Sie sich weiter über die nächsten Jahre, ohne eine Perspektive der Entschuldung.

(Beifall der CDU)

Versprechen gebrochen, Vertrauen enttäuscht!

Kurt Beck hat die saftigen Steuererhöhungen des Jahres 2006 mit dem Versprechen gerechtfertigt, damit die

Staatshaushalte gründlich und dauerhaft in Ordnung zu bringen. Für das Land, in dem Sie die volle politische Verantwortung tragen, brechen Sie genau dieses Versprechen, Herr Ministerpräsident. Ihrem Wort darf man leider gar nicht mehr trauen. Als Ministerpräsident genauso wenig, wie man Ihrem Wort als SPD-Bundesvorsitzenden nicht trauen konnte.

Jetzt wird die Landesregierung sicherlich einwenden – ich weiß, was Herr Deubel gerade wieder aufschreibt,

(Zuruf von der SPD: Der schreibt ja gar nicht!)

dann merkt er es sich im Kopf –, nicht bis 2011 erreichen wir einen schuldenfreien Haushalt, nein, wir erreichen ihn natürlich bis 2013.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Das ist dann schon Versprechen Nummer 5.

Jetzt wird es interessant. In der Tat lesen wir im Finanzplan vom Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2013.

(Pörksen, SPD: Das wäre das erste Mal bei Ihnen!)

Es soll aber gar kein gewöhnlicher ausgeglichener Haushalt sein, sondern ein – so wörtlich Herr Deubel auf Seite 41 des Finanzplans – „ein ausgeglichener Haushalt nach rheinland-pfälzischer Definition“.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ein ausgeglichener Haushalt nach rheinland-pfälzischer Definition.

(Licht, CDU: Das könnte auch Gutdünken sein!)

Ja, was ist denn nun diese rheinland-pfälzische Definition? Herr Beck, ein ausgeglichener Haushalt, der immer noch bis zu 900 Millionen Euro neue Schulden macht. Herzlichen Glückwunsch! Ein ausgeglichener Haushalt, der 560 Millionen Euro Kredite aufnimmt.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Ein ausgeglichener Haushalt, dessen Landesbetriebe LBB und LBM über 300 Millionen Euro Kredite aufnehmen, wie Sie es im Übrigen schon seit Jahren tun.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

– Schade, Frau Schmitt, dass Sie heute nicht reden dürfen.

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, hier wagen Sie sich an eine Aufgabe heran, die mehr als gewagt ist. Sie setzen die Grundrechenarten außer Kontrolle. Adam Riese lässt grüßen.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der ausgeglichene rheinland-pfälzische Haushalt nach Deubelscher

Lesart ist ein wahres Wunderding, eine phänomenale Schöpfung, zu der einzig Kurt Becks Landesregierung fähig ist. Ob es wirklich sinnvoll ist, Rücklagen für Beamtenpensionen zu 100 % aus Schulden zu bilden, darüber kann man streiten. Ob es wirklich sinnvoll ist, Landesstraßen und Finanzämter zu 100 % zu finanzieren, darüber kann man diskutieren.

(Zuruf von der SPD: Mit Ihnen nicht!)

Das werden wir auch tun, aber Schulden bleiben Schulden.

(Hartloff, SPD: Also, Sie bauen die Straße nicht!)

Auch dann, wenn man ihnen ein neues Etikett in Form von „Rücklage“ oder sogar „Investition“ aufklebt.

Wenn man nur diese große Nebelmaschine des Herrn Deubel betrachtet, so werden hier Schulden verschleiert, Politik auf Pump. Jetzt stellen wir uns ein Ehepaar vor. Da gibt es den Mann, der zu seiner Frau sagt: Wir müssen uns eine private Altersvorsorge hinterlegen. – Er sagt: Wir nehmen aber nicht unser Erspartes und bringen es auf die Bank – ich erkläre gerade, wie Herr Deubel es macht –, sondern ich nehme einen Kredit auf. – Dann gebe ich meiner Frau das Geld und sage ihr: Leg es bitte an für mein Alter, aber leg es nicht bei einer Bank an, sondern leg es bei mir an. Leih es mir also mit Zinsen wieder zurück, dann habe ich hinterher auch etwas davon, denn irgendwann komme ich mal ins Rentenalter. –

(Harald Schweitzer, SPD: Das ist sehr originell!  
Das ist die Geschichte vom Däumling!)

In dem Rentenalter sage ich dann zu meiner Frau: Jetzt hätte ich aber gerne meine Rentenanwartschaft eingelöst für Energiekosten, Wohnkosten und was ich mir sonst noch leisten will. –

(Zuruf des Abg. Fuhr, SPD)

Wissen Sie, was mir meine Frau dann sagt? Die wird mir sagen: Zahl doch erst einmal deine Schulden zurück! – Haben Sie das verstanden, Herr Hartloff?

(Beifall und Heiterkeit der CDU –  
Harald Schweitzer, SPD: Solch einen Mist,  
den Sie erzählen, den gibt es gar nicht!)

Aber, Herr Deubel, das kann ja auch keiner verstehen. Von daher: Es gibt Landesregierungen, die verkaufen Illusionen. Und der Ingolf Deubel, der Professor unter den Finanzjongleuren, schwingt den Zauberstab wie David Copperfield, nur leider sieht er nicht so aus.

(Harald Schweitzer, SPD: Erzählen Sie  
noch ein paar Geschichten!)

Also, ein ausgeglichener Haushalt ist doch mehr als eine abstrakte Größe.

(Harald Schweitzer, SPD: Erzählen Sie  
noch ein paar Geschichten!  
Die sind so schön!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen doch einen ausgeglichenen Haushalt, um überhaupt noch Spielraum zu haben. Spielraum 2020, Frau Schmitt, damit auch Sie wieder Lehrer beschließen können,

(Heiterkeit der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Spielraum für 2020, dass wir wieder ausreichend Polizeibeamte auf den Straßen haben, dass die Straßen überhaupt intakt sind, und Spielraum für 2020, dass der Notarzt schnell am Einsatzort ist und man nicht auf dem Land leichter und schneller stirbt als in der Stadt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Alle diese Dinge sind doch zu beachten.

(Beifall der CDU)

Und Spielraum dafür, dass die Zinslasten abnehmen.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Aber wir sind bei der Landesregierung – man muss auch mal loben – immerhin schon um einen kleinen Schritt weitergekommen. Bisher war es so, dass die Schulden wie ein Kaninchen unter dem Zylinder des Finanzministers wieder verschwanden.

(Zuruf von der SPD: Wie bei der CDU-Fraktion!)

Jetzt gesteht Zaubermeister Deubel immerhin ein, dass das Land nach 17 Jahren sozialdemokratischer Haushaltspolitik vor der Insolvenz steht. Aus Deubels Rede klingt – sofern wir zugehört haben – nur noch die pure Not heraus. Hausherr Deubel sitzt jetzt in seinem Haus ganz alleine. Jahr für Jahr hat er ein Stück von seinem Inventar verkauft. In diesem Jahr kommt er in seine Räume und stellt fest, dass kein Möbelstück mehr drin ist. Herr Deubel, das ist Pech. In diesem Jahr können Sie sich hinter keinem Möbelstück mehr verstecken. Jetzt wissen wir, dass Sie Schulden machen, und Sie können sie nicht mehr verschleiern. Das ist ein Armutszeugnis für einen Finanzminister.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung betreibt eine Politik auf Pump, sie pfeift auf solide Finanzen und verteilt stattdessen Wohltaten und geht allen unangenehmen Diskussionen aus dem Weg. Führen und kraftvoll Regieren sieht aber anders aus. Da ist nämlich ein anderes Format gefragt. Diese Landesregierung ist leider nur Mittelmaß.

Der Ministerpräsident dieses Landes hat sich gerade eine blutige Nase geholt, als er sich in Gefilde wagte, in denen mehr als nur landesväterliches Schulterklopfen erforderlich ist. Getreu dem Motto des Ministerpräsidenten: Wenn dein Huhn stirbt, bringt dir Kurt Beck ein neues. – Das ist Haushaltspolitik nach rheinland-pfälzischer Definition, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU –  
Pörksen, SPD: Aber Sie werden das  
Huhn nicht betrachten!)

– Sie können sich gar nicht vorstellen, wie ich mich freue, wenn Sie hineinrufen. Das bestätigt mir nur, dass Sie zugehört haben. Danke sehr.

(Fuhr, SPD: Er kann auch dazwischenrufen,  
ohne zuzuhören!)

– Denken Sie immer an die Zuschauer im Fernsehen, dass die nicht politikverdrossener werden. Hören Sie lieber zu.

Langsam aber stetig holen uns die Folgen dieses Politikstils ein. Sie lassen sich genau an einer Zahl festmachen, Herr Deubel: 1,2 Milliarden Euro, – das ist genau der Betrag, den wir an Zinsen aufwenden müssen. – Zinsen sind verlorenes Geld. 1,2 Milliarden Euro in einer Zeit, in der die Zinsen niedrig sind. Das ist Glücksspiel, was Sie hier betreiben. Das kann sich jederzeit ändern. Die Zinsen steigen, und damit steigt auch die Zinslast. Alles verlorenes Geld!

(Zurufe von der SPD)

Nehmen wir nur an, wir hätten 500 Millionen Euro weniger Zinszahlungen. Was bedeutet das? Das wären 10.000 Lehrer, Wissenschaftler und Polizisten mehr. 500 Millionen Euro – das sind 100 % verkehrssichere Landesstraßen. 500 Millionen Euro – das sind modernst ausgerüstete Krankenhäuser oder Hochschulen der Spitzenklasse.

(Ramsauer, SPD: Das ist ja eine  
Milchmädchenrechnung!)

Wir könnten mehr für bessere Bildung tun. Wir könnten unseren Kindern und Enkeln die Chancen geben, die ihnen zustehen. Herr Deubel, die Steuereinnahmen, die in Rheinland-Pfalz je Einwohner zur Verfügung stehen, sind nicht geringer als in anderen Bundesländern. Wir haben also kein Problem auf der Einnahmenseite, aber – das unterscheidet uns eben von anderen Ländern – wir geben zu viel Geld aus.

(Pörksen, SPD: Wofür?)

Um diesem Vorwurf aber auszuweichen, behaupten Sie, man müsse die Finanzen von Ländern und Gemeinden zusammenrechnen. Der neueste Clou: Man rechnet die Finanzen von Land und Gemeinden zusammen, weil erst dann die Finanzschwächen der ärmeren Flächenländer deutlich werden. Das Argument ist aber abenteuerlich. Warum sind denn unsere Gemeinden so schwach? Sie haben den Städten, Kreisen und Gemeinden in den letzten Jahren doch den letzten Cent aus der Tasche gezogen. Seit den 90er-Jahren haben Sie die Kommunen über den Finanzausgleich immer ärmer gemacht.

(Harald Schweitzer, SPD: Was haben  
Sie dagegen getan?)

Jetzt gehen Sie hin und melken die Gemeinden wie eine Kuh, bis die Kuh eines Tages umfällt und keine Milch mehr gibt, und dann nehmen Sie die geschwächten Kommunalfinanzen zum Argument, warum das Land kein Geld hat.

Nein, es bleibt dabei: Diese Regierung hat ein Ausgabenproblem, kein Einnahmenproblem.

(Beifall bei der CDU –  
Licht, CDU: Das ist das Problem!)

Aber wen wundert es? Die Verpackung ist wichtiger als der Inhalt.

(Pörksen, SPD: Wie bei der CDU-Fraktion! –  
Hartloff, SPD: Reden Sie gerade von sich?)

Kleine Programme, große Plakate, wenig Inhalt verpackt in teuren Anzeigen, bunte Bilder für undurchsichtige Pläne! Auch das ist der Landeshaushalt 2009/2010. Kleine Programme und große Plakate!

Beispiele gefällig?

Da nehmen wir das Programm für erneuerbare Energien. Das Motto: Sonnenenergie kostet nichts. –

Frau Conrad, da wird den Leuten doch etwas vorge-macht.

Auch ich bin für erneuerbare Energien.

(Pörksen, SPD: Ach ja!)

Aber Frau Conrad braucht dafür 10 Millionen Euro Landes-gelder, um ihr schlechtes Gewissen zu beruhigen. In Mainz befürwortet sie ein gigantisches Kohlekraftwerk mit allen negativen Umweltfolgen, und dann kommt ein Förderprogramm für Photovoltaik, um von der Kohlendioxyd- und Schadstoffsünde abzulenken. Ich sage Ihnen nur, kleine Programme, große Plakate.

(Beifall der CDU)

Dann geht es weiter. Wenig Inhalt verpackt in teuren Anzeigen.

Die Gedanken sind frei, das Erststudium auch.

(Ministerpräsident Beck: Sehr gut!)

So wirbt die Landesregierung um Studenten aus ande-ren Bundesländern.

Herr Beck, es werden teure Anzeigen auf „SPIEGEL ONLINE“ und in anderen Medien geschaltet. Dafür ist Geld da, aber nicht für die Hochschulen; denn die sind in Rheinland-Pfalz chronisch unterfinanziert.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, sogar das arme Saarland wendet pro Student die doppelte Summe dessen auf, was wir in Rheinland-Pfalz aufwenden. Das muss man sich einmal vorstellen. Wir sind nicht einmal mehr Mittelmaß. Selbst bis dahin ist es in weiten Teilen der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft ein weiter Weg.

Frau Ahnen, wo bleibt eigentlich Ihr Ehrgeiz? Jetzt bringen Sie doch erst einmal die Hochschulen auf Vorder-

mann, und dann träumen Sie weiter, wann Sie Kurt Beck beerben können.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Frau Ahnen, im Übrigen, Universitäten wie München, Heidelberg und Göttingen brauchen keine teuren Hoch-glanzbrochüren. Diese können sich die Studenten heraus-suchen. Das ist das Interessante. Da geht es nach Qualität. Ich sage nur, wenig Inhalt und teure Pla-kate.

(Beifall der CDU –  
Zurufe von der SPD)

So, das nächste Beispiel. Die Landesregierung hat eine Verwaltungsreform versucht. Ich sage einmal „versucht“. Das ist schon sehr freundlich. Aber die Bezeichnung „Reform“ ist unangebracht. Ich kann mich an eine erin-nern, die war vor 40 Jahren unter Helmut Kohl. Das war eine Reform.

(Zuruf des Abg. Noss, SPD)

– Was kann die Landesregierung? Herr Noss, sie führt Bürgerkongresse durch. Das soll doch nur den Eindruck vortäuschen, als könnten in Rheinland-Pfalz die Bürge-rinnen und Bürger mitentscheiden. Dann kommt, dass die Fragen so gestellt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger zwar Ideen haben können, aber diese ganzen Ideen für die Reform null Auswirkungen haben.

(Harald Schweitzer, SPD: Woher  
wissen Sie das denn?)

Da fragt Ihr die Leute, und dann nehmt Ihr sie nicht ernst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist sozial-demokratische Politik in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Schlank in der Verwaltung, fit in der Wirtschaft. Dies steht nur auf den Plakaten der Imagekampagne. Ich sage Ihnen eins, auch hier kleine Programme und große Plakate.

(Beifall bei der CDU –  
Zurufe von der SPD)

Dann kommen wir zu dem nächsten Beispiel: Das Pro-gramm zur Einführung der Realschule plus. Durch die Realschule plus verbessert sich für unsere Schülerinnen und Schüler nichts. Im Gegenteil. Aber auf eins können wir uns bei der Landesregierung verlassen: Teure, bunte Plakate sind schon gedruckt und das, bevor das Gesetz überhaupt vom Landtag beschlossen wird.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Den Schulträgern werden Fristen gesetzt, damit sie eine Schulform in einer Schulreform beantragen, die es nach aktueller Gesetzeslage überhaupt noch nicht gibt, Frau Ahnen. Was ist das bitte für eine Missachtung dieses Parlaments?

(Beifall der CDU)

Frau Ahnen, es ist aber leider nicht zum Lachen; denn von Anfang an hat die Landesregierung bei der Änderung der Schulstruktur nur eins im Sinn gehabt, schnell Fakten schaffen und schnell den Weg zur Einheitsschule einleiten. Da stört doch der Elternwille. Da stören die Einwände der Lehrer. Da stört der Landtag. Da stört erst recht die offene Diskussion. Also wird es mit heißer Nadel gestrickt. Das Parlament wird gar nicht mehr gefragt. Das muss es auch nicht, weil die absolute SPD-Mehrheit sowieso alles abnickt. Die Landesregierung denkt schon für Sie, und die Opposition wird sowieso überstimmt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das nicht den Begriff „Arroganz der Macht“ rechtfertigt, dann weiß ich nicht, wann er sonst gerechtfertigt ist.

(Beifall der CDU –  
Hartloff, SPD: Arroganz des Unwissens!)

Dann haben wir die Kampagne „Wir machen's einfach“. Auch das passt jetzt wieder genau ins Bild. Das führt vor allem dazu, dass vor Ort Verwirrung herrscht. Frau Ahnen, das wissen Sie. Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Eltern, Lehrer und Schüler, keiner weiß mehr, woran er eigentlich ist.

(Zuruf des Abg. Noss, SPD)

Die Landesregierung ist in Not. Frau Ahnen steht vor den Betroffenen unter Druck. Was macht sie? – Sie lässt einen unausgegorenen Referentenentwurf herausgeben. Ein ganz ungewöhnliches Vorgehen. Deshalb, bunte Plakate für undurchsichtige Programme.

(Beifall bei der CDU –  
Zurufe von der SPD)

– Das müssen Sie sich schon zu Ende anhören.

Fazit, die Landesregierung verwaltet nur, sie gestaltet nicht. Der Mut fehlt. Aber eins muss man ihr lassen, die Außendarstellung stimmt, die ist „first class“. Die Plakate sind bunt, aber die Realität in Rheinland-Pfalz ist teilweise trist und grau, Herr Ministerpräsident. Deshalb fordere ich Sie auf, kümmern Sie sich endlich wieder um dieses Land.

(Beifall der CDU)

Aber so beschäftigt sich die Landesregierung lieber mit dem Thema, ob man Frau Conrad auf den Plakaten ein bisschen jünger oder ihrem Alter entsprechend darstellt.

(Zuruf von der SPD: Niveaulos!)

Frau Conrad, das ist kein Thema für dieses Land. Machen Sie einmal ein gescheites Energiekonzept, dann hätten wir mehr von dieser Sache in diesem Land.

Einige Sonnenkollektoren mehr oder weniger auf den Dächern tragen nicht zum Klimaschutz bei.

(Zuruf von der SPD)

– Ich habe es doch nicht gemacht. Fragen Sie Frau Conrad.

Sie tragen doch nicht zum Klimaschutz bei, sondern belasten dauerhaft den Landeshaushalt. Das ist eben nicht nachhaltig. Das dient nur der Selbstberuhigung und ist einfach zu wenig.

Werbeagenturen können mit ihren Plakaten keine Regierungsarbeit erledigen, auch wenn sie noch so teuer sind. Herr Bruch, das gibt bestenfalls eine politische Bruchlandung. Wirklich Fliegen lernen, wirkliche Innovationen, Schritte nach vorne sehen anders aus.

Meine Damen und Herren, das Gestalten von Plakaten, Anzeigen und Broschüren ersetzt doch nicht das Gestalten von Politik. Die Bürgerinnen und Bürger wollen auch in Zeiten einer wirklich schweren weltweiten Finanzkrise und bei einer absehbar schwächeren konjunkturellen Lage eine sichere Arbeit.

(Frau Mohr, SPD: Arbeitslosenzahlen!)

Beschäftigungsprogramme allein für Öffentlichkeitsarbeiter und Werbeagenturen helfen nur sehr wenig und nicht unserem Land. Da ist nichts von Kurt Becks Motto „Nah bei den Menschen“ zu spüren. Das ist eine reine Imagepolitik an den Menschen vorbei. Das hat man auch in anderem Zusammenhang gemerkt.

Kurt Beck war zwischenzeitlich das Land Rheinland-Pfalz zu klein geworden. Er träumte von etwas Größere. Für ihn waren auf einmal Prestigeprojekte wichtiger als Politik für die Menschen.

Beispiele: Die Landesregierung hat mit Steuergeldern in Rolandseck ein millionenschweres Arp Museum errichtet. Das ist ohne Zweifel ein interessanter Bau. Allerdings weiß bis heute niemand so genau, was dort eigentlich ausgestellt werden soll.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben ein Skulpturenmuseum, in dem die Skulpturen laufen gelernt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, der Untersuchungsausschuss wird zeigen, dass nicht die Landesregierung in diesem Fall das Opfer ist. Nein, im Gegenteil, der Ausschuss wird zeigen, wer die Verträge unterschrieben hat, wer die Vorgaben gemacht hat, was dort passieren soll, und wer dafür verantwortlich ist, dass es zwischenzeitlich ein finanzieller Scherbenhaufen geworden ist.

Herr Ministerpräsident, das sind Sie. Geben Sie es endlich einmal zu. Sie haben im Dezember im Ausschuss die einmalige Gelegenheit dazu.

(Beifall bei der CDU)

Thema zwei: Das Drama um den FCK.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Jetzt können Sie mir einmal eins glauben. Ich habe seit 26 Jahren eine Dauerkarte. Mein Herz hängt schon daran.

(Pörksen, SPD: Das merken wir!)

Herr Ministerpräsident, es war im Übrigen auch schön, ich habe Sie am Sonntag wieder oben gesehen. Sie gewinnen ja wieder. Da können wir wieder hingehen.

(Pörksen, SPD: Ach so!)

Eines muss ich Ihnen schon zu dem sagen, was Sie mit dem FCK in den letzten Jahren gemacht haben. Sie haben das als persönliche Bühne und als persönliches Renommierobjekt benutzt.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Verein ist für die gesamte Region wichtig. Was hier passiert ist, aus Größenwahnsinn heraus mit falscher personeller Politik einen Verein so hinzurichten, das hat dieser Verein nicht verdient, nicht der Verein, nicht die Fans, und schon gar nicht die Steuerzahler, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU –  
Ministerpräsident Beck: Das ist unglaublich!)

Meine Damen und Herren, dann kommen wir zu den Beamten. Die sind zwischenzeitlich so weit von den Tarifentwicklungen abgehängt, dass sie schon gar nicht mehr wissen, was Tarife sind. Alle umliegenden Bundesländer und auch der Bund zahlen ihren Beschäftigten mehr.

(Harald Schweitzer, SPD: Ich denke,  
Sie wollten sparen!)

Herr Ministerpräsident, Sie fordern das nur, solange es nicht in Ihrem Verantwortungsbereich liegt, also auf Bundesebene. Ich sage Ihnen nur eines, wenn Sie an anderer Stelle vernünftiger gehaushaltet hätten, nicht mit der Gießkanne über das Land gezogen wären und Ihre Prestigeobjekte hochgepöppelt hätten, dann hätten Sie unseren Beamten jetzt auch schon mehr geben können.

(Beifall bei der CDU)

Zu Recht stehen deshalb die Gewerkschaften auch auf der Matte. Es geht nicht allein um verdiente Erhöhungen für unsere Beamten, sondern es geht darum, dass man die Leistung, die diese Beamten erbringen, auch entsprechend honoriert und ihnen eine Chance gibt, sich weiterzuentwickeln. Das haben Sie völlig außer Acht gelassen. Darum kümmern Sie sich nicht. Ich bin gespannt, was Sie in der Zukunft machen werden. Sie haben die Beamten in den letzten zehn Jahren mit 40 Einsparungen gebeutel. Das ist nicht sozial. Das ist ungerecht.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Thema „Bildung“.

(Ministerpräsident Beck: Alles,  
weil wir zu wenig sparen!)

Da wollen wir doch einmal ein paar Eltern zu Wort kommen lassen, weil doch alles so schön ist in diesem Land. Eine Mutter aus Wittlich – ich zitiere –: In den ersten vier Wochen nach den Sommerferien sind 35 Unterrichtsstunden in der Klasse meines Sohnes ausgefallen. –

Ein Vater aus Worms – ich zitiere –: Unser Sohn ist in der 7. Klasse. Laut Stundentafel wurde meinem Sohn der Religionsunterricht komplett gestrichen und Englisch wie auch Computerunterricht um jeweils eine Stunde gekürzt. –

Ich könnte das jetzt bis übermorgen fortführen. Wir haben eine Flut von Anfragen und Meldungen auf unserer Homepage [www.unterrichtsausfall-rlp.de](http://www.unterrichtsausfall-rlp.de). Herr Ministerpräsident, das ist so bezeichnend, dass es hier im Argen liegt, Frau Ahnen, dass hier dringend etwas getan werden muss, und Sie reden nur davon, dass der Arbeitsmarkt für Lehrer leergefegt ist.

Auf der anderen Seite hat sich die Anzahl der Ausbildungsplätze für das Gymnasiallehreramt in den letzten Jahren kaum verändert, und das nicht, weil es nicht genug Bewerber gab,

(Hartloff, SPD: Haben Sie schon einmal etwas von diesem Zyklus gehört?)

nein, Sie stellen zu jedem Einstellungstermin 200 ein und lehnen noch einmal genauso viele ab. Was meinen Sie, wo die hingehen, wenn sie eine gefragte Fächerkombination haben? Sie gehen natürlich dahin, wo die Bildung noch etwas wert ist. Das ist aber leider nicht mehr in Rheinland-Pfalz.

Erhöhen Sie endlich die Zahl der Referendariatsplätze, und kündigen Sie es nicht immer nur an. Dass für Sie unsere Lehrerinnen und Lehrer nur Manövriermasse sind, haben Sie schon mit den Sparmaßnahmen gezeigt: 40 Sparmaßnahmen in zehn Jahren! –

Herr Ministerpräsident, ich muss Sie schon fragen: Sieht so die von Ihnen geforderte Teilhabe am Wirtschaftsaufschwung wirklich aus? – Diese unehrliche Lohnpolitik lässt sich mit der unterschiedlichen Bezahlung von Haupt- und Realschülern gerade noch fortführen.

(Hartloff, SPD: Was zahlen wir  
denn den Realschülern?)

Die werden, wenn es nach Ihren Plänen geht, Frau Ahnen, in der Realschule plus in einer gemeinsamen Schule die gleiche Arbeit verrichten.

(Hartloff, SPD: Sie meinen die Lehrer,  
nicht die Schüler! –

Harald Schweitzer, SPD: Das ist doch nur  
ein gradueller Unterschied!)

Aber nicht zum selben Lohn. Wie war das noch gleich mit dem Begriff „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“? Wir als CDU wollen mehr Lehrer für unsere Schüler. Wir wollen weniger Unterrichtsausfall.

(Fuhr, SPD: Aber kein Geld dafür ausgeben!)

800.000 Stunden, die pro Schuljahr ausfallen, sind zu viel. Das reicht.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wir als CDU stehen hinter unseren Lehrern, hinter den Lehrkräften aller Schularten, die verantwortungsvolle Arbeit verrichten.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

– Herr Schweitzer, aber dafür müssen sie auch angemessen bezahlt werden. Die Bildungspolitik der Landesregierung ist zwischenzeitlich auch da nur noch Mittelmaß. Wir haben im Übrigen als CDU auch klare Vorstellungen.

(Zurufe von der SPD: Oh! –  
Fuhr, SPD: Das ist etwas Neues!)

– Ja. Ich erwähne das deshalb, weil ich glaube, dass Sie sich gar nicht vorstellen können, was bei der Bildung noch so wichtig dazukommt. Für uns ist nämlich Bildung mehr als bloße Vermittlung von Wissen, Herr Deubel. Deshalb ist Bildung nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit und der Verwertbarkeit zu betrachten.

(Zuruf von der SPD: Ach ja!)

Sie prägt nämlich die Persönlichkeit, Herr Ramsauer. Das tut sie für ein Leben lang.

(Ramsauer, SPD: Wo waren Sie in der Schule?)

Es geht doch darum, Werte zu vermitteln, Grundhaltungen zu vermitteln, Grundhaltungen wie die Toleranz, die Menschlichkeit, den Respekt,

(Zuruf von der SPD: Ja, Respekt!)

die Pünktlichkeit. Es geht doch um die gesamte Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Das muss doch im Schulalltag eine wesentlich größere Rolle spielen.

Deshalb fordert die CDU-Landtagsfraktion auch schon lange die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf die Grundschule, Frau Ahnen. Hier wird der Grundstein des weiteren Schulerfolges gelegt.

(Hartloff, SPD: Ich habe eben überlegt,  
wo Sie hinwollten!)

Hier muss man ansetzen, wenn man Chancengerechtigkeit wirklich ernst meint. Nur dann können wir wirklich Schichten den Weg zu schulischem Erfolg unabhängig davon ebnen, in welcher Schicht man groß wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind für Ganztagschulen,

(Zurufe von der SPD)

für Ganztagschulen, so viel es die Eltern wünschen,

(Hartloff, SPD: Seit wann?)

nicht die Gießkanne, und im Übrigen für die Kinder gut ist. An die müssen wir nämlich denken.

(Harald Schweitzer, SPD: Das habe ich  
alles nicht gewusst! Das höre  
ich alles zum ersten Mal!)

Wir sind für Ganztagschulen, die mehr bieten als nur Betreuung und Verwahrung. Es ist doch eine merkwürdige Entwicklung, dass die Ganztagschulen ausgebaut werden und trotzdem immer mehr private Nachhilfe vermittelt wird. Jeder dritte Schüler in Rheinland-Pfalz nimmt zwischenzeitlich private Nachhilfe, Frau Ahnen.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Nehmen  
Sie doch auch einmal welche!)

Förderung und Hilfestellungen gehören in die Schule. Bildung und bessere Noten dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Das ist doch sozial ungerecht.

(Hartloff, SPD: Deswegen machen  
wir Ganztagschulen!)

Bildungs- und damit Teilhabechancen müssen allen Kindern auch aus bildungsfernen Schichten gleichermaßen offenstehen – da sind wir doch einig –, damit auch die eine gute Schulausbildung bekommen.

(Ministerpräsident Beck: Deshalb SPD! Das kann  
nicht anders sein! Das war die einzige Antwort!)

Deshalb wird die CDU auch alles dafür tun, die Aufstiegschancen in der Gesellschaft zu verbessern. Das fängt vor allem im Kleinen an. Im Kleinen fängt es an, Herr Beck.

(Ministerpräsident Beck: Das ist bei Kindern so,  
Herr Kollege, dass es im Kleinen anfängt!)

Deshalb fordern wir auch eine qualifizierte Hausaufgabenbetreuung in der Schule. Frau Ahnen, wir fordern eine qualifizierte Hausaufgabenbetreuung in der Schule

(Zuruf der Abg. Frau Raab, SPD)

– Frau Raab –, damit nicht verbreitet Nachhilfeunterricht von jedem dritten Schüler in diesem Land in Anspruch genommen wird, damit der Bildungserfolg nicht allein vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

(Frau Schmitt, SPD: Das ist doch Quatsch!)

Diese Hausaufgabenbetreuung muss zuerst mit denen eingeführt werden, die sie am notwendigsten brauchen, Frau Ahnen. Das ist in den sozialen Brennpunkten unserer Großstädte. Dann muss sie schrittweise ausgeweitet werden, damit alle rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, am schulischen Lernprozess erfolgreich teilzunehmen. Das ist dann echte Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ahnen, Chancengerechtigkeit heißt aber auch, dass wir Bildung im Schulalter weitestgehend kostenfrei

halten. Das bedeutet, dass wir uns in Sachen Lernmittelfreiheit dringend eine Lösung einfallen lassen müssen.

(Zurufe von der SPD)

Dem Landeselternbeirat wie auch einer Vielzahl von Elterninitiativen ist dies ein wichtiges Anliegen; denn wenn man sich überlegt, dass eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern pro Jahr 500 Euro für Schulbücher bezahlen muss, muss man hier darüber nachdenken, wie man mit dem Thema umgeht. Da sind noch nicht die Kosten für die Kopien und nicht die Kosten für die Lektüren, die sowieso schon anfallen, eingerechnet.

(Harald Schweitzer, SPD: Schulfrühstück haben Sie vergessen!)

Man muss ja nicht einmal mehr nah am Existenzminimum verdienen, wenn man diese Summe überhaupt schultern will und locker schultern kann.

(Harald Schweitzer, SPD: Sie haben das Schulfrühstück vergessen!)

Deshalb brauchen wir eine unbürokratische Lösung. Da kann ich Ihnen, weil Sie sonst wieder fragen, wie wir das finanzieren können, jetzt einmal einen Vorschlag machen.

(Zurufe von der SPD)

Man muss nämlich einmal darüber nachdenken, wie so etwas funktionieren kann. Ohren auf, jetzt kommt mein Vorschlag: Eine Möglichkeit wäre beispielsweise ein Leihsystem.

(Zuruf von der SPD: Ein was?)

– Ein Ausleihsystem.

(Hartloff, SPD: Auch gar nicht so neu!)

Die Bücher werden in drei Durchläufen an die Schüler gegen eine Gebühr für das Schuljahr ausgegeben. Es wäre dann in Höhe der Leihgebühr nahezu kostenneutral und würde die Eltern massiv entlasten.

(Ramsauer, SPD: In anderen Ländern haben sie es gerade abgeschafft!)

Das ist ein praxisnaher Vorschlag zur Chancengerechtigkeit. Schauen Sie in Niedersachsen, da wird es genau so gemacht.

(Ramsauer, SPD: In Baden-Württemberg haben sie es abgeschafft!)

Statt sich diesen Fragen aber grundlegend anzunehmen, setzen Sie, Frau Ahnen, und Sie, Herr Beck, nur auf Mittelmäßigkeit, schöne Sonntagsreden, und dann machen wir noch ein bisschen etwas gleicher, als es sowieso schon ist. Ich will es hier in diesem Raum ausdrücklich sagen, wir stehen für eine echte Wahlfreiheit auch im Bildungssystem.

(Hartloff, SPD: Was heißt denn das?)

Sie stehen für Beliebigkeit. Wir stehen für ein differenziertes Schulsystem zugunsten unserer jungen Menschen, unserer Kinder.

(Hartloff, SPD: Also Hauptschule weiter erhalten!)

Sie stehen für die Einheitsschule. Die SPD-Bildungspolitik hat in den letzten 17 Jahren doch ihre Spuren hinterlassen. Zu vieles ist doch versäumt, und zu vieles ist doch auch zerstört worden.

Was passiert denn derzeit in der Schullandschaft in Rheinland-Pfalz? Es werden funktionierende Realschulen ohne Not zerschlagen.

(Beifall bei der CDU)

Die Hauptschule wird mit der Realschule in einen Topf geworfen und heißt nun Realschule plus.

(Zurufe von der SPD)

Was bringt das den Hauptschülern? Diese werden Hauptschüler bleiben.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, die Hauptschule kann man abschaffen, aber nicht die Hauptschülerinnen und Hauptschüler. Hätte die Landesregierung in den letzten 17 Jahren die Zeit genutzt, die Hauptschule mit dem Ziel aufzuwerten, bitte kein Abschluss ohne Anschluss, hätten doch unsere Hauptschülerinnen und Hauptschüler wirklich eine Perspektive. So kann man doch nicht mit jungen Menschen umgehen.

Zudem hat die Landesregierung keine pädagogischen Konzepte. So will die Landesregierung die Schulstruktur im Land grundlegend verändern. Bei der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung soll aber komischerweise alles beim Alten bleiben. Wissen Sie, was das heißt?

(Ramsauer, SPD: Wo leben Sie denn?)

– Herr Ramsauer, man kann sich auch in Zukunft in Rheinland-Pfalz zum Hauptschullehrer ausbilden lassen, obwohl es die Schulart gar nicht mehr gibt. Das nenne ich ein wohlüberlegtes und durchdachtes pädagogisches Konzept für die neue Schulform Realschule plus.

(Beifall der CDU – Zurufe von der SPD)

Dazu passt übrigens auch die Forderung der Bundes-SPD – ich weiß nicht, ob Sie noch mit dieser reden –, ein gesetzlich verbrieftes Recht auf einen Hauptschulabschluss zu fordern, um gleichzeitig im Land die Hauptschule abschaffen zu wollen. Was passt hier zusammen?

(Harald Schweitzer, SPD: Mit der Rede hat Ihnen die Fraktion wieder etwas eingebrockt!)

Machen wir uns doch nichts vor. Die Realschule plus veranlasst viele Eltern, ihre Kinder zukünftig ins Gymnasium zu schicken. Der Ruf der Hauptschule ist ruiniert. Die Realschule gerät in Gefahr, und der Ruf auf das Gymnasium wächst. Das führt zwangsläufig dazu, dass

die Leistungsanforderungen am Gymnasium abnehmen werden. Es wird einen Dominoeffekt geben, der die Unterschiede zwischen den verschiedenen Schularten vollkommen verwischen wird.

(Licht, CDU: Das ist die Gefahr!)

Dann heißt es vielleicht Integrierte Gesamtschule, aber ihr Ziel, Frau Ahnen – das sollten Sie auch deutlich sagen –, ist es, in diesem Land flächendeckend die Einheitsschule einzuführen.

(Ramsauer, SPD: So ein Geschwätz!)

Die Hauptschule gibt es schon nicht mehr. Die Realschule wird zerstört. Das Gymnasium wird abgewertet. Das ist der Weg in die Einheitsschule. Diesen gehen wir nicht mit.

(Beifall der CDU –  
Hartloff, SPD: Welchen Popanz  
bauen Sie denn auf? –

Ramsauer, SPD: Baldauf setzen, 6!)

Wenn ich mir die Bildungspolitik der SPD ansehe, ist sie alles andere als sozial gerecht. Die SPD will alle Schüler in einen Topf werfen, nämlich Einheitsschule oder Zwischenschritt IGS als Gesamtschule light oder Einheitschule nach rheinland-pfälzischer Definition.

Frau Ahnen, das wird den unterschiedlichen Begabungen in keiner Weise gerecht. Den eher praktisch veranlagten Schülerinnen und Schülern stellt die Landesregierung mit der Abschaffung der Hauptschule kein eigenes Angebot mehr zur Verfügung. Die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler können ihre Fähigkeiten nicht mehr entwickeln, und den schwachen geben Sie keine Chance. Die talentierten Schülerinnen und Schüler werden in ihrer Begabung gehemmt, und die schwachen werden benachteiligt. Das ist sozial ungerecht.

(Beifall der CDU und der FDP)

Frau Ahnen, dann wird noch eines passieren. Durch diese Nivellierung der Abschlüsse und dadurch, dass das Abitur nichts mehr wert sein wird, wird ein Run auf die Privatschulen einsetzen – das sage ich Ihnen voraus –, mit der klaren Konsequenz, dass wir dann das erreichen, was wir nie erreichen wollten, nämlich dass es eine Frage des Geldbeutels ist, ob man eine gute Ausbildung oder eine schlechte erhält. Das geht nicht mit uns.

(Beifall der CDU und der FDP)

Ich nenne noch eine Zahl, damit man weiß, über was man redet. In England kostet ein Jahr in der Privatschule 14.000 Euro. Das ist ganz sozialdemokratisch, wenn wir solche Maßnahmen ergreifen müssen.

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, eine Anmerkung kann ich Ihnen überhaupt nicht ersparen. Sie werden nämlich sofort wieder sagen, ja, die CDU, Schulden will sie noch aufnehmen, zusätzliche Anträge stellen, und sparen tut sie gar nichts. Wer redet nach mir? Herr Hartloff? Dieser sagt es sowieso. Sie kann

überhaupt nicht mit Geld umgehen. Sie hat so viele Forderungen, die wir überhaupt nicht unter unseren Hut bekommen. Richtig ist, diese bekommt Ihr auch nicht unter Euren Hut.

(Beifall der CDU)

Es wird natürlich ein großer Punkt ganz vorne stehen.

Herr Beck, das ist die Frage der Steuerentlastungen für die Fleißigen, die Mittelschicht. Ich sage Ihnen nur eines dazu. Sollten Sie das nachher bringen, möchte ich Sie auch bitten, dazu zu erklären, ob Sie das Prinzip unter Helmut Kohl, Otto Graf Lambsdorff und Gerhard Stoltenberg aus den 80er-Jahren, die fleißigen Menschen zu entlasten, ihnen wieder mehr Geld in die Tasche zu geben und damit die Binnenkonjunktur anzukurbeln, für falsch halten. Das würde mich an Ihrer Stelle interessieren. Sonst sind Sie nämlich besser ruhig.

(Beifall der CDU)

Ich hatte nur drei Plakate dabei. Ich freue mich darauf, wenn Sie nachher sämtliche Pressemeldungen – wir sind fleißig; wir produzieren Pressemeldungen – und die CDU-Anträge herausziehen, was wir alles gefordert haben.

Herr Deubel, ich sage es Ihnen schon jetzt. Das ist deshalb ganz unredlich, weil Sie dabei völlig außer Acht lassen, dass wir, wenn wir die Regierung stellen würden, nicht einen solchen Scherbenhaufen in der Ausgabenpolitik hinterlassen würden. Unsere Ausgaben würden gezielt formuliert und nicht mit der Gießkanne und dem Wählerverhalten nach über das Land ausgeschüttet werden.

(Beifall der CDU)

Sie können eines nicht bestreiten. In den letzten zehn Jahren gab es in jeder Haushaltsberatung klare Anträge der CDU, in denen wir klargestellt haben, wo wir Minderausgaben haben wollen.

(Zurufe der SPD)

Ich weiß nicht, ob Frau Schmitt schon so lange im Landtag ist. Ich sehe gerade, dass sie sogar schon Mitglied im Haushaltsausschuss war. Ich nenne den Nachtragshaushalt 2003. Jetzt überlegt sie. Die Landesregierung hat doch tatsächlich sämtliche Kürzungsvorschläge übernommen, die wir vorher in den eigentlichen Haushaltsberatungen präsentiert hatten. Herzlichen Dank! Sie haben es kapiert. Wir hatten die richtigen Anträge gestellt gehabt.

(Beifall der CDU)

Dann erzählen Sie uns in diesem Hause, wir würden keine Kürzungsvorschläge machen. Das ist der Witz schlechthin.

(Zurufe von der SPD)

Überlegen Sie doch einmal, was Sie hier erzählen!

(Beifall der CDU)

Das kann ich Ihnen nicht ersparen. Darauf bin ich schon ein paar Mal angesprochen worden. So weit kommt es schon. Sogar ich werde auf die Fahrtkosten für die Landesbediensteten angesprochen. Reaktion der Landesregierung: Njet! Machen wir nicht.

Nachdem Sie alle eine Nacht darüber geschlafen haben, kam der große Sinneswandel. Was vorher völlig falsch und unfinanzierbar war, haben Sie plötzlich gemacht.

Ich weiß es noch genau, als wir vor zwei Jahren ange-regt haben, über die Anzahl der Ministerien und der Minister nachzudenken. Durch diesen Raum ging ein wütendes Geschrei. Es wurde gesagt, wir haben so ausgelastete Minister, dass wir nicht sparen können. Als zwei Monate später Herr Zöllner nach Berlin geflohen ist, ging es plötzlich doch.

(Beifall bei der CDU)

So viel zur Haushaltsehrlichkeit, Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

(Beifall der CDU)

Herr Deubel, ich muss es Ihnen lassen. Eine gewisse Geschmeidigkeit haben Sie. Sie sind auch ein alter Judokämpfer. Verlangen Sie doch bitte nicht von uns, dass wir uns an unser Wort halten sollen, wenn Sie Ihr eigenes fressen. Das geht in diesem Fall nicht.

(Ramsauer, SPD: Also Sie halten Ihr Wort nicht!  
Das wollen wir einmal festhalten!)

Herr Beck, Politik auf Pump, immer wieder gebrochene Versprechen, immer wieder verspieltes Vertrauen und eine drückende Schuldenlast, die nicht abgebaut wird, das ist der Haushalt 2009/2010 dieser Landesregierung. Kurzum, Sie haben keinen Blick für das, worauf es wirklich ankommt. Wenn der Finanzminister so viel Energie auf Einsparungen und Schwerpunktsetzungen wie auf Tricksen, Täuschen und das Hin- und Herschieben von Nebenhaushalten gelegt hätte, ginge es Rheinland-Pfalz wesentlich besser.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist kein guter und solider Haushaltsentwurf. Ich fordere Sie deshalb in der Landesregierung auf: Stoppen Sie diese Politik der Schuldenmacherei! Handeln Sie jetzt, bevor es zu spät ist und Rheinland-Pfalz in ein haushalts- und finanzpolitisches Fiasko schlittert! Wir müssen doch langfristige und nachhaltige Perspektiven entwickeln und den Menschen Sicherheit geben, dass sie zukünftig nicht nur Zinsen zu zahlen haben, sondern auch noch etwas gestalten können. So viel zum Thema „Verwalten statt Gestalten“.

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

(Ministerpräsident Beck: Mein Gott!)

– Ich bin noch nicht Ihr Gott, keine Angst.

(Heiterkeit bei der SPD –  
Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Dieser Haushaltsentwurf ist nur dem persönlichen Ansehen des doch so sehr gescholtenen und getretenen Ministerpräsidenten geschuldet. Geschenke erhalten die Freundschaft, Geschenke erhalten den Wähler. Willkommen an Bord, Herr Ministerpräsident. Wir sind froh, dass Sie wieder da sind.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Jetzt kümmern Sie sich doch endlich einmal um die Landespolitik und darum, dass Ihr Finanzminister einen schuldenfreien Haushalt vorlegt. Zeigen Sie einmal, dass Sie doch noch etwas leisten können und es nicht richtig war, sie aus der Bundespolitik abzulösen.

Wir erwarten von Ihnen einen schuldenfreien Haushalt. Wir erwarten von Ihnen Nachhaltigkeit zugunsten und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der CDU –  
Ramsauer, SPD: Große Sprüche, kleine Inhalte!  
Die zehn Freunde haben auch geklatscht!)

#### **Präsident Mertes:**

Meine Damen und Herren, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus Gau-Bischofsheim, Erzieherinnen der Kindertagesstätte Regenbogen aus Germersheim, Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachwuchsförderprogramm der CDU Rheinland-Pfalz und ganz besonders Frau Sigrid Bendel, die Gewinnerin des Quiz anlässlich des Rheinland-Pfalz-Tages 2008. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Jochen Hartloff das Wort.

#### **Abg. Hartloff, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der 11.11. ist doch noch gar nicht gewesen, Herr Baldauf.

(Beifall der SPD)

Sie haben uns ein Schuldenszenario aufgemacht, bei dem ich mich gefragt habe: War das der Vorsitzende der CDU, die gerade ihr Haus verkauft hat, damit sie ihre Finanzen richten kann?

(Zurufe von der FDP: Oh! –  
Baldauf, CDU: Unverschämtheit! Frechheit! –  
Zuruf von der CDU: Immer dieser Stil! –  
Zuruf des Abgeordneten Dr. Schmitz, FDP)

– Es ist eine Unverschämtheit, dass Sie das verkauft haben. Stimmt das nicht?

Leute, was ist denn dabei? Ich habe das in der Zeitung gelesen. Ich habe auch in der „RHEINPFALZ“ vom 30.

September gelesen, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende in Rheinland-Pfalz für Steuersenkungen plädiert

(Baldauf, CDU: Wie Sie!)

und dafür gegebenenfalls den Haushaltsausgleich auf Bundesebene zeitlich zu verschieben gedenkt.

(Zuruf von der SPD: Das hat er vorhin gar nicht erwähnt!)

Herr Kollege Baldauf, wie glaubwürdig sind denn Ihre Ausführungen, wenn Sie dann das Schuldenmenetekel an die Wand werfen?

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Baldauf, Sie haben sich die Bildungspolitik herausgenommen, um hier die Politik der Landesregierung anzugreifen. Ein gutes Terrain, auf dem wir streiten können.

(Licht, CDU: Da sind die Eltern im Land anderer Meinung!)

Das, was wir hier bildungspolitisch im Kita-, im Schul- und im Hochschulbereich machen, hat vielfach Beispielcharakter für Entwicklungen in Rheinland-Pfalz, ob es die Ganztagschule oder das Modell „Realschule plus“ ist, weil man in der ganzen Bundesrepublik erkannt hat – nur vielleicht bei der rheinland-pfälzischen CDU noch nicht –,

(Pörksen, SPD: Bei der FDP aber auch nicht!)

dass die Hauptschule in der jetzigen Form trotz aller Bemühungen nicht weiterzuführen ist, weil die Eltern mit den Füßen darüber abstimmen, wohin die Kinder gehen, Herr Kollege.

(Licht, CDU: Wo waren denn Ihre Bemühungen?)

Ist das spurlos an Ihnen vorbeigegangen, oder haben Sie keine Bildungspolitiker mehr in Ihren Reihen, die Sie besser beraten?

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Dann haben Sie uns immer wieder vorgerechnet – oder hat das vielleicht doch Frau Abgeordnete Dickes gerechnet? –: Werbungskosten in Rheinland-Pfalz.

(Licht, CDU: Wir haben Verständnis, dass Sie das nicht verstehen, weil Sie noch im Nebel der Rede von Herrn Minister Professor Dr. Deubel waren! –  
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Ich will Ihnen einmal sagen, diese Kampagne kostet 2 Millionen Euro, nicht zusätzliches Geld, sondern aus den Mitteln der Ressorts. Bei einem Haushalt von über 12 Milliarden Euro sind das 0,02 %. So ist das, Herr Kollege Eymael. Genau diese Kampagne hat der Kollege angesprochen. Mit diesen unter 2 %, also zwei Hundertstel Prozent, möchte Herr Baldauf in alles investie-

ren, was er uns hier erzählt hat. So viel zur Seriosität von Politik.

Ich will noch einmal ein paar Sachen vorausschicken.

(Bracht, CDU: Sie sollten einmal seriös werden, Herr Kollege!)

– So seriös wie auf der Seite von Herrn Baldauf.

Dort ist zu lesen: 900 Lehrer – Regierungsprogramm der CDU Rheinland-Pfalz; das können Sie herunterladen – fordern Sie noch immer. Das steht immer noch auf dieser Seite, ganz aktuell von Herrn Baldauf plakatiert.

Herr Kollege, wenn ich noch ein bisschen weitergehe: Sie nennen den 1. FC Kaiserslautern und fordern etwas. Ich lese in der „RHEINPFALZ“ Kaiserslautern vom 11. April 2008 – Christian Baldauf war in Kaiserslautern; was sagte er dort? –: Der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende der Partei im Mainzer Landtag drängt vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sportlichen Krise beim FC Kaiserslautern auf eine Hilfe der Landesregierung für die Stadt. – Herr Baldauf, so etwas aber auch, aber nein.

(Beifall bei der SPD –  
Zurufe von der SPD: Oh! –  
Zurufe der Abg. Baldauf und Bracht, CDU)

Sich hier an das Pult stellen und im Land etwas anderes erzählen, das ist Ihr Politikstil.

(Licht, CDU: Wenn Sie den Schaden anrichten, müssen Sie auch dafür sorgen, dass er behoben wird!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege, ich will gar nicht dem Redekonzept – wenn es eines war – folgen. Lassen Sie mich dem, was mit dem Haushalt vorgelegt wurde, voranstellen: Mutig und entschlossen für die Menschen in Rheinland-Pfalz.

(Bracht, CDU: Wo denn?)

Das ist das Motto für diesen Doppelhaushalt.

(Beifall der SPD –  
Zuruf von der CDU: Was?)

Es geht uns darum, trotz angespannter Haushaltslage, mutig die Zukunft unseres Landes ins Visier zu nehmen. Dieser Haushalt ist keine Mängelverwaltung, sondern setzt bewusst an wichtigen Stellen Schwerpunkte. Entschlossen, damit meine ich, dass wir als Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion genau wissen, wohin wir wollen.

Ziel ist nicht nur die Eindämmung der Neuverschuldung – das ist ein wichtiges Ziel –, sondern wir müssen auch Akzente setzen, um unser Land positiv weiterzuentwickeln. Auch das ist Generationengerechtigkeit, auch das hat etwas mit Chancengleichheit zu tun.

Es geht um zukunftssichere Arbeitsplätze und um gute Lebensqualität in Rheinland-Pfalz. All diese Ziele verfol-

gen wir nicht zum Selbstzweck, sondern für die Menschen im Land. Diese haben uns mit ihrem Wahlergebnis beauftragt, das zu tun. Es ist notwendig, dass wir das mit Arbeit gestalten.

Jetzt sind Sie sehr oberflächlich auf den Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise eingegangen, Herr Kollege.

(Pörksen, SPD: Das ist sehr zurückhaltend!)

Sie konnten der Plattitüde nicht widerstehen zu sagen, der Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz wäre damit vergleichbar.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Das ist so platt und so fadenscheinig, dass man es wirklich nicht vergleichen kann. Es ist ärgerlich, was Sie gemacht haben.

(Beifall der SPD –  
Pörksen, SPD: Doof! –

Ramsauer, SPD: Das ist unverantwortlich! –  
Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Außerdem sage ich einmal, ich weiß nicht, ob Sie gestern im Saal waren und dem zugehört haben, was Ingolf Deubel zu den Zahlen vorgetragen hat.

(Harald Schweitzer, SPD: Nur körperlich!)

Beispielsweise sind von den Mehreinnahmen 70 % in die Konsolidierung gelaufen, also der Haushalt wurde tatsächlich konsolidiert. Auf den Einsatz von Vermögen wurde verzichtet – das sind weitere Reserven –, und nicht alles wurde in den Haushalt eingestellt, auch wenn Herr Eymael sagt, das stimme nicht. Ich weiß, dass es gestern gesagt wurde.

Ich weiß, dass es Zahlenmaterialien sind. Lassen Sie mich doch noch daran erinnern – wenn Sie schon an Stoltenberg und andere erinnern –: Es war die SPD-geführte Bundesregierung, die die größten Steuersenkungen in der Geschichte Deutschlands durchgesetzt hat.

(Beifall der SPD)

Die Einkommensteuersätze wurden mehrfach herabgesetzt: der Eingangssteuersatz auf 15 % und der Spitzensteuersatz auf 42 %. Gleichzeitig wurden die Grundfreibeträge angehoben. Insgesamt betrug die Entlastung 58,5 Milliarden Euro. Ein Großteil davon kam Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute. Nicht zuletzt deshalb hat Deutschland mit 22 % eine der niedrigsten Steuerquoten im Durchschnitt aller Industrienationen. Vergessen Sie das nicht, das liegt dem zugrunde.

(Beifall der SPD –  
Schreiner, CDU: Was ist mit den Abgaben?)

– Ich werde dazu kommen, keine Angst!

Auch die Abgaben wurden im Übrigen gesenkt, und es gibt Konzepte der SPD, sie weiter zu senken.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die Haushalte steht natürlich die Frage der Verschuldung. Ja, es ist keine Frage, dass wir uns in Deutschland seit langer Zeit in kritischen Verschuldungssituationen befinden. Dies gilt für kommunale Haushalte, für Länderhaushalte sowie auch für den Bundeshaushalt. Das ist überhaupt keine Frage.

Meine Damen und Herren, doch ist Entschuldung ein Selbstzweck? Kann es das alleinige Ziel von Politik sein zu entschulden?

(Schreiner, CDU: Das behauptet doch keiner!)

Oder sind wir es nicht gerade den Menschen und den Kindern schuldig, dass wir trotz hoher Verschuldung aktiv Politik gestalten? – Meine Damen und Herren, beides ist notwendig, und Finanzminister Professor Dr. Deubel hat gestern dargelegt, welche erfolgreichen Maßnahmen – ja, auch schmerzhaft Maßnahmen – in den letzten Jahren zur Konsolidierung des Haushalts getroffen worden sind. Wir sind auch dafür, dass in der Föderalismusreform II eine Schuldenregelung aufgenommen wird, eine Regelung, die es auch möglich macht, dass Haushalte atmen können und man reagieren kann.

(Vizepräsident Schnabel  
übernimmt den Vorsitz)

Es ist sicher auch notwendig, dass auch weiterhin Kredite aufgenommen werden können und damit gearbeitet wird. Es ist notwendig, dass der Staat handlungsfähig bleibt. Menschen mit kleinen und mittleren Einkünften ist ein handlungsfähiger Staat wichtig; denn sie sind auf öffentlich bereitgestellte Leistungen wie Kindergärten, Schulen und Universitäten, aber auch auf ein gut ausgestattetes und gut funktionierendes Sozialsystem und eine gut funktionierende Infrastruktur angewiesen.

Meine Damen und Herren, Spitzenverdiener können sich dies selbst leisten. Sie können sich medizinische Versorgung leisten. Sie brauchen die Leistungen des Staates nicht. Alle Übrigen benötigen sie dringend notwendig, und zwar in guter Qualität. Wir arbeiten in Rheinland-Pfalz daran, dass dies so ist. Dies ist in Rheinland-Pfalz der Fall, und darauf lässt sich gut aufbauen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, die Haushaltsdebatte findet vor einem Hintergrund statt, der wahrlich ernster ist, als ihn Herr Baldauf soeben dargestellt hat. Noch vor vielen Wochen und Tagen konnten wir uns nicht vorstellen, in welcher Form die Krise der Finanzmärkte aus Amerika überall in der Welt wirken würde. Die Krise der internationalen Finanzmärkte hat Deutschland mit aller Wucht erreicht. Dies war vielleicht ansatzweise schon anhand gewisser Schwierigkeiten zu sehen, die verschiedene Landesbanken in der Vergangenheit hatten, aber die Einschläge sind sicherlich näher gerückt bei der notwendig gewordenen Rettung der IKB.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, wir sind sehr froh darüber, dass diese Landesregierung bei der Zukunft der Landesbank Rheinland-Pfalz vorausschau-

end gehandelt hat, die bei der LBBW gut aufgehoben ist und sich gut entwickeln kann, wenn Sie die Risiken auf den Finanzmärkten sehen. – Herzlichen Dank!

(Beifall der SPD)

Da dies ein wichtiger Hintergrund ist, lassen Sie mich einige Ausführungen mehr dazu machen. Seit Montag dieser Woche gibt es unzweifelhaft eine neue Dimension. Die Notwendigkeit vonseiten des Bundes, mit knapp 27 Milliarden Euro für die private Bank Hypo Real Estate zu bürgen, macht deutlich, welche ungeheuerlichen Risiken die derzeitige Verfassung der Weltfinanzmärkte für den Steuerzahler, aber auch für die gesamte Volkswirtschaft in sich trägt. Die Hypo Real Estate ist ein Opfer des Vertrauensverlustes zwischen den Banken selbst. Die Banken refinanzieren sich nicht mehr untereinander durch Kreditvergabe, weil sie nicht mehr wissen, welche Risiken sich bei ihren Partnern verbergen.

Dieser Vertrauensverlust ist wie eine ansteckende Krankheit. Deshalb musste staatlicherseits schnell eingegriffen werden. Das Vertrauen in die Märkte ist zu stabilisieren, und es geht nicht darum, dass man, wie es andere propagieren, Geld gleichsam irgendjemandem in den Rachen wirft, der unverantwortlich damit umgegangen ist.

Natürlich sind wir ärgerlich darüber, welche Blüten Immobilienspekulanten getrieben haben, die behaupteten, dass eine Bank nur rentabel sei, wenn sie eine Rendite von 30 % per annum aufweist und Milliardengehälter und Boni an die Vorstände bezahlt. Dies ist eine ungute Entwicklung der Finanzmärkte,

(Pörksen, SPD: Geldgier!)

und wir brauchen deshalb die Marktwirtschaft, das ist keine Frage. Aber wir müssen jetzt auch handeln, um akut das System zu stabilisieren, damit die Volkswirtschaften nicht darunter leiden.

(Beifall der SPD)

In einem Kommentar der „F.A.Z.NET“ von Stefan Ruhkamp vom Dienstag dieser Woche heißt es:

„Ohne die Rettung der Hypo Real Estate mit dem Geld der Steuerzahler sei für nichts mehr zu garantieren, sagen Politiker und Banker. Die Gefahr einer Kettenreaktion sei zu groß.“

Das gleicht einem Offenbarungseid für das Bankwesen. Es sind doch gerade die Spitzen der deutschen Hochfinanz, die gern über verkrustete Strukturen klagen und sich über die staatliche Regulierungswut mokieren. Jetzt geht es nicht mehr ohne Vater Staat, sagen sie.“

(Pörksen, SPD: Aha! Das sagt selbst die „F.A.Z.“!)

Dies bedarf eigentlich keiner Kommentierung. Dies steht in der „F.A.Z.“, wo vor einigen Wochen noch davon die Rede war, dass es notwendig sei, das deutsche Sparkassenwesen doch deutlich zu dezimieren, weil es doch auch so anachronistisch sei.

Meine Damen und Herren, ich bin froh darüber, dass wir in Deutschland Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben, weil sie in diesem System stabiler sind. Nicht ungefährdet, aber stabiler!

(Beifall der SPD)

Dass die Rettungsaktion derzeit sowohl bei uns als auch in Amerika alternativlos ist, bezweifle ich nicht. Lassen wir uns auch von denjenigen, die etwas gegen die Marktwirtschaft haben, nicht einreden, dass staatlich-dirigistisch alles besser gehe. Das ist auch ein Ammenmärchen, dem man ebenfalls nicht glauben soll.

(Beifall der FDP)

Aber ein entfesselter Markt braucht ebenso Lenkung. Deshalb brauchen wir in diesem System deutlich neue Kontrollen, die man abgeschafft hat, und kein blindes Vertrauen in Rating-Agenturen, die privat gemacht werden. Das hat auch diesen Märkten geschadet, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP –  
Mertin, FDP: Das ist Neoliberalismus!)

– Das ist kein Neoliberalismus, sondern dies ist Marktwirtschaft, in der wir Regeln brauchen, auch für die Finanzmärkte.

(Mertin, FDP: Genau, Regeln! Sie sagen es!  
Wir brauchen Regeln!)

Wir brauchen diese Regeln nicht nur in Deutschland, sondern wir brauchen sie auch in Europa und in der Welt.

Wir müssen natürlich zur Kenntnis nehmen, dass die internationalen Finanzmärkte zum Exerzierfeld der Deregulierung gemacht worden sind, der Entstaatlichung, da staatliche Regelungen als Hemmnis empfunden wurden. Das Ergebnis haben wir nun in der schlimmsten Finanzmarktkrise seit den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts und nach dem Weltkrieg erlebt. Dies müssen wir sehr ernst nehmen.

Wenn der Wirtschaftsweisen Herr Professor Peter Bofinger dieser Tage bei „SPIEGEL ONLINE“ – sicherlich mit einer gewissen Zuspitzung – deutlich gemacht hat, wo diese Deregulierung am deutlichsten zum Ausdruck kommt, stimme ich ihm zu. Er sagt:

„Der Staat hat zugelassen, dass die Aufsicht über die Banken de facto privatisiert wurde. Bis Juli 2007 war die vorherrschende Denke, wenn Rating-Agenturen eine Anleihe als sicher bewerten, ist sie es auch. Welche Risiken wirklich in den Bilanzen der Finanzhäuser stecken, das hat der Staat kaum geprüft.“ – Ja, so war es, und so hat es schrecklich Folgen für viele Menschen, für Banken und für die Volkswirtschaft in Amerika. Deshalb ist nicht auszuschließen, dass es konjunkturelle Hemmnisse in größeren Maßen gibt.

Herr Finanzminister Deubel hat gestern darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, Vorsorge zu treffen – dies ist im Haushalt geschehen –, dass es aber auch

notwendig ist, nicht parallel dazu in den Ausgabensituationen mitzumachen, solche Effekte noch zu verstärken und damit die Volkswirtschaften zu ruinieren. Das gehört dazu, wenn man die Verschuldensproblematik vor einem solchen Hintergrund diskutiert, Herr Kollege Baldauf.

(Beifall der SPD)

Bofinger sagt im Übrigen zu den Finanzmärkten: Die entfesselten Finanzmärkte sind keine soziale Marktwirtschaft, sondern turbokapitalistischer Fluch. –

(Zuruf von der FDP: Richtig!)

Recht hat er, der Mann. In Deutschland ist soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln und nicht nach amerikanischem Vorbild umzubilden. Dafür sollten wir uns in Europa einsetzen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich kann mich auch noch daran erinnern – ich verweile ein wenig bei dem Punkt –, dass uns die EU mit ihrer Kommission das angelsächsische Vorbild als allein seligmachend für Europa schmackhaft machen wollte.

Kleiner Schlenker: Bedenken Sie dann auch einmal, wie das mit den privaten Rentenanlagen aussieht, wenn solche Werte rapide verfallen.

(Baldauf, CDU: Das ist klar!)

Ist es also nicht auch angebracht, dass wir nicht gar so viel über unser Rentensystem mit Generationenausgleich und Umlagefinanzierung schimpfen, bei allen Handicaps, die es hat? Mehrere Standbeine sind dort wünschenswert und sinnvoll.

Sinnvoll ist dann auch eine Vorsorge des Staates mit einem Pensionsfonds, den Sie vorhin angegriffen haben, nur als kleinen Schlenker auch bei dieser Diskussion, Herr Kollege Baldauf.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich aber vor diesem Hintergrund, der sehr bedrohlich vor der gesamten Entwicklung steht, die wir in der nächsten Zeit haben werden, zwei Sachen sagen: Durch unser Sparkassen- und Genossenschaftssystem sollten die Menschen in unserem Land nicht von Angst getrieben sein, wenn es Zukunftsentwicklungen auf den Finanzmärkten gibt. Bei allem, wo wir auf der Bundesebene eingreifen müssen, was mit Bürgschaften abgesichert wird, die Staaten können kein Interesse am Zusammenbruch dieser Märkte haben.

Ich möchte einen zweiten Punkt nennen. Dabei komme ich direkt zum Landeshaushalt: Die Opposition wirft der Landesregierung vor, sie habe nicht ausreichend Energie zur Haushaltskonsolidierung verwandt.

(Bracht, CDU: Natürlich!)

Das ist Unsinn.

(Bracht, CDU: Das stimmt aber!)

Natürlich gefällt sich die Opposition in diesen Forderungen. Herr Baldauf hat es schon eingeräumt: Jetzt wird er mir gleich vorhalten, was ich alles an ausgabenwirksamen Forderungen gestellt habe. – Ja, in der Tat, das halte ich Ihnen vor. Man kann nicht auf der einen Seite mit zwei Händen das Geld herausschmeißen und jedem alles versprechen und anderen vorwerfen, die Haushaltskonsolidierung käme nicht voran.

(Beifall bei der SPD)

Das ist vielleicht CDU-Opposition pur, vielleicht nenne ich es aber besser Opportunismus pur.

(Zurufe der Abg. Bracht und Licht, CDU)

Damit kann man keine Politik erfolgreich gestalten.

(Beifall der SPD –  
Bracht, CDU: Weshalb machen  
Sie es dann trotzdem?)

Wissen Sie, Sie wollen sich auch immer so profilieren, dass Sie mit finanzwirksamen Forderungen gegen das stehen – ob bei der Pendlerpauschale, ob bei den Steuererkundungen –, was Ihre Kanzlerin in Berlin gerade propagiert.

(Baldauf, CDU: Machen Sie sich um  
die einmal keine Sorgen!)

Damit ist sogar die CSU in Bayern schlecht gefahren. Ich weiß nicht, ob Sie als CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz so ganz den Einfluss haben wie die bayerische CSU. Aber schauen Sie sich die Ergebnisse an. Sie haben da Probleme.

(Zurufe von CDU und FDP –  
Licht, CDU: Wenn die so viel verlieren,  
gäbe es die doch gar nicht mehr!)

Ich hatte schon einige Sätze zur Föderalismusreform II gesagt. Bei der Föderalismusreform II werden wir für eine Schuldenregelung so eintreten, wie sie Finanzminister Deubel auch dargelegt hat, die uns nicht erdschelt, die Begrenzungen vornimmt, aber Spielräume zum Handeln auf der Länderebene und auf den anderen Ebenen lässt. Das ist sicher das Ziel.

In Rheinland-Pfalz sind wir mit der Konsolidierung des Haushalts gut vorangekommen. Das werden wir mit diesem Doppelhaushalt fortsetzen. Sie haben es angesprochen, darunter waren auch schmerzliche Entscheidungen, keine Frage. Ich erinnere mich auch an die Diskussion um die Beamtenbesoldung in den Jahren 2007 und 2008. Sie haben versprochen, sofort Erhöhung. Ich sage, ein Prozentpunkt liegt zwischen 30 und 40 Millionen Euro. Das geneigte Publikum muss das wissen.

Wir haben dort gestanden. Wir wissen, dass die Beamten das nicht gut finden und sich abgekoppelt fühlen. Wenn man aber die Werte mit anderen Ländern vergleicht, kann sich die Bezahlung hier sehen lassen. Wir haben miteinander abgesprochen – SPD-Fraktion und Regierung –, dass das natürlich nicht immer geht und

wir im nächsten Jahr die Tarifierhöhung umsetzen, und zwar auch zu dem Zeitpunkt der Tarifierhöhung. Das ist in der Tat notwendig, damit niemand abgekoppelt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, Sie alle aber wissen, wie viel Schreiben Sie auf dem Schreibtisch liegen haben, dass Bedienstete nicht Angestellte im Landesdienst bleiben, sondern Beamte werden möchten, weil es besser und sicherer ist und weil es auch besser dotiert ist. Also ganz so schlecht gegenüber den anderen behandelt kann das wohl so nicht sein, wenn der Drang dorthin so ist.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Besser dotiert?)

Das gehört zur Wahrheit dazu, auch wenn ich weiß, dass mich viele Beamte für diese Aussage nicht lieben werden.

(Pörksen, SPD: Das sollen Sie auch gar nicht!  
Sie sollen Dich nur wählen, das reicht!)

Aber Politik zu gestalten heißt, nicht nur geliebt zu werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte zur Haushaltskonsolidierung nicht nochmals so viel von dem ausführen, was der Finanzminister gestern ausgeführt hat. Sie hatten verschiedene Versprechungen angemahnt und gesagt, dann ist das so nicht eingetreten, Herr Baldauf. Finanzentwicklungen sind immer vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Entwicklungen zu sehen.

(Baldauf, CDU: Wir haben  
Steuerermehreinnahmen!)

Wie sind Steuereinnahmen zu werten? Welche Einbrüche hat man? Wie hat man Teilhabe von anderen, beispielsweise den Kommunen, die man nicht hängen lassen kann?

(Schreiner, CDU: Die Einnahmen sprudeln doch! –  
Bracht, CDU: Warum tun Sie es dann?)

Nicht, dass sich der eine auf Kosten anderer saniert. Ja, wir haben in den letzten Jahren 70 % der Mehreinnahmen – ich wiederhole die Zahl, weil sie so schön ist – zur Konsolidierung verwandt.

(Bracht, CDU: Das entspricht aber nicht  
den Zahlen, die uns vorliegen!)

Lassen Sie mich zur aktuellen Lage in Rheinland-Pfalz einige Pressezitate verwenden, die einen Einblick geben: „Arbeitslosenzahl so niedrig wie zuletzt vor 16 Jahren“, „Rheinland-Pfalz verzeichnet neues Rekordtief“, „Pfälzischer Merkur“ vom 29. August 2008. Die Arbeitslosigkeit ist zwischenzeitlich weiter gesunken.

„Mit der rheinland-pfälzischen Industrie geht es weiter aufwärts“, „RHEINPFALZ“ vom 5. September 2008.

„Der Export wächst unverändert kräftig, in Rheinland-Pfalz über 17 % Zunahme“, „Allgemeine Zeitung“ vom 19. September 2008.

„Rekord-Industrieproduktion in Rheinland-Pfalz“, „RHEINPFALZ“ vom 9. August 2008.

„Industrie im Land läuft auf hohen Touren“, „Sieben Prozent mehr Umsatz im ersten Halbjahr – Auftragseingänge stimmen weiter zuversichtlich“, „Rhein-Zeitung“ vom 29. August 2008.

Vielleicht eine einfach schöne Überschrift von der „BILD-Zeitung“: „Wirtschaft brummt, weniger Arbeitslose! Rheinland-Pfalz hat Hessen abgehängt“, „BILD“, 4. August 2008. Das sind aktuelle Schlagzeilen.

(Baldauf, CDU: Finanzausgleich!)

Wo haben Sie denn dieses graue Land entdeckt, das Sie uns schildern wollten, wo nichts vorwärts geht, wo nichts da wäre, wo keine Bewegung wäre? In welchem Land leben Sie, Herr Baldauf?

(Beifall der SPD)

Sie erzählen uns doch, dass Sie viel über Land fahren. Dann müssen Sie doch auch mitbekommen, was sich alles in diesem Land bewegt.

Lassen Sie mich zu den Schwerpunkten des Doppelhaushalts kommen. Finanzminister Professor Dr. Deubel hat gestern den Haushaltsentwurf der Regierung ausführlich dargestellt.

(Licht, CDU: Ach ja!)

Keine Angst, ich möchte das nicht im Einzelnen wiederholen oder etwa jedes Programm im Land ausführlich erläutern und beleuchten, obwohl es vielleicht für manchen notwendig wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Bracht, CDU: Dann haben wir eine  
doppelte Märchenstunde!)

Wir alle wissen, welche Vorfestlegungen einer solchen Haushaltsgestaltung zugrunde liegen, seien es die Personalausgaben, die Versorgungsbezüge, Zinslasten, langfristige Investitionsbindungen oder auch der kommunale Finanzausgleich usw., also ein großer Brocken. Der größte Brocken bei der Haushaltsgestaltung ist langfristig festgelegt und lässt sich gar nicht kurzfristig ändern. Vielleicht sollten Sie das auch einmal verinnerlichen, wenn Sie über so etwas sprechen.

Trotzdem lassen sich mit dem vorgelegten Haushalt gute Zukunftsperspektiven für unser Land gestalten. Die Landespolitik kann die notwendigen Impulse für die Gestaltung im Land geben, damit wir im Wettbewerb der Länder bestehen können.

Hören Sie zu. Wenn man da nichts macht, hängt man hintendran. Wer nichts macht, bleibt stehen.

Gleichzeitig erfolgt eine Ausgabenbegrenzung. Herr Minister Deubel, die Ausgewogenheit dieser beiden Ziele zeichnet den vorgelegten Haushalt aus. Dies alles kommt unter Berücksichtigung von Unwägbarkeiten internationaler Finanzmärkte und vielleicht der Möglich-

keit, dass die FDP oder die CDU die Steuerquote in Deutschland auf null senkt oder wohin auch immer, zu den Rahmenbedingungen hinzu. Ich gehe nicht davon aus, dass Herr Mertin das machen wollte.

(Mertin, FDP: Seien Sie ohne Sorge! –  
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Ich will nur erwähnen, dass das zu den Rahmenbedingungen dazukommt.

Die „Rhein-Zeitung“ vom 13. August 2008 hat in einem Kommentar zum Haushaltsentwurf geschrieben: „Die politisch gesetzten Ausgabenschwerpunkte sind die richtigen: ... Mehr Betreuungsplätze für Kinder, mehr Unterrichtsstunden in Schulen, bessere Ausstattung für die Hochschulen sind zwar nicht im haushälterischen Sinne Investitionen, aber Investitionen in die Köpfe und die Wirtschaftskraft des Landes. In diesem Sinn ist Rheinland-Pfalz Vorreiter.“ Chapeau, meine Damen und Herren von der „Rhein-Zeitung“, Sie haben das richtig erkannt. So ist das mit diesem Haushalt.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, genau in diesem Sinn werden Schwerpunkte im Haushalt gesetzt, um Menschen vorwärtszubringen, ihre Talente zu fördern, mit dafür Sorge zu tragen, dass die notwendigen Arbeitsplätze vorhanden sind, sich unsere Wirtschaft entwickeln, sich der kulturelle Reichtum unseres Landes entfalten kann und vieles mehr, was in einem solchen Land notwendig ist.

Einer der Schwerpunkte unserer Politik und in dem vorgelegten Doppelhaushalt ist die Förderung der Bildung. Scheinbar müssten wir noch mehr Seminare anbieten.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Bildung in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen. Vorrangiges Ziel muss es hier sein, die Zukunftsaussichten unserer Kinder durch gute Bildungschancen zu verbessern. Das ist nicht nur im innerdeutschen Wettbewerb wichtig, sondern gilt sicher auch in einer weltumspannenden Konkurrenz um Chancen und Köpfe. Gleichzeitig ist bessere Bildung ein Schlüssel dafür – das sollten wir nie vergessen –, dass sich Menschen nach ihren Wünschen entfalten und gute Entscheidungen für ihr Leben treffen können.

Eine Unterrichtsversorgung auf sehr hohem Niveau bei allem, was wir an Engpässen und lokalen Schwierigkeiten sehen, ist überhaupt kein Vertun. Wir stellen uns solchen Problemen. Wir versuchen sie zu lösen und lösen sie, weil wir ehrlich mit den Menschen umgehen. In den nächsten beiden Jahren stehen erhebliche weitere Mittel zur Verfügung.

Der Finanzminister nannte Ihnen insgesamt die Mittel für den Bereich „Bildung“. Das sind 3,24 Milliarden Euro. Schauen Sie sich den Gesamthaushalt an und schauen Sie sich den Block Bildung an. Der ist steigend. Da kommen noch Mittel für den Schulbau in Höhe von 102 Millionen Euro, zur Sicherung der weiteren Verbesserung der Qualität an Schulen von 42 Millionen Euro

und gesteigerte Mittel für Schulsozialarbeit mit 14 Millionen Euro hinzu.

Herr Baldauf, diese haben wir kontinuierlich gesteigert. Es ist nicht alles jetzt und sofort gemacht worden, aber die richtigen Weichenstellungen sind gemacht worden. Dazu haben wir gestanden. Das ist unsere Politik, und nicht immer einfach ohne eigene Konzepte rufen: Mehr, besser, höher und weiter.

(Beifall der SPD)

Das reicht nicht für die Gestaltung von Politik.

Der Ausbau der Ganztagschulen, der bereits seit dem Jahr 2002 von der Sozialdemokratischen Partei in diesem Land umgesetzt wurde, wird fortgesetzt. Zu den über 400 Ganztagschulen in Angebotsform werden in den Jahren 2009 und 2010 jeweils rund 50 Ganztagschulen hinzukommen.

Herr Baldauf, das geschieht, wenn es die Eltern, die Lehrer und die Schulträger wollen. Diese wollen das alle. Denken Sie einmal, es wollen mehr, als wir überhaupt anbieten können.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Es wollen auch ganz viele an der Stelle, an der CDU-Bürgermeister Verantwortung tragen.

(Licht, CDU: Sie müssen wollen!)

– Sieh mal an.

(Beifall der SPD –  
Zurufe der Abg. Wirz, CDU,  
und Frau Morsblech, FDP)

Das bedeutet, dass bis zum Jahr 2011 mindestens ein Drittel aller Schulen über ein Ganztagsangebot verfügt. Das war ehrgeizig. Das ist ehrgeizig und vorbildlich in Deutschland. Das wird überall anerkannt, nur nicht von der CDU in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Das ist eine Gestaltung der Schulangebote nach den gesellschaftlichen Erfordernissen. Dafür nehmen wir Geld in die Hand, um die Rahmenbedingungen zu verbessern.

(Bracht, CDU: Sie sollten sich einmal  
um die Inhalte kümmern!)

Wir warten nicht, bis das Kind buchstäblich in den Brunnen gefallen ist, sondern wir handeln vorausschauend und verlässlich. Für die Menschen in Rheinland-Pfalz bedeutet dies, die Landesregierung hat dieses Vorgehen vor Jahren angekündigt und umgesetzt. Ministerin Doris Ahnen steht dafür, dass diese Zusagen eingehalten werden.

Ich darf in diesem Zusammenhang ein Zitat von Hannah Arendt verwenden: Die Zukunft vorauszusehen ist ganz

einfach, man muss nur Versprechungen machen und sie auch einhalten. –

Meine Damen und Herren, genau das geschieht in der Politik der SPD in Rheinland-Pfalz. Das ist ein Paradebeispiel dafür.

(Beifall der SPD –

Bracht, CDU: Wo denn? Wann denn? Wie denn?  
Was wollen Sie damit anfangen?)

Die Schulstruktur in Rheinland-Pfalz wird zukunftsfit entwickelt. Hauptschulen und Realschulen werden zur Realschule plus mit Möglichkeiten der Fachoberschule, dem Ansatz „Keiner ohne Abschluss“, dem gemeinsamen Besuch der 5. und 6. Klasse und einem eigenen Hauptschulabschluss, der dort stattfindet, zusammengeführt.

Er hört gerade nicht zu, er spricht mit Adolf Weiland über Reisen und weiß der Teufel was.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das geschieht mit erheblichen Veränderungen, die diese Schule in dem Konzept der Schulen als attraktives Angebot gestalten wird.

Das machen wir mit den Menschen. Nach einem Jahr Vordiskussion haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, der jetzt diskutiert wird. Wir haben mit Verbänden, mit den Eltern diskutiert.

(Baldauf, CDU: Frist gesetzt!)

Das haben wir mit Lehrerinnen und Lehrern diskutiert. Irgendwo gab es eine Pressemitteilung, dass wir mit dem Gesetz von Ihnen nicht zurande kämen. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, jetzt wird es schnell gemacht und übers Knie gebrochen.

Wir nehmen uns Ziele vor, wir diskutieren das auch mit der Bevölkerung. Wir haben den Mut, das vernünftig umzusetzen. Dafür werden wir in der Bundesrepublik gelobt, dass das in Rheinland-Pfalz so vorbildlich passiert.

(Beifall der SPD –

Zuruf der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Wir stellen mehr Lehrerinnen und Lehrer ein, weil das notwendig ist und die Klassenstärken anders sind. Die Mittel dafür werden im Haushalt bereitgestellt. Das geschieht mit dem Augenmaß, wie es finanzierbar ist. Das ist immer ein Spagat zwischen vielleicht maximal Wünschenswertem und dem, was man stemmen kann, wenn man haushaltspolitisch verantwortlich ist.

Meine Damen und Herren, Herr Baldauf, die Positionen in Ihrer Fraktion zu der Frage der Schulweiterentwicklung konnten Sie nur zusammenführen, indem Sie diesen Popanz einer Einheitsschule aufgebaut haben, weil es bei Ihnen Leute gab, die gesagt haben, zweigliedrig oder dreigliedrig, es ist doch nicht gut usw.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Scheinbar sind Sie mit der Diskussion immer noch nicht fertig.

(Zurufe der Abg. Bracht und Licht, CDU)

Ich könnte Ihnen wieder sagen,

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Sie haben die Position in Ihrer Partei häufiger gewechselt, als viele Kolleginnen und Kollegen das Hemd wechseln.

(Beifall der SPD)

Sie bleiben in diesen ganz eminent wichtigen Politikfeldern Antworten schuldig, wo die CDU tatsächlich steht und wohin sie will, um die Zukunft zu entwickeln.

(Bracht, CDU: Sie haben eben nicht zugehört!)

– Ich habe zugehört.

(Bracht, CDU: Sie haben nicht zugehört, sonst – – –)

Er hat gesagt, einige Schulsozialarbeiter mehr an den Brennpunkten, und dann ist alles okay, und einige Lehrer mehr, dann ist alles okay.

(Licht, CDU: Das haben Sie jetzt gesagt!)

Das war das Konzept von Herrn Baldauf. Viel mehr war da nicht dabei.

(Beifall bei der SPD –

Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich sprach eingangs meiner Ausführungen von Mut. Ja, wir haben den Mut zu entscheiden, weil die Bevölkerung erwartet, dass wir sie bei solch schwierigen Entscheidungen mitnehmen.

Meine Damen und Herren, Bildungsinvestitionen erfolgen natürlich nicht nur im Schulbereich, sondern bei den ganz Kleinen genauso wie im Universitätsbereich. Wir wollen erreichen, dass Bildungsangebote von den Kleinsten bis zum Abschluss einer universitären Ausbildung möglichst kostenfrei zur Verfügung stehen ohne Sortieren nach sozialer Herkunft und Familie. Das unterscheidet uns teilweise von den Freien Demokraten. Chancen durch gezielte Förderung ohne Barriere durch Zahlungsverpflichtungen ist das Ziel.

Wir alle wissen auch, dass Bildung der zentrale Schlüssel für mehr Wachstum in der Zukunft ist. Ohne Investitionen in Forschung, ohne solide ausgebildete Fach- und Führungskräfte, ohne eine breite Fremdsprachenkompetenz und ohne Investitionen in soziale Kompetenz gehen heute schon die Chancen für die Zukunft verloren. Deshalb kann man sich nicht hinsetzen und alles Geld nur sparen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu haben und um die Nettoneuverschuldung wegzubringen. Wir müssen investieren, um Zukunftschancen für künftige Generationen zu erreichen.

(Beifall der SPD)

Sie wissen, dass das seit 2005 etablierte Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ für den Zeitraum 2009 bis 2013 auf 40 Millionen Euro aufgestockt wird und aktuell noch um ein Sondervermögen in Höhe von 200 Millionen Euro ergänzt wurde. In den Jahren 2009 bis 2013 erhalten die Hochschulen und Forschungseinrichtungen damit zusätzlich insgesamt 400 Millionen Euro.

Ja, auch hier weiß ich um den Diskussionsstand – das weiß natürlich auch die Bildungsministerin –, dass in Rheinland-Pfalz die Hochschulen traditionell nicht überragend mit finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Wir haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich an dieser Situation gearbeitet und Verbesserungen erreicht. Werner Kuhn, wenn ich da hinschaue, das haben wir auch gemeinsam gemacht – das ist gar keine Frage –, weil der Weg richtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Nicht übersehen werden darf hierbei allerdings auch, dass durch den Finanztransfer vom Bund auf die Länder, die Sie genannt haben, Herr Kollege, Bayern oder Baden-Württemberg erheblich mehr Forschungsmittel erhalten und davon profitieren, weil sie traditionell ganz andere Forschungseinrichtungen haben.

(Schreiner, CDU: Weil sie exzellente Hochschulen haben!)

– Das hat nichts mit exzellenten Hochschulen zu tun,

(Bracht, CDU: Mit was denn?)

sondern das hat etwas damit zu tun, dass es viel mehr Fraunhofer- und Max-Planck-Institute und andere gibt und deshalb Millionen an Forschungsgeldern dorthin gehen, Herr Schreiner. Das wirkt sich sogar auf die Finanzausgleichstransfers aus. Sie reden wieder wie der Ahnungslose vom Krückstock.

(Beifall der SPD)

Wir haben uns hier in den vergangenen Jahren verbessert. Natürlich ist es erfreulich, dass beispielsweise im Forschungszentrum Projekte wie „Elementarkräfte und mathematische Grundlagen“ der Universität Mainz durchgeführt werden und in vielen anderen Fachhochschulen und Universitäten Hervorragendes geleistet und auch gefördert wird.

Es ist Werbung für unser Land, dass in Rheinland-Pfalz mehr Studentinnen und Studenten studieren, als es unserer Landesquote entspricht – im Unterschied zu Baden-Württemberg, Bayern und vielen anderen Ländern.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Sie können sich darauf verlassen, dass die Studenten hier etwas lernen. Die werden das auch berichten.

(Beifall der SPD –  
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Lassen Sie mich im Bildungsbereich noch einen weiteren – Frau Ministerin, Mosaikstein wäre zu wenig –, ein weiteres, ganz wichtiges Moment aufzeigen: Wir haben Anfang 2005 angekündigt, dass wir die Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz umsetzen werden, um auf diesem Weg die Familien zu fördern. Dies setzen wir auch in den nächsten Schritten 2009 und 2010 um. Damit wird wieder eine Zusage gehalten, so wie wir das handhaben.

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Das bedeutet, dass 2009 hierfür 78 Millionen Euro insgesamt aufzuwenden sind und 2010 108 Millionen Euro. Lassen Sie sich aber auch sagen, welche Entlastungen im Durchschnitt für eine Familie damit verbunden sind: Eine junge Familie mit zwei Kindern im Kindergarten wird pro Jahr und Kind um ca. 750 Euro entlastet, also pro Jahr um 1.500 Euro.

Eine Familie, deren Kinder nach dem 1. September 2008 geboren sind, spart, wenn sie alle Jahre durchlaufen, 6.000 Euro, wenn diese Beitragsfreiheit da ist. Das ist kein Pappentiel, und das ist auch nicht mit 10 Euro Kindergelderhöhung oder einem halben Prozentsatz Steuerentlastung aufzuwiegen, die bei der Familie ankommen, sondern das kommt real bei den von Ihnen sogenannten Fleißigen an. Es gibt viele fleißige Menschen im Land und nicht nur eine bestimmte Gruppe.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Mertin, ich weiß noch ganz genau, dass wir uns bei der zurückliegenden Haushaltsdebatte darüber uneins waren, ob man diese Mittel wirklich ausgeben soll oder ob man das einkommensabhängig macht. Natürlich kann man darüber streiten. Ich möchte aber eindringlich für unsere Position werben. Diese Ausgaben halte ich für wichtig, auch wenn ich das mit der Bildungsentwicklung im europäischen Ausland vergleiche. Ich meine, es ist sinnvoll, dass das Angebot für einen Kindertagesstättenbesuch so ausgestaltet ist, dass es nicht nach sozialen Staffeln unterscheidet, sondern, ähnlich wie wir das im Schulbereich auch haben, selbstverständlich ein qualitativ hohes, gutes Bildungsangebot für alle gegeben ist.

(Beifall der SPD)

Im Haushalt sind im Übrigen noch Investitionskostenzuschüsse für Ausbaumaßnahmen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren von 40 Millionen Euro veranschlagt. Es wird hier ein erfolgreicher Weg fortgesetzt. Ich darf daran erinnern, dass 2002 die Versorgungsquote bei Plätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz bei 2,7 % lag. Das war zu niedrig. Wir haben uns das Ziel gesetzt, das zu verbessern. Sie liegt im Jahr 2008 bereits bei knapp 14 %. Das wird weiter rapide zunehmen, weil die richtigen Anreize gesetzt sind und weil damit die Familien die richtigen Angebote haben. Das ist intelligente Politikgestaltung im Land Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Die dient den Familien, und sie dient unserer Zukunft. Im Vergleich der Flächenländer der Bundesrepublik ist das im Westen der Spitzenplatz. Hier werden wir noch weitere Verbesserungen erfahren.

Auch da schaue ich wieder, wie die CDU im Land aufgestellt ist.

(Bracht, CDU: Sehr gut! –  
Schreiner, CDU: Super!)

Ja, da gibt es die Beauftragte für Kindertagesstätten. Die macht genau das CDU-Spiel. Sie sagt natürlich in jeder Kindertagesstätte, kleinere Gruppen sind besser, Tagespfege geht überall, wir verstärken das, und noch mehr Erzieherinnen sind natürlich noch besser. Das glaube ich alles, aber schauen Sie sich das auf die Finanzwirksamkeit hin an und sehen Sie, wie wir Verbesserungen erreichen, und das auf einem Standard, der bundesweit beispielhaft ist. Wenn Sie sich die entsprechenden Untersuchungen ansehen, können Sie feststellen, dass Rheinland-Pfalz einen Spitzenplatz nach der Bertelsmannstudie hat.

(Bracht, CDU: Wir haben nur Spitzenplätze!)

Sie müssen sich das anhören. Im Kita-Bereich ist das so. Beste finanzielle Ausstattung, beste Betreuungsrelation unter den westdeutschen Flächenländern,

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

und Ihre Kollegin läuft herum und sagt: Das muss man am dringendsten sofort weiter verbessern. Das ist Politik à la CDU.

(Beifall der SPD –  
Bracht, CDU: Nur Spitzenplätze!)

Klientelpolitik und jedem nach dem Mund gesprochen, der etwas fordert.

Mir sagen Erzieherinnen immer wieder – die Besucher sind jetzt gerade gegangen –, dass sie eine gezielte Sprachförderung im Vorschulalter für sinnvoll halten, wenn ich in die Kitas komme.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das haben wir schon vor zehn Jahren gesagt!)

Das gilt für Kinder mit Migrationshintergrund und für andere.

– Frau Kohnle-Gros, als Sie das vor zehn Jahren schon gesagt haben, habe ich auch nichts anderes gesagt, weil ich kommunal für so etwas Verantwortung habe und daher weiß, von was ich spreche, wie viele andere Kollegen in diesem Raum auch.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist nicht wahr!)

Sprachförderung gab es damals auch schon in Ansätzen. Wir haben sie verstärkt. Wir haben jetzt dafür 6 Millionen Euro im Haushalt in Ansatz gebracht. Es lässt sich damit eine gezielte Sprachförderung betreiben. Natürlich geht immer mehr und weiter.

Meine Damen und Herren, so wie ich eben unter dem Kapitel „Bildung“ ausgeführt habe, dass es um die Zukunftschancen unserer Kinder geht, darf ich mit Gedankenstrich einfließen lassen, dass es natürlich auch um die Zukunftschancen von uns Älteren geht, die wir auch von einem Generationenausgleich leben. Dazu benötigen wir gut ausgebildete Kinder. Damit das klappen kann, muss man unten anfangen, damit die etwas erwirtschaften können.

So ist das Gedeihen der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz Schlüssel dafür, dass das notwendige Geld verdient werden kann. Günstige Rahmenbedingungen sind notwendig, damit wir uns auch bei der Konkurrenz behaupten können. Auch gute Bildung ist hierfür notwendig. So, wie wir einst von draußen als das Land der Reben und Rüben trotz BASF und Pfaff verspottet wurden, hat sich unser Land erfolgreich weiterentwickelt. Auch das hat Minister Deubel gestern aufgezeigt: Natürlich durch den Fleiß unserer Bürgerinnen und Bürger, durch die mutige Initiative derer, die am Wirtschaftsleben teilnehmen und auch durch das Geschick und die Investitionen der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, es sind die richtigen Akzente gesetzt worden, die diese Entwicklung ermöglicht haben. Wenn ich schon Reben und Rüben sage, so steht dies natürlich für Landwirtschaft. Ich bin froh, dass im Bereich der Landwirtschaft wieder Zukunftsperspektiven gegeben sind, dass junge Winzerinnen und Winzer, indem sie auf Qualität setzen – anders, als das die CDU im Übrigen früher empfohlen hat –,

(Beifall bei der SPD)

in den letzten Jahren eine deutliche Trendwende geschafft haben.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Herr Ministerpräsident Koch war gerade bei Herrn Kardinal Lehmann. Als er eine Flasche Wein überreicht hat, einen Jahrgangswein, hat er durchaus anerkennend gesagt, dass auf der anderen Rheinseite eine qualitativ tolle Entwicklung stattgefunden hat. Das sollten Sie auch einmal mitnehmen. Die Produkte aus Rheinland-Pfalz genießen zwischenzeitlich einen exzellenten Ruf, weil man auf Qualität setzt.

Die Landwirtschaft hat auch aufgrund einer veränderten Weltmarktsituation – keine Frage – in Rheinland-Pfalz gute Perspektiven, aber es wurden und werden auch die Mittel des Landes so eingesetzt, dass zukunftssträchtige Entwicklungen möglich sind, beispielsweise mit dem Programm „Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“, kurz PAUL, mit dem die Landwirtschaft und die ländlichen Räume in unserem Land unterstützt werden. Auch der Steillagenweinbau ist etwas, das uns am Herzen liegt und das wir fördern, weil es auch zur Kulturlandschaft in diesem Land gehört.

Meine Damen und Herren, ich hatte es kurz erwähnt und muss es wiederholen. Die Arbeitslosigkeit ist bei uns im Monat September gegenüber dem Vorjahresmonat nochmals gesunken und beträgt im Durchschnitt 5,2 %. Das ist konstant der drittbeste Wert bundesweit. Selbst-

verständlich hat dies, Frau Ministerin Dreyer, auch etwas mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik im Land Rheinland-Pfalz zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere daran, dass Sie diese Mittel bei den vergangenen Haushaltsberatungen immer streichen wollten, Herr Baldauf.

(Bracht, CDU: Das scheint sich ja landesweit zu entwickeln!)

Mit arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen konnten allein 2007 44.000 Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Die 44.000, Herr Baldauf, würden Sie wahrscheinlich lieber unter den Tisch fallen lassen. Ist das so? Wollen Sie mir das vorschlagen? Sagen Sie es, dann sagen wir es im Lande weiter. Kein Problem. Viele von diesen 44.000 haben einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erhalten.

Ich habe gerade mit einem Arzt gesprochen, der mir berichtet hat – und zwar sehr eindrucksvoll –, was es für die Menschen, wenn sie in solchen Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sind, an Zuwachs und Lebensqualität bedeutet: ein Weniger-Kranksein, als wenn sie auf der Straße sind und nur hilfeabhängig sind. – Deshalb sind diese Maßnahmen wichtig. Ich bin froh, dass sie effizient und gut im Sozialministerium umgesetzt werden.

(Beifall der SPD)

Auch das will ich Ihnen nicht ersparen, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht an, dass Sie in Mainz die Streichung dieser Mittel fordern und vor Ort die Kollegen fragen, warum die Jugendarbeitslosigkeit hoch ist oder warum Ältere nicht in Beschäftigung kommen und ob man nicht etwas machen könnte. Das ist genau diese Politik aus einem Guss, wie wir sie bei Ihnen erleben: Guss hin, Guss her, aber wohin es geht, weiß man nicht genau.

(Beifall der SPD)

Das Land gestaltet aktiv Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Entwicklungen in Rheinland-Pfalz, und hierzu bekennen wir uns. Herausragendes Beispiel dafür ist die Konversion. Ja, wir hatten Abrüstung und sind froh darüber, dass es diese Abrüstung gibt. Seitens der Streitkräfte sind über 623 Liegenschaften freigegeben worden. Wir haben 1,45 Milliarden Euro in diese Projekte investiert. Es sind viele Projekte dabei, bei denen mehr Menschen arbeiten, als früher dort gearbeitet haben und bei denen es Zukunftschancen für diese Bereiche gibt.

Ich nenne beispielsweise den Hahn, ich nenne den PRE-Park in Kaiserslautern, ich nenne Zweibrücken. In diesen Bereichen arbeiten wir auch weiter. Wir haben das alleine geschultert, ohne dass dem Land geholfen wurde mit Bundesmitteln wie bei der Kohle, bei den Werften oder bei anderen Krisen. Wir werden das auch mit Hilfen fortsetzen, wenn beispielsweise in 2010 die französische Armee in Saarbürg abziehen wird und dort

wieder Brachen entstehen. Wir begleiten das, und auch dort ist die Politik des Landes beispielhaft.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, gleichzeitig verbessern wir die Verkehrsinfrastruktur in unserem Land. Der Rheinland-Pfalz-Takt ist ein Erfolgsmodell und wird weiterentwickelt, obwohl Bundesmittel gekürzt worden sind, weil es notwendig ist. Gute öffentliche Verkehrsbedingungen sind in Zeiten steigender Benzinpreise, des Zuwachses an Mobilität und in Anbetracht der Tatsache, dass wir alle die Chance haben, älter zu werden – was ja wunderschön ist –, eine dringende Notwendigkeit. Hieran arbeiten wir, ohne dass Investitionen in die Straße vernachlässigt werden.

Herr Minister Hering, auch bei der notwendigen Querung des Rheins im Mittelrheintal beweisen Sie, dass in Rheinland-Pfalz bei der Durchführung von Projekten das notwendige Feingefühl vorhanden ist, um mit den Anforderungen an ein Weltkulturerbe verantwortlich umzugehen und gleichzeitig sinnvolle Projekte durchzuführen. Das unterscheidet uns von anderen Ländern, und das ist erfolgreiche Politikgestaltung.

(Beifall der SPD)

Wir sind auf dem Weg, dieses Projekt umzusetzen, genauso wie das aktuell für den Hochmoselübergang gilt, nachdem man dort Veränderungen vorgenommen hat – das wissen Sie alle –, und jetzt ganz aktuell für die Rheinquerung in Worms und Wörth. So, wie wir bei der Konversion Mut haben, neue Wege zu gehen, so sind im Haushalt auch die notwendigen Mittel dafür bereitgestellt, Schwerpunktinvestitionen anzustoßen, beispielsweise die Fortentwicklung des Nürburgrings mit einem Freizeit- und Business-Zentrum, aber auch Innovationscluster, also Schwerpunkte – auf Deutsch würde man sagen Klumpen; aber wie klingt schon Klumpen gegen Cluster – für Nutzfahrzeugtechnologie oder Metall und Keramik im Land, wo sich Industrie dort bei besseren Rahmenbedingungen positiv weiterentwickeln kann.

Das wird in der Industrie auch anerkannt. Schnelle Genehmigungen und die Erbringung einer guten Dienstleistung der Behörden sind für erfolgreiche Ansiedlungen sicher auch ein Erfolgsrezept des Landes Rheinland-Pfalz. Wie ich der Presseberichterstattung zur Ansiedlung der Firma Vögele in Ludwigshafen oder des Stahlunternehmens Brück in Zweibrücken entnehme, befinden wir uns auf einem sehr guten Weg. Das zeichnet uns aus in der Konkurrenz der Länder untereinander. Das spricht für gute Verwaltung. Nicht zaudern, nicht nach dem Munde reden, sondern konsequent Sachentscheidungen treffen.

In diesem Zusammenhang muss ich darauf hinweisen, dass für den wirtschaftlichen Standort Rheinland-Pfalz, aber auch für Deutschland insgesamt, natürlich auch eine sichere Energieversorgung Grundvoraussetzung ist. Das unterscheidet uns von Schwellenländern, von Ländern wie Indien oder China. Hier ist Energie verlässlich immer da. Der Kraftwerkspark in Deutschland muss erneuert werden. Wir haben Herausforderungen eines steigenden Energiehungers in der Welt und knapper

werdender Vorräte. Deshalb muss auch in Ansehung der Zielsetzung des Klimaschutzes in vielfältiger Weise vorgegangen werden. Das macht Frau Ministerin Conrad, und dafür sind Mittel im Haushalt angesetzt. Deshalb ist es töricht, Herr Kollege Baldauf, zu sagen: Es gibt ein Förderprogramm für Energieeinsparung, es gibt ein Förderprogramm für Erdwärme, und es gibt ein Förderprogramm für andere Technologien alternativer Art. – Natürlich müssen wir auf alternative Energien setzen, aber wenn wir den Industriestandort Deutschland weiterentwickeln wollen, dann müssen wir uns auch dazu bekennen, dass wir im konventionellen Bereich für Grundlastkraftwerke Erneuerungen vornehmen.

Im alternativen Bereich – lassen Sie mich ein Beispiel nennen – haben wir hervorragende Firmen. Ich nenne die Firma juwi aus dem rheinhessischen Wörrstadt. Sie investiert. Die Zahl der Beschäftigten ist gestiegen. Die Umsätze sind gestiegen. Sie machen Solarenergie, Biogas und Erdwärme. Sie hat für ihr Firmengebäude den Klimaschutzpreis 2008 in Berlin erhalten. Das Gebäude wurde ausgezeichnet. Ein gutes Signal für Rheinland-Pfalz. Ein innovatives Signal für Rheinland-Pfalz, wie viele andere Investitionen auch.

Dämmung schafft Arbeitsplätze im Handwerk und in der Produktion. Deshalb ist es sinnvoll. Es ist die schnellste Energieeinsparung.

Aber lassen Sie mich auf den Zickzackkurs von Ihnen, Herr Baldauf, in Sachen Energiepolitik eingehen. Ich will dies an dem Beispiel des geplanten Kohlekraftwerks in Mainz verdeutlichen. Ich weiß, dass der Bau von Kohlekraftwerken in Deutschland sehr umstritten ist. Keine Angst, ich werde nicht die ganze Debatte zum Kohlekraftwerk in Mainz nachzeichnen, auch wenn es spannend wäre und ich über einige Redezeit verfüge.

Herr Baldauf, was sagen Sie uns? – Sie sind gegen den Bau eines solchen Kohlekraftwerks und für die Verlängerung der Laufzeiten bestehender Atomkraftwerke im Unterschied zu Frau Merkel und Fachleuten.

(Zuruf des Abg. Dr. Gebhart, CDU)

Selbst Joschka Fischer meint, dass es notwendig ist, neue Kohlekraftwerke mit Auskopplung zu bauen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Sie verzichten. Dass die Wertschöpfung dann nicht mehr in Rheinland-Pfalz stattfindet, stört Sie offensichtlich nicht.

(Pörksen, SPD: Der weiß gar nicht, was das ist!)

Herr Baldauf, es ist uns egal. Oder wollen Sie ein Atomkraftwerk in Rheinland-Pfalz neu bauen? Wenn ja, wo? Wollen Sie den Atomkonsens aufkündigen? Haben Sie sich einmal über die Entsorgungsproblematik informiert? – Dass die nicht gelöst ist, da teilen Sie die Auffassung mit vielen anderen Menschen. Aus den Augen, aus dem Sinn. Dann kann man weiter so wirtschaften. Das ist zu kurz gesprungen.

(Pörksen, SPD: Das ist gar nicht gesprungen!)

Sie stört dabei offensichtlich auch nicht, dass den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden und der Stadt Mainz als Mit-eigentümerin eines solchen Kraftwerks eine Vertragsstrafe von 90 Millionen Euro droht, falls der Bau nicht verwirklicht wird.

Herr Baldauf, ein Beitrag zu soliden Kommunal финанzen. Oder ist das mit der Schreinerschen Wende so, die Sie mitvollzogen haben, dass Sie wiederum einmal den Menschen nach dem Munde sprechen wollen, ohne eine perspektivische Politik zu machen?

(Beifall der SPD –  
Schreiner, CDU: Ich war schon immer  
gegen das Kraftwerk!)

Ein Kohlekraftwerk mit Auskopplung von Wärme spart, wenn es neu ist, zum einen gegenüber alten Kraftwerken erheblich an Ausstoß.

(Schreiner, CDU: Wir haben ein Gaskraftwerk,  
Herr Hartloff!)

– Wissen Sie, was ich Ihnen alles über Gaskraftwerke sagen könnte? Zum Beispiel, dass die Gasmengen für Preise, die man da hat, gar nicht einkaufbar sind. Da reicht auch nicht eine Reise zum Zwischenhändler, die ein Bürgermeister macht und dann versprochen bekommt, wir kümmern uns darum. Das ist doch alles geprüft. Welche Märkte entwickeln Sie denn?

(Beifall der SPD)

Große Reserven an Rohstoffen haben Sie im Kohlebereich, nicht im Gasbereich, nicht im Atombereich und nicht im Müllbereich. Da gibt es mittelfristige Reserven. Aber zu vernünftigen Konditionen finanzieller Art können Sie so etwas als Neubau nicht vertreten. Da erzählen Sie den Menschen etwas Falsches. Das ist nicht unsere Art bei der SPD, sondern wir erzählen den Menschen, was Sache ist, damit verantwortlich entschieden werden kann, auch bei schwierigen Problemen.

(Beifall der SPD –  
Schreiner, CDU: Die Frage diskutieren Sie am besten  
mit Gerhard Schröder von der Gasprom!)

– Herr Schreiner, wissen Sie, ich wollte mich jetzt gar nicht so sehr auf die Diskussion einlassen. Ich bin froh, dass Gerhard Schröder dafür gesorgt hat, dass wir zu vernünftigen Konditionen langfristig Gasimporte aus Russland haben. Das ist ein Baustein. Nur, Sie wissen, wie die Preise für Kraftwerksgas steigen.

(Schreiner, CDU: Was denn jetzt?)

– Ach, wissen Sie, wir machen dazu gerne noch einmal eine Aktuelle Stunde, und dann gehen wir diesem Thema allein nach und nicht in der Haushaltsdebatte.

Nur in einem Mix brauchen Sie das.

(Dr. Mittrücker, CDU: Was stimmt denn jetzt? –  
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Ich drücke mich überhaupt nicht.

Finanziell lässt es sich nicht darstellen.

(Zurufe von der CDU)

– Ach wissen Sie, ich habe doch Zeit.

Der Gaspreis wird eklatant steigen wie die Ölpreise auch. Nach wie vor. Das hat auch soziale Komponenten. Das gilt für Häuser und anderes auch. Kraftwerke haben Industriegas zu sehr günstigen Konditionen verbrannt. Die werden das nicht mehr langfristig zu diesen günstigen Konditionen einkaufen können. Das sagt Ihnen jeder Fachmann.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Sie sind von den Märkten, die es gibt, abhängig. Da nützt Ihr Dazwischenplärren auch nichts. Das hat nämlich nichts mit Europa, sondern mit den Weltrohstoffmärkten zu tun.

(Beifall der SPD und des Abg. Bauckhage, FDP –  
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Es ist bei Ihnen scheinbar ein „Mordsaufreger“.

(Schreiner, CDU: Sie müssen auch an  
die Zukunft denken!)

Wissen Sie, eines sollte man bei einer solchen Diskussion machen. Man sollte sie mit Sachverstand ohne Schaum vor dem Mund führen und schauen, wohin die Perspektiven gehen.

(Beifall der Abg. Baldauf und Bracht, CDU)

Zum Beispiel hat Frau Merkel bei der Einweihung eines neuen Braunkohlekraftwerks in Nordrhein-Westfalen gesagt, dass es notwendig ist, an den richtigen Standorten bei guten Transportbedingungen, beispielsweise an einem Fluss, solche Kraftwerke zu bauen.

(Schreiner, CDU: Jetzt lenken Sie doch nicht ab!  
Sie sind hier verantwortlich!)

Als sich Herr Baldauf mit Herrn Koch getroffen hat, hat er sich sogar ähnlich geäußert, wenn es woanders ist. Sagen Sie, dass Frau Merkel Unsinn spricht? Ja? – Gut.

(Dr. Mittrücker, CDU: Sie sollten sich überlegen,  
was Sie sagen!)

– Ich habe sehr wohl überlegt, was ich sage.

Ich sage, dass auch hier Verlässlichkeit in Politik eine Tugend ist, die Sie in diesen Fragen nicht besitzen.

(Beifall bei der SPD)

Das Kapitel wollen wir dann nicht noch mehr vertiefen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich will aber eins sagen, dass in Vier-Augen-Gesprächen viele Matadore der Industrie sagen, ja, ihr habt vollkommen recht, dass es gebaut werden muss und es not-

wendig ist. Dass Sie das aber laut und öffentlich doch nur sehr bescheiden sagen, enttäuscht mich manchmal auch bei der Standfestigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Auch das hat etwas mit der Gestaltung der Zukunft unseres Landes zu tun.

Wissen Sie, viele nachhaltige Projekte werden im Umweltschutz bewegt. Ingolf Deubel hat gestern den Hochwasserschutz benannt. Ich will auch noch einmal aufzeigen, dass wir das nicht nach der Methode machen, wenn das Hochwasser da ist, dann fordern wir, dass etwas passiert, und wenn es weg ist, investieren wir nicht mehr. Wir machen das kontinuierlich, und diese Mittel sind im Haushalt und werden auch zum Schutz der Menschen, zur Vorsorge unserer Wirtschaft verausgabt.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich einige Sätze zur Inneren Sicherheit, zur Verwaltungsstruktur sagen, dass dort Innovationen kommen. Die IT-Stelle wurde genannt.

Herr Minister Bruch, es ist vorbildlich, wie das gebündelt wird. Das spart Geld. Es ist nur in Rheinland-Pfalz der Fall, nicht woanders. Es ist im Haushalt veranschlagt.

Innere Sicherheit und Justiz sind ein Schwerpunkt in diesem Haushalt. Die Finanzausstattungen stimmen, damit man die zweigeteilte Laufbahn fertig machen kann, damit man 4 Millionen Euro noch einmal mehr hat, um das Budget zu verbreitern und man 325 Polizeianwärter einstellen kann.

Herr Minister Bamberger, genauso wie im Jugendstrafvollzug und bei dem Sicherheitsprogramm „P.R.O.“ wurden die notwendigen Maßnahmen getroffen, die man gefordert hat, nachdem Jugendliche Straftaten begangen haben. Dann hat man lautstark bundesrepublikanisch Maßnahmen gefordert. Wir haben ein Programm umgesetzt und diese Mittel verstärkt. Das findet sich im Haushalt, und das ist gut so.

(Beifall der SPD)

Ich will Ihnen das gar nicht ersparen, ja, wir haben auf der Agenda stehen, dass man eine Kommunalreform macht. Ich muss es ansprechen, weil es natürlich auch für die nächsten zwei Jahre von Bedeutung ist. Die SPD hat das auf ihr Wahlprogramm bei der letzten Landtagswahl geschrieben und notwendige Schritte angekündigt, nachdem uns aus jedweder Couleur Menschen angesprochen haben, die in der Kommunalpolitik aktiv sind und gesagt haben: Ihr müsst dort etwas verändern. – Meine Damen und Herren, wir haben das angepackt. Die Analyse ist richtig. Minister Bruch hat den Dialog mit der Öffentlichkeit geführt. Er hat eine Bürgerbeteiligung initiiert. Das am 12. September vorgestellte Bürgergutachten – ich habe es hier – enthält ganz wertvolle Hinweise, wie man damit umgeht.

(Bracht, CDU: Wir sind einmal gespannt,  
wie Sie damit umgehen! –  
Zurufe von der SPD)

Das zeichnet uns aus. Das ist auch wieder eine Maßnahme, die in Rheinland-Pfalz praktiziert wird, nämlich die Bürgerinnen und Bürger an dem zu beteiligen, was man macht. Das ist eine gute Sache. Das ist unser Politikstil, wie man eine Reform vorbereitet.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Herr Wiechmann, der scheidende Co-Vorsitzende der GRÜNEN, dann sagt, er beurteilt das mit der Schulnote 6, wenn wir das so machen, wundert es mich schon sehr, dass die GRÜNEN, die so viel von Bürgerbeteiligung halten, ein solches Vorgehen mit der Note 6 bewerten.

(Baldauf, CDU: Die machen das aber clever!)

– Die machen es clever?

Was machen denn Sie bei der Kommunalreform? Wo ist denn Ihre Position? Sie wollen die Struktur- und Genehmigungsdirektionen und die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion abschaffen. Das wissen wir. Sie werden bei den Personalräten dort schon so ernst genommen, dass diese sagen, darauf reagieren sie überhaupt nicht, das nehmen sie als Vorschlag nicht ernst.

(Dr. Weiland, CDU: Arroganz der Macht!)

Aber wo stehen Sie? Gilt das, was Ihre Kommunalpolitiker sagen, die sagen: „Wir müssen tatsächlich auch gebietliche Veränderungen machen“, oder gilt das, was Sie sagen: „Bevor das andere nicht gemacht ist, ist es nicht“?

Keine Angst, wir werden Ihnen einen Antrag vorlegen, in dem ganz konkrete Vorschläge enthalten sind, in dem man auf Freiwilligkeit bei der Zusammenlegung setzt, die notwendig ist nicht nur in dem Bereich, wo die Verbandsgemeinde und die Ortsgemeinde in einer Stadt beisammen sind, wo kein Bürger versteht, warum dort zwei Verwaltungen sind, sondern auch in anderen Bereichen. Wenn die Freiwilligkeit nicht fruchtet, wird man dann – gemessen an den unterschiedlichen Situationen, die wir im Land haben, und bei Parametern – auch Vorschläge machen.

(Bracht, CDU: Da sind wir einmal gespannt, was da kommt!)

Auch dort wird die SPD Ihnen das vorschlagen.

(Bracht, CDU: Das werden wir dann sehen!)

Ich bin einmal gespannt, ob Sie es mitmachen werden oder Ihrer bisherigen Linie treu bleiben werden.

(Beifall bei der SPD –  
Ramsauer, SPD: Die werden sich  
in die Büsche schlagen!)

Meine Damen und Herren, am Dienstag dieser Woche haben wir hier im Landtag die Behindertensportlerinnen und -sportler aus Rheinland-Pfalz empfangen, die bei den Paralympics in Peking teilgenommen haben. Herr Landtagspräsident Mertes, sehr geehrter Herr Vorsit-

zender des Behindertensportverbandes Bauckhage, ich meine, es war eine sehr schöne Veranstaltung, bei welcher wir eindrucksvoll die Leistungen der Sportlerinnen und Sportler nochmals Revue passieren lassen konnten. Goldmedaillengewinner Wojtek Czyz hat hierbei auch herausgestellt, wie gut die Zusammenarbeit zwischen den Sportverbänden, Lotto Rheinland-Pfalz und dem Land bei der Förderung des Behindertensports ist. Ich sage hier, das soll auch weiter fortgesetzt werden. Sportförderung ist im Innenministerium gut aufgehoben. Ein bisschen schmunzelnd sage ich fast, sie ist uns wert und teuer.

(Ministerpräsident Beck: Und lieb dazu!)

Das ist gut so, dass wir das machen, weil nicht nur dort sehr viele Ehrenamtliche aktiv sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie prägen – ob sie in den Rettungsdiensten arbeiten, ob sie in sozialen Organisationen arbeiten, ob sie in kulturellen Aktionen arbeiten – das Geschehen im Land.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Unterstützung wert. Auch das findet sich in dem Haushalt.

Nebenbei bemerkt, es ist erfreulich – das sage ich in Richtung der Kollegen –, dass wir fraktionsübergreifend auch bei der schwierigen Frage Lotto Rheinland-Pfalz mit unseren Partnern im Sport diese Frage weiterentwickeln können. Das ist guter Stil in Rheinland-Pfalz.

Lassen Sie mich noch einen Blick auf die Kulturförderung werfen. Herr Staatsminister Deubel hat darauf hingewiesen, dass mit der Generaldirektion „Kulturelles Erbe“ neue Strukturen geschaffen wurden, die die Voraussetzung mit sich bringen, dass unser wertvolles kulturelles Erbe nicht nur gepflegt, sondern weitergetragen und entwickelt werden kann. Das können Sie an der Festung Ehrenbreitstein sehen, das können Sie im Weltkulturerbe Mittelrhein sehen.

Das können Sie auch noch in vielen anderen Bereichen sehen. Das ist ein erfolgreiches Modell. So sind wir uns bewusst, dass Kultur eine Errungenschaft ist, die immer neuer Anstrengungen bedarf. Welche Wunder möglich sind, hat uns z. B. Martin Schläpfer mit dem Ballett Mainz gezeigt. Solch eine Entwicklung kann sicher auch das Arp Museum Rolandseck nehmen, nachdem es von den Querelen befreit ist. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sollten sich darauf einlassen, dass es ein faszinierendes Zukunftsprojekt für unser Land und darüber hinaus sein kann und sein wird, weil wir dahinterstehen, das Projekt zu verwirklichen.

(Beifall der SPD)

Keine Frage, die SPD-Fraktion freut sich auch darüber, dass das von ihr initiierte Projekt der Jugendkunstschulen mit dem Doppelhaushalt fortgeführt und weiterentwickelt werden kann. Das ist ein Mosaiksteinchen im kulturellen Leben unseres Landes. Durch die vorausschauende Einrichtung einer Stiftung ist in vielen Bereichen

ein kontinuierlicher Mittelfluss da. Verschiedenste Bau- stellen beim Landesmuseum in Mainz, bei Festivals im Land, am Hambacher Schloss lassen positive Bewe- gung spüren. Das Land ist ein zuverlässiger Partner der Kulturschaffenden in Rheinland-Pfalz. Ihre Ideen und Impulse wollen wir aufnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe auf viele Punkte gar nicht hingewiesen, die Landespolitik ausmachen. Trotz- dem waren es viele, die in dem Haushaltsentwurf finan- ziell abgebildet sind und die nicht nur Schlaglichter sind. Meine Damen und Herren, dieses Land ist gut aufge- stellt, um attraktiv zu sein in einem zusammenwachsen- den Europa.

Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf, welchen die SPD-Fraktion mitträgt, sind wichtige Weichenstellungen möglich, damit wir uns in eine gute Zukunft bewegen. Herr Kollege Baldauf, auch meine Fraktion ist gut aufge- stellt, weil meine Kolleginnen und Kollegen zusammen- stehen, um eine erfolgreiche Politik in Rheinland-Pfalz mutig und entschlossen zu gestalten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen, diese Regierung ist gut aufgestellt mit Ministerinnen und Minis- tern, welche ihren Sachverstand weit über das Land hinausgehen lassen und welche anerkannt sind, welche Einfluss haben und geachtet sind in diesem Land.

(Ramsauer, SPD: Und Statur!)

Dieses Land ist gut aufgestellt mit Ministerpräsident Kurt Beck, bei welchem die Menschen in diesem Land froh darüber sind, dass er die Regierungsgeschäfte führt. Die SPD freut sich auf spannende Haushaltsdiskussionen zu diesen Fragen. Hoffentlich sind es auch Sachdiskussio- nen.

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank, dass Sie mir Ihre Geduld geschenkt haben.

(Lang anhaltend starker Beifall der SPD)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich das Wort weitergebe, darf ich als Gäste hier bei uns im Landtag in Mainz Mitglieder des VdK-Ortsverbands aus Edenkoben begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Mertin das Wort.

#### **Abg. Mertin, FDP:**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am Ende des vergangenen Jahres konnten wir in der „F.A.Z.“ in einem Artikel lesen, wie einige Länder – so z. B. auch das nicht unbedingt solvente Berlin – ange- kündigt haben, dass sie in diesem Jahr einen ausgegli- chenen Haushalt haben werden bzw. einige sogar einen

Überschuss. Andere nennen 2010 oder 2011, aber wenn man sich die Übersicht anschaut, heißt es dort für Rheinland-Pfalz: Ausgleich nicht in Sicht. –

(Vizepräsidentin Frau Klamm  
übernimmt den Vorsitz)

Dieses Diktum in der Zeitung hat offensichtlich die Re- gierung nicht ruhen lassen – das finde ich auch gut so –, weshalb sich in der Finanzplanung bis zum Jahr 2013, die mit dem Landeshaushalt vorgelegt worden ist, jetzt doch ein Datum findet, bis zu dem ein Ausgleich stattfin- den soll. Das findet in einer sehr gewundenen Formulie- rung statt, in der auch die bereits hier angesprochene rheinland-pfälzische Definition erwähnt wird, wie ein solcher Haushaltsausgleich zu schaffen ist.

Etwas offener, geradezu frivol offen, kann man in einer Presseerklärung der Landesregierung nachlesen, was mit der rheinland-pfälzischen Definition gemeint ist. In dieser heißt es nämlich: Nach der für den ausgegli- chenen Haushalt relevanten Definition. – Unsere rheinland- pfälzische Definition lautet: Nettokreditaufnahme im Kernhaushalt bereinigt um die Nettozuflüsse an den Pensionsfonds.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Hört, hört!)

Das heißt auf gut Deutsch: Die Schulden der Landesbe- triebe bleiben außen vor und die Schulden für den Pen- sionsfonds auch.

(Beifall der FDP und der CDU –  
Bracht, CDU: So ist das!)

Wie wirkt sich das z. B. im Zieljahr 2013 aus, das im Finanzplan genannt wird, bis zu dem dieser ausgegli- chene Haushalt nach der rheinland-pfälzischen Definiti- on stattfinden soll? Wenn ich die Zahlen aus der Rede des Herrn Finanzministers von gestern nehme, werden wir Zahlungen in Höhe von 560 Millionen Euro aus Schulden an den Pensionsfonds leisten, und zwar 50 Millionen Euro aus Einnahmen und die anderen 560 Millionen Euro aus Schulden. Ist das ein Problem? Nein, wir haben die rheinland-pfälzische Definition. Sie lösen sich in Luft auf. Sie sind nicht da.

(Beifall der FDP)

Wir nehmen das laufende Jahr 2008. Dort geht die Lan- desregierung von einer Nettokreditaufnahme im Kern- haushalt von 407 Millionen Euro aus. Wir nehmen Kredi- te für den Pensionsfonds in Höhe von 321 Millionen Euro und für die Landesbetriebe in Höhe von 289 Millionen Euro auf. Das sind per saldo über 1 Milliarde Euro, nämlich 1,017 Milliarden Euro. Ist das ein Problem? Nein. Wir haben die rheinland-pfälzische Definition, und 610 Millionen Euro lösen sich in Luft auf.

(Beifall der FDP und der CDU)

Sehr geehrter Herr Staatsminister, wenn ich mir dieses Konstrukt anschau, erinnert mich das ein bisschen an einen Hütchenspieler in der Fußgängerzone. Der ver- steckt immer eine Erbse unter dem Hütchen und schiebt

dieses so hin und her, dass am Schluss keiner mehr weiß, wo die Erbse ist. So ähnlich ist das hier auch.

(Beifall der FDP)

Bei den Subprime-Krediten in den USA wurde in mathematischen Modellen das, was an Hypothekendarlehen vielleicht nicht ganz so solvent vergeben wurde, in anderen Konstruktionen mit solventen Krediten untergebracht, umetikettiert und über die Welt verteilt. Man hat gedacht, die faulen Kredite sind weg. Nein, sie sind nicht weg.

Der Tag des Herrn kommt. Er ist auch bei Subprime-Krediten gekommen. Die Gläubiger wollten nämlich ihr Geld von den Schuldner. Sie mussten aber feststellen, dass kein Geld vorhanden war. Die Papiere waren nichts mehr wert.

Genauso geht es auch mit den rheinland-pfälzischen Schulden, die nach der rheinland-pfälzischen Definition eigentlich nicht mehr vorhanden sind; denn irgendwann einmal werden die Gläubiger, die uns dieses Geld gegeben haben, kommen und das Geld zurückverlangen. Dann muss es wie bei den Subprime-Krediten auch bezahlt werden.

(Beifall der FDP und der CDU)

Was auf den rheinland-pfälzischen Steuerzahler und die Bürger in diesem Land zukommen kann, wenn die Rechnung für die Schulden präsentiert wird, haben wir doch bereits im Jahr 2006 erlebt. Dort ist auf Bundesebene ganz explizit zu Zwecken der Haushaltssanierung die Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 % erhöht worden. Das klingt harmlos, und zwar nach drei Prozentpunkten. Bezogen auf die Erhöhung von 16 % auf 19 % ist das eine Erhöhung um 18,75 %. Ich nenne das eine gigantische Erhöhung.

(Beifall der FDP)

Das ist eine Erhöhung, die *expressis verbis* nur dazu dienen sollte, Schulden, die früher gemacht worden sind, zu bezahlen. Das macht deutlich, dass sie der Bürger irgendwann einmal bezahlen muss. Hier nützt auch eine rheinland-pfälzische Definition nichts.

(Beifall der FDP und der CDU)

Vor diesem Hintergrund der Steuererhöhung ist auch die Aussage von Herrn Staatsminister Deubel zu belichten, wonach man bei der Konsolidierung gut vorangekommen sei. Drei Viertel des Weges sei zurückgelegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Das klingt so, als ob man eine große Kraftanstrengung vorgenommen hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die größte Kraftanstrengung bestand darin, im Bundesrat der Mehrwertsteuererhöhung zuzustimmen. Diese hat nämlich die Einnahmen für diese Konsolidierung gegeben. Die Konsolidierung erfolgte doch nicht auf der Ausgabenseite. Sie erfolgte aus der Einnahmenseite heraus.

Höhere Steuern, höhere Mehrwertsteuer und die gute Wirtschaftskraft haben dazu geführt, dass mehr Steuermehreinnahmen beim Staat vorhanden waren. Das war der Grund für die Konsolidierung, und nicht eigene Sparanstrengungen.

(Beifall der FDP und der CDU)

Es war die Kraftanstrengung des Bürgers, der durch die höhere Mehrwertsteuer weniger in der Tasche und mit dazu beigetragen hat, dass diese Konsolidierungsleistung erfolgreich bewältigt werden konnte.

Herr Staatsminister Deubel, ich hätte es für gut befunden, wenn Sie sich gestern bei diesen Bürgern für diese Leistung bedankt hätten.

(Beifall der FDP –  
Eymael, FDP: Bravo!)

Herr Kollege Hartloff, Sie haben in Ihrer Rede ausgeführt, die Entschuldung kann doch nicht das einzige Ziel sein. Das will ich Ihnen gern einräumen. Wenn wir aber in einem Landeshaushalt für Zins und Tilgung über 1 Milliarde Euro bezahlen, ist es ein vorrangiges Ziel, diese Summe abzubauen. Damit kann man wesentlich Besseres anfangen.

(Beifall der FDP –  
Hartloff, SPD: Es ist ein vorrangiges  
Ziel der Politik!)

Schauen wir uns die Konsolidierungsbemühungen anhand der Eckwerte für die Jahre 2008, 2009 und 2010 an. Hier ergibt sich ein Finanzierungssaldo – damit meine ich die Mehrausgaben, die über den Einnahmen liegen – im Jahr 2008 von 738 Millionen Euro, im Jahr 2009 von 719 Millionen Euro und im Jahr 2010 von 696 Millionen Euro. Dieses Finanzierungssaldo sinkt im Durchschnitt von Jahr zu Jahr um 20 Millionen Euro. Ich muss dem Bund der Steuerzahler schon recht geben. In diesem Tempo schaffen wir den Ausgleich erst im Jahr 2045 und nicht im Jahr 2013.

(Beifall der FDP)

Sehr geehrter Herr Staatsminister Deubel, aus Sicht der FDP-Fraktion ist nicht zu beanstanden, wenn die Landesregierung im Vergleich zu anderen Bundesländern, die so etwas mit dem Pensionsfonds nicht machen, den Pensionsfonds herausrechnet. Sie werden mir sicherlich nachher vorhalten, dass man das tun müsste. Dagegen haben wir nichts. Wir haben auch nichts gegen die Zahlungen an den Pensionsfonds. Diese machen aus Gründen der Generationengerechtigkeit Sinn, dass wir Vorsorge für die Pensionslasten, die wir heute produzieren, für die Zukunft schaffen.

Auf Dauer wird die Vorsorge nur dann echt sein, wenn wir sie am Schluss auch wirklich aus Einnahmen zu leisten imstande sind und nicht aus Verschuldung.

(Beifall der SPD und der CDU)

Deshalb darf sie intern bei unserer Betrachtung nicht außer Betracht bleiben, auch wenn ich Ihnen zu Recht

einräume, dass man diese im Verhältnis zu anderen Bundesländern herausnehmen darf. Wenn man wirklich Generationengerechtigkeit erreichen will, muss man das Ziel nicht aufgeben, am Schluss diese Vorsorge aus Einnahmen zu erzielen.

(Beifall der FDP und der CDU)

Zur Haushaltslage haben Sie anhand der Finanzverwaltung dargestellt, wie Sie durch die Reformen 12,8 %, nämlich insgesamt 940 Vollzeitkräfte seit 1997 abgebaut haben. Das ist eine gute Sparanstrengung. Das will ich gern einräumen. Das ist schon eine Leistung. Das will ich in keiner Weise beanstanden.

In Gesprächen mit Beamten der Steuerverwaltung wird mir aber dann berichtet, wie die Arbeit geschaffen wird. Diese sagen mir, das schaffen wir nur, indem wir nicht mehr überall so genau hinschauen und nicht jede Steuerklärung im Einzelnen überprüfen, vielleicht nur sehr grob und stichprobenartig.

Dann frage ich mich, wieso wir dann nicht von Anfang an unser System ändern und diese Erleichterung auch dem Bürger zukommen lassen, damit dieser sich ersparen kann, Belege zu sammeln, die sowieso niemand überprüft. Das würde ich sehr begrüßen.

(Beifall der FDP)

Herr Staatsminister Deubel, ich weiß, Sie alleine können es nicht machen. Sie regieren in Berlin aber in einer großen Koalition mit. Es wäre eine Kraftanstrengung wert. Wir würden den Bürger an der Stelle entlasten und auch den Finanzbeamten das schlechte Gewissen nehmen, dass sie unter Umständen nicht jede Erklärung richtig geprüft haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was Sie für die Finanzverwaltung dargestellt haben, scheint aber nicht überall zu gelten. Wir haben auf eine Große Anfrage, die die Kollegen der CDU gestellt haben, eine Übersicht für die Ministerien und die Staatskanzlei erhalten.

Aus der Antwort der Landesregierung ergibt sich, dass die Zahlfälle – ich nehme das letzte Jahr, das wir vollends gemeinsam zu vertreten hatten, das Jahr 2005 – bis Mitte des Jahres 2008, also Juni 2008, auf 2.125 angestiegen sind. Auf der Ebene der Staatskanzlei und der Landesregierung gab es ein Plus von 114 Stellen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Baldauf, CDU: So! So! So!)

Ich kann mich noch an die gemeinsame Zeit erinnern. Als ich in das Amt gekommen bin, gab es ein Personalbudget, verbunden mit einer Effizienzrendite.

(Eymael, FDP: 1,5!)

Ich habe mir das für damals von mir vertretene Justizministerium angeschaut. Im Zuge dieser Effizienzrendite – ich kam 1999 in das Amt – waren es 147. Ende 2005 waren es 127. Das war eine Effizienzrendite. Ich frage

mich, wo sie geblieben ist, wenn seitdem die Stellen wieder um 114 angestiegen sind.

(Beifall der FDP –  
Baldauf, CDU: Effizienzrendite nach  
rheinland-pfälzischer Definition! –  
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Herr Kollege Hartloff, ich habe immer darauf hingewiesen, dass im Bereich der Justiz die Effizienzrendite irgendwo am Ende ist. Wenn gesetzliche Aufgaben existieren, dann ist das okay. Aber das betrifft eher die Basis, nicht so sehr die Regierungsebene. Aber ich stelle fest, gerade auf Regierungsebene findet der Aufwuchs statt. An der Basis hätte ich es begrüßt. Das machen Sie jetzt auch für die Basis der Justiz. Das will ich gar nicht kritisieren.

Aber ich stelle fest, dass auf Regierungsebene dieser Aufwuchs stattgefunden hat. Das war mir aufgefallen. Ich hatte das als gemeinsame Politik anders in Erinnerung. Jetzt regieren Sie allein, und es sind mehr.

(Beifall der FDP –  
Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Sie haben einmal Journalisten gegenüber erklärt, das mit dem Sparen wäre gar nicht so gut gegangen, weil Sie immer den Liberalen entgegenkommen mussten, Herr Kollege Hartloff.

(Beifall der FDP –  
Zurufe von der CDU: Oh!)

Dann stelle ich fest, ohne die Liberalen sind es 114 mehr. So einfach kann es dann auch nicht sein, Herr Kollege.

(Pörksen, SPD: Wer hat das gesagt?)

– Herr Kollege Pörksen, bei der letzten Haushaltsdebatte wurden entsprechende Märchen in die Welt gesetzt.

(Pörksen, SPD: Bei der letzten!  
Das ist schon weit zurück! –  
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Herr Kollege Hartloff, Sie haben vorhin erwähnt, dass wir unterschiedlicher Meinung über die Art und Weise seien, ob die Beitragsfreiheit in Kindergärten jetzt und wie finanziert werden sollte. Ich will für die FDP-Fraktion einmütig alle Meinungen wiedergeben: Wir finden, dass Beitragsfreiheit in Kindergärten eine gute Sache ist. Da sind wir überhaupt nicht auseinander. Es ist nur eine Frage, wie man es finanziert. Wie macht man es?

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Ich kann mich erinnern, dass der Herr Ministerpräsident Beck noch zu gemeinsamer Regierungszeit, als das Saarland damit begann, das Saarland heftigst gescholten hat, als Nehmerland, hoch verschuldet, solche Wahlgeschenke zu machen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Jawohl!)

Herr Kollege Hartloff, das hat er gemacht. Daran kann ich mich gut erinnern.

(Beifall der FDP –  
Eymael, FDP: Bravo! –  
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Es mag den bundespolitischen Ambitionen des Herrn Ministerpräsidenten Rechnung tragend gewesen sein, seine Meinung zu ändern, okay.

(Hartloff, SPD: Das ist für das Land!)

– Ja, gut, aber Sie wollen doch nicht leugnen, dass es vielleicht auch Ziel gewesen ist, das Land als Musterbeispiel, als Blaupause für sozialdemokratische Politik auf Bundesebene hervorzukehren, Herr Kollege Hartloff. Das wollen Sie doch nicht leugnen.

(Hartloff, SPD: Vorbild sein, ja!)

Dass das unter Umständen im Zusammenhang mit den bundespolitischen Ambitionen stand, wird man vielleicht als naheliegend annehmen müssen.

(Pörksen, SPD: Eben war das noch richtig, und jetzt?)

– Es ist durchaus wünschbar, Herr Kollege Pörksen. Da liegt das Problem. Das Wünschbare muss aber im Einklang mit dem Machbaren stehen.

(Beifall der FDP)

Sie haben nicht eine Einsparung vorgenommen, sondern dies alles über Schulden finanziert, Herr Kollege Pörksen.

(Pörksen, SPD: Dann machen Sie bitte einen Vorschlag!)

– Herr Kollege Pörksen, die Schulden müssen diejenigen, die heute beitragsfrei den Kindergarten besuchen, später bezahlen. Das ist nur ein nachgelagerter Kindergartenbeitrag.

(Beifall der FDP –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Kollege Pörksen, wir haben es bei der Mehrwertsteuererhöhung erlebt. Der Bürger konnte hautnah spüren, Schulden des Staates sind am Ende auch seine eigenen, weil er auch zum Staat gehört, und er muss sie mitbezahlen, Herr Kollege Pörksen.

(Pörksen, SPD: Wer ist denn der Staat?)

Deswegen ist es wichtig, Ausgaben nur insoweit durchzuführen, wie dem auch Einnahmen gegenüberstehen.

(Pörksen, SPD: So einfach ist das nicht!)

Ja, aber dem standen keine Einnahmen gegenüber.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Das haben wir kritisiert, Herr Kollege Pörksen.

(Beifall der FDP)

Der Haushalt sollte doch nicht nach dem Wünschbaren, sondern sich vielleicht danach ausrichten, was nach den Einnahmen auch machbar ist, auch wenn vieles Wünschbare vorhanden ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es wurden auch die Kindertagesstätten erwähnt. Auch wir finden, dass ein Ausbau von Kindertagesstätten erforderlich ist. Wir würden uns nur wünschen, dass hier auch eine Wahlfreiheit gewährt würde. Wir bedauern, dass auf Bundesebene ein Kompromiss gefunden wurde, wonach nur öffentliche Einrichtungen förderungsfähig sein sollen und dem Bürger sozusagen vorgeschrieben wird, seine Kinder – wenn er sie dann betreuen lassen will – nur dort betreuen zu lassen.

Wir wollen, dass eine Familie eine echte Wahlfreiheit hat, über eine öffentliche Kinderbetreuung oder über eine private, ja, sie soll auch gefördert werden, wenn sie sich entschließt, es selbst zu machen.

(Beifall der FDP –  
Pörksen, SPD: Das ist sehr blauäugig!)

– Nicht sehr blauäugig.

Wir wissen schon, wo das Risiko liegt, Herr Kollege Pörksen. Deshalb sagen wir, dass in diesem Gut-scheinmodell, das wir vertreten, kein Bargeld ausgezahlt wird, sondern z. B. für Rentenvorsorge des Betreuenden verwendet wird und Ähnliches.

(Beifall der FDP –  
Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir wissen schon, wieso, Herr Kollege Pörksen.

Insofern würden wir uns diese Wahlfreiheit wünschen. Wir würden uns diese Wahlfreiheit wünschen, weil wir nicht wollen, dass die Frau, die arbeiten geht und ihre Kinder betreuen lässt, als Rabenmutter verunglimpft wird,

(Pörksen, SPD: Wer macht das denn?)

aber diejenige, die es nicht macht, auch nicht als Heimchen am Herd verunglimpft wird, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der FDP und bei der CDU –  
Frau Kohnle-Gros, CDU: Sehr gut! –  
Pörksen, SPD: Wer macht so etwas denn?)

Wahlfreiheit wollen wir an dieser Stelle haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch der Vorsitzwechsel der SPD auf Bundesebene wird das Problem der SPD, ihr Verhältnis zur PDS zu klären, nicht einfach so ändern.

(Pörksen, SPD: Das habt Ihr damals sehr schnell geklärt!)

– Herr Kollege Pörksen, ich verstehe Ihre Aufregung nicht.

(Pörksen, SPD: Ich bin nicht aufgeregt!)

Ich habe nur festgestellt, dass durch den Vorsitzwechsel allein dieses Problem nicht geklärt wird. Es ist für die SPD ein Problem.

(Harald Schweitzer, SPD: Ihre Leute haben in der Regierung gesessen in der DDR!)

Das erleben Sie jetzt in Hessen.

(Pörksen, SPD: Was ist das denn für ein Haushalt?)

Das, was in Hessen geschieht, ist für uns in Rheinland-Pfalz – wir können ja sagen, es sei Hessen, also könne es doch egal sein – – –

(Pörksen, SPD: Das hätten Sie ja verhindern können in Hessen, aber Sie haben sich verweigert! –  
Zurufe von der CDU: Oh!)

– Herr Kollege Pörksen, sehen Sie, auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Wir haben vor der Wahl gesagt, keine rote Ampel. Wir halten es auch nach der Wahl.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Frau Ypsilanti hat vor der Wahl gesagt: Nicht mit der PDS. Das gilt nach der Wahl nicht mehr.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Herr Kollege Pörksen, legen Sie einmal die gleiche Messlatte an, die Ihre Partei 1982 an meine Partei angelegt hat. Wir haben uns das gut gemerkt. Wir halten in Hessen unser Wort. Wir werden nicht umfallen.

(Beifall der FDP –  
Baldauf, CDU: Sehr gut! –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Herr Kollege Pörksen, Regionalkonferenzen ersparen nicht den Gang vor den Wähler. Sie hat dem Wähler versprochen, sie gehe nicht mit der PDS zusammen. Jetzt tritt sie vor den Wähler und sagt: Ich mache es doch.

(Baldauf, CDU: So ist es!)

Aber Regionalkonferenzen bei der SPD ändern das nicht und legitimieren es auch nicht, Herr Kollege Pörksen.

(Beifall der FDP und bei der CDU –  
Zuruf von der CDU: Jawohl! –  
Frau Schleicher-Röthmund, SPD: Was hat das denn mit dem Haushalt zu tun?)

Herr Kollege Hartloff, ja, das hat mit uns sehr wohl etwas zu tun. Deswegen habe ich es angesprochen.

(Hartloff, SPD: Ich habe nur gefragt, ob wir in Hessen sind!)

– Ja, die Vorgänge in Hessen haben für Rheinland-Pfalz hohe Bedeutung. Wir alle wissen, dass viele Menschen von uns im Rhein-Main-Gebiet ihr Geld verdienen, Menschen, die dort arbeiten, sei es als Selbstständige, als Unternehmer oder als Freiberufler. Deswegen ist das für uns von großer Bedeutung, wer dort unter welchen Voraussetzungen regiert.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU –  
Hartloff, SPD: Muss man das hier alles anmerken?)

– Aber hier darf man es bemerken, hier darf man es anmerken.

(Beifall der FDP)

Sie haben es auch gemacht. Sie haben auch zur Weltwirtschaftskrise gesprochen. Der Herr Kollege Deubel hat das auch getan. Das wirkt sich für uns aus, Herr Kollege Hartloff.

(Pörksen, SPD: Wie denn?)

Das wirkt sich in der Weise aus, dass Sie mit den Stimmen einer Partei an die Macht wollen, die dort in einer Pressekonferenz im Anschluss von ihren eigenen Vertretern gesagt hat, ja, das, was Sie dort erklärt hätten, sei reichlich diffus. Es ist reichlich diffus, was sie machen, insbesondere zum Flughafen. Das ist ein Jobmotor und ein Steuermotor für diese Region, und den wollen sie behindern.

(Beifall der FDP –  
Eymael, FDP: Jawohl! –  
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das wirkt sich für uns aus, und mit denen möchte Frau Ypsilanti regieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber einmal abgesehen von Hessen ist es trotzdem notwendig, dass dieses Verhältnis geklärt wird.

Ich möchte darüber hinaus Anmerkungen von Herrn Ministerpräsident Beck in diesem Hohen Hause aufgreifen, als wir einmal darüber diskutiert haben, ob die Vorschläge von Herrn Rüttgers zum Arbeitslosengeld II sinnvoll sind oder nicht. Herr Ministerpräsident Beck, Sie haben damals – im Übrigen auch unter Zustimmung meiner Fraktion – erklärt, die Reformen, die wir in Berlin – auch mit unserer Zustimmung – durchgeführt haben, waren notwendig. Lassen Sie uns deswegen nicht die Tür aufmachen, damit die Dämme nicht brechen.

(Beifall der FDP –  
Creutzmann, FDP: So war es!)

Ja, das finde ich heute noch richtig.

Herr Ministerpräsident, ich habe nicht vergessen, dass 1998 Ihre Partei vor der Wahl gesagt hat, das, was seinerzeit zur Rente gemacht worden sei, sei nicht in Ordnung gewesen, und angekündigt hat, es abzuschaffen. Sie haben es abgeschafft, aber später – anerkennend, dass es Probleme gibt – Ähnliches wieder eingeführt.

Herr Kollege Pörksen, ich möchte zugunsten der SPD etwas feststellen: Es war – dies wird man noch nach Jahren in der Rückschau sehen – staatspolitisch eine hervorragende Leistung dieser Regierung, diese Reformen damals durchgeboxt zu haben.

(Beifall der FDP)

Dies stelle ich ohne Wenn und Aber fest.

Herr Ministerpräsident, ich kann die Befindlichkeit Ihrer Partei und Ihre persönliche Befindlichkeit in diesem Zusammenhang sehr gut verstehen. Wir erleben alle, dass es Ihre Partei zerreißt. Auch aus der Geschichte meiner Partei heraus kenne ich dieses Phänomen und weiß, wie das ist. Wir haben Ähnliches 1969 erlebt und haben im Nachhinein recht behalten. Das Problem ist nur, dass unsere Legislaturperioden nicht lange genug sind, damit sich der Erfolg so schnell abzeichnen kann. Aber gleichwohl sollten wir alle gemeinsam an diesem Reformprozess festhalten, weil wir nur so unsere soziale Marktwirtschaft mit einem festen Ordnungsrahmen, der die freiheitliche Entwicklung und Betätigung eines jeden gewährleistet, auf Dauer auch aufrechterhalten können und nur so das erwirtschaften können, was für sozial Schwache notwendig ist. Herr Kollege Hartloff, darin sind wir überhaupt nicht auseinander.

(Beifall der FDP –  
Hartloff, SPD: Deshalb konnten wir auch koalieren!)

Ich finde es beispielsweise außerordentlich verwerflich, wenn ein Konzern wie Siemens meint, die Gewerkschaft kaufen zu können. Das ist nicht in Ordnung und entspricht nicht unserem Ordnungsrahmen.

(Pörksen, SPD: Das ist auch kriminell!)

Deswegen ist es richtig, dass die Staatsanwaltschaft dies verfolgt. Das möchte ich ausdrücklich festhalten.

(Beifall der FDP)

Es ist auch nicht in Ordnung, wenn irgendwelche Menschen meinen, mit fremder Leute Geld zocken und spielen zu können. Auch das ist nicht in Ordnung.

(Beifall der FDP)

Wenn wir feststellen, dass der Ordnungsrahmen nicht reicht, sind wir die ersten, die sich dafür aussprechen, diesen Ordnungsrahmen so zu stricken, dass dies wieder ordnungsgemäß abläuft; denn soziale Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen, setzt einen festen Ordnungsrahmen voraus, innerhalb dessen wir uns alle bewegen können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP)

Wir müssen uns auch gegen einige Vertreter von Polit-Utopia zur Wehr setzen. Wenn ich mir beispielsweise anhöre, was Herr Lafontaine den Menschen erzählt, wird dies deutlich: Es gibt einige wenige, denen wir mehr Steuern abnehmen können, dann braucht ihr euch alle nicht so anzustrengen. Die Globalisierung ist an allem schuld usw. – Wenn Herr Lafontaine Trainer des Fußballvereins Bayern München wäre, wäre das, was er politisch vertritt, so, als würde er den Spielern von Bayern München sagen: Hört einmal zu! Luca Toni und Herr Ribéry verdienen sowieso zu viel! Lasst die doch schaffen, ihr könnt euch ausruhen! Und zur Belohnung teilen wir uns noch zwei Drittel deren Gehalts, dann haben wir alle mehr davon. –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder weiß, dass Bayern München so nie ein Spiel gewinnen wird.

(Ministerpräsident Beck: Das tun sie sowieso nicht!)

Auch die Gesellschaft wird auf diese Art und Weise nie ein Spiel gewinnen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

– Herr Ministerpräsident Beck, Sie sagen, dass sie das sowieso nicht tun. Das stimmt, im Moment spielt Bayern München auch nicht gut. Ich hätte auch den FCK nehmen können; denn er spielt im Moment gut, aber dort gilt das Gleiche.

(Ministerpräsident Beck: Da ist nur  
nicht viel zu verteilen!)

Eine Mannschaft im Fußball gewinnt nur, wenn alle ihr Bestes geben, und das gilt auch für unsere Gesellschaft: Wir werden nur erfolgreich sein, wenn alle ihr Bestes geben. –

(Beifall der FDP)

Man darf nicht den Eindruck erwecken, man könne sich zurücklehnen, und einige wenige werden es schon bezahlen.

Dieser Feldzug gegen die Globalisierung ist für unsere Gesellschaft hoch gefährlich. Die Globalisierung, die verteuert wird, ist die Basis unseres Wohlstandes.

(Ministerpräsident Beck: Hier wird  
sie doch nicht verteuert!)

Deutschland ist ein Globalisierungsgewinner in vielen Bereichen.

(Beifall der FDP –  
Creutzmann, FDP: So ist es!)

Die IG Metall könnte ihre Forderung nach 8 % mehr Lohn doch gar nicht erheben, wenn der deutsche Maschinenbau nicht gute Gewinne im Ausland durch die Globalisierung erwirtschaften könnte.

(Beifall der FDP –  
Ministerpräsident Beck: Wer hat denn  
je etwas dagegen gesagt?)

– Sie nicht, Herr Ministerpräsident, aber Konkurrenten von uns gemeinsam, und insbesondere ein Konkurrent, der Ihnen das Leben sauer macht. Aber ich muss doch die Gelegenheit nutzen, den Menschen draußen klarzumachen, worum es eigentlich geht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der FDP)

Ich komme nun zu dem, was in Deutschland geschieht, Herr Ministerpräsident. Ich räume ein, dass es Menschen und Wirtschaftsbereiche in Deutschland gibt, die mit der Globalisierung Probleme haben. Wir müssen sie natürlich in ihren Problemen ernst nehmen. Aber dies setzt voraus, dass wir uns bei der Politikgestaltung auch dieser Problemgruppen und Problembereiche annehmen.

Ein Wirtschaftsbereich, der mit der Globalisierung Probleme hat, sind beispielsweise die Speditionen, diejenigen, die europaweit tätig sind und die es durchaus mit der Konkurrenz aus anderen Ländern, die billiger arbeitet, zu tun haben. Damit sind wir sehr schnell bei der Mauterhöhung. Ich möchte nicht sagen, dass wir die Maut nie hätten erhöhen sollen. Es ist nie angenehm, so etwas durchzuführen, und wenn man sie einführt, muss man sie hin und wieder auch anpassen. Ob dies nun der richtige Zeitpunkt dafür ist oder nicht, lasse ich einmal dahingestellt.

Aber nach Gesprächen mit Spediteuren muss ich zumindest festhalten, dass sie erwarten, dass die Mauterhöhung so eingeführt wird, dass sie sie auch sofort weitergeben können. Die Spediteure wünschen sich daher, dass eine Anpassung der Maut, wenn sie denn durchgeführt wird, immer zum Ersten eines Jahres stattfindet, damit sie die Gelegenheit haben, diese Anpassung bereits in neue Kontrakte hineinzuverhandeln. Ich glaube, in Deutschland war zunächst eine Erhöhung ab Oktober vorgesehen. Dies wäre aber noch änderbar.

Das viel größere Problem ergibt sich für mich aber daraus, dass die Spediteure einen Vertrauensverlust erleiden müssen. Sie haben nämlich damals – der Steuerlenkung folgend, weniger Emissionen freizusetzen, die darin lag – in neue Lkw investiert. Diese Lkw haben im Schnitt eine Laufzeit von sechs Jahren.

(Harald Schweitzer, SPD: Haben wir dafür einen Haushaltsansatz?)

– Wir haben eine Landesregierung, die im Bundesrat darüber mitzubestimmen hat, und wir haben in diesem Land Speditionsunternehmen, Mittelständler, die darunter zu leiden haben, Herr Kollege.

(Beifall der FDP)

Wenn wir über diese Dinge nicht mehr sprechen können, weiß ich nicht, wofür wir eigentlich noch zusammenkommen, Herr Kollege!

(Harald Schweitzer, SPD: Sie haben noch keinen einzigen Satz zum Landeshaushalt gesagt! Sie reden über alles andere, nur nicht über den Landeshaushalt!)

Deswegen erwarten wir, dass sich die Landesregierung insoweit auf Bundesebene dafür einsetzt, dass, wenn Mauterhöhungen stattfinden, auch die entsprechenden Laufzeiten der Lkw berücksichtigt werden, wenn differenziert angehoben wird. Wir haben nämlich das Problem, dass Euro 3 nun 70 % teurer wird, aber die zwischenzeitlich neueren nur 40 % teurer sind. Alle Spediteure sagen, dass sie diese Erhöhung nicht weitergeben könnten. Wenn dies eine Branche ist, die sowieso unter der Globalisierung leidet, dürften wir es ihr durch die Politik in Deutschland nicht noch schwerer am Markt machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP)

Für uns in Deutschland und damit natürlich auch für Rheinland-Pfalz ist von Bedeutung, dass wir bei der Finanzplanung der Bundesregierung feststellen müssen, dass trotz der Mauterhöhung – von 2009 aus betrachtet – für das Jahr 2012 381 Millionen Euro weniger für den Fernstraßenbau vorgesehen sind, obwohl die Maut erhöht werden soll. Was sollen die Speditionen davon halten, wenn von ihrem Geld nicht einmal das Instand gesetzt und neu gebaut wird, was sie für ihre Arbeit nötig haben? – Das kann keine vernünftige Politik sein.

(Beifall der FDP)

Wenn ich sehe, wie die Finanzierung der Fernstraßen erfolgt, mache ich mir durchaus auch Sorgen um das eine oder andere Projekt in Rheinland-Pfalz. Ich spreche vom Hochmoselübergang. Für dieses Projekt war zu unserer gemeinsamen Regierungszeit sogar eine Finanzierung vorgesehen, und ich habe den Medien entnommen, dass Herr Staatsminister Hering diese Form der Finanzierung, die aus einer Anschubfinanzierung des Landes, des Bundes und aus Mitteln der Maut bestand, zwischenzeitlich wieder infrage gestellt und aufgegeben hat. Zwischenzeitlich haben wir aber Baurecht für diese Brücke, jedoch keine Finanzierung mehr. Diese Brücke ist für die wirtschaftliche Entwicklung von Eifel und Hunsrück von hoher Bedeutung, und deswegen ist eine Finanzierung dringend notwendig.

(Beifall der FDP und des Abg. Licht, CDU)

Wenn wir auf Bundesebene sehen, dass die Mittel für den Fernstraßenbau trotz Mauterhöhung sinken sollen, so ist dies aus unserer Sicht keine vernünftige Regelung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Staatsminister hat gestern die Risiken, die sich für das Land Rheinland-Pfalz aus der Weltkonjunktur ergeben, dargestellt. Er hat aber nicht dargestellt, wo die Risiken aus Handeln des Landes her resultieren können. Ich meine den Freizeitpark am Nürburgring. Niemand ist dagegen, dass der Nürburgring auch zukünftig attraktiv gemacht wird. Das haben wir schon zu gemeinsamer Zeit diskutiert. Wir gingen damals davon aus, dass eine Privatinvestition mindestens mit 50 % beteiligt sein soll. Das gilt heute nicht mehr, obwohl wir eine gutachterliche Bewertung haben, die bei optimistischen, durchschnittlichen Annahmen, ja sogar bei pessimistischen Annahmen irgendwo in einer Zusammenfassung wie folgt formuliert, dass der Nürburgring 2009 in allen Szenarien

operativ einen positiven Cashflow erwirtschaften wird. Selbst im schlimmsten Szenario soll das ein Erfolg sein. Ich frage mich, wenn das so attraktiv ist, wieso es keine privaten Investoren gibt, die bereit sind, das Risiko mit uns zu übernehmen.

(Beifall der FDP und des Abg. Schreiner, CDU)

Der Herr Staatsminister hat, als er das Engagement in der Nürburgring GmbH von 135 Millionen Euro vorgestellt hat, dargestellt, dass es durchaus einen Prozentsatz von privaten Investoren gibt. Als wir nachgefragt haben, waren das aber mehr Mieter und Pächter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich einen Kredit für einen Hausbau haben möchte und die Bank fragt, ob ich einen Mitinvestor habe, dann kann ich doch nicht sagen: Ja, ich habe welche, Mieter und Pächter. – Das sind keine Mietinvestoren. Das ist eine ganz normale Nutzung. Deswegen ist das aus unserer Sicht keine echte private Investition, die mit in das Risiko geht.

(Beifall der FDP)

Energieverbrauch: Energieversorgung ist für unseren Wohlstand, für Arbeitsplätze, für unsere Wirtschaft von hoher Bedeutung. Ich habe in der letzten Woche einen Artikel im „Handelsblatt“ gelesen, in dem nicht Herr Clement, der bei Ihnen ein Stück weit in Verruf geraten ist, sondern andere dargestellt haben, dass es aus Vorsichtsgründen angeraten sein könnte, lediglich mit einer Stromverbrauchsminderung um vielleicht 6 % bis 2020 zu rechnen. Die Bundesregierung und das Bundesumweltministerium gehen von 11 % aus. Diese Fachleute sagen, aus Vorsichtsgründen lieber 6 %, weil nämlich überraschend – anders als bisher prognostiziert – der Energieverbrauch zunimmt. Sie stellen weiterhin fest, dass schon ab 2012 nicht mehr genügend gesicherte Kraftwerksleistung zur Verfügung stünde, um Verbrauchsspitzen abzudecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund sieht sich die FDP-Fraktion außerstande, auf nur irgendeine Form der Energieerzeugung in diesem Stadium zu verzichten,

(Beifall der FDP)

wo noch gar nicht klar ist, wie es sich entwickeln wird.

Natürlich könnte ein Spruch, wie er hier in der Anzeige steht, „Die Energie von der Sonne wird uns niemals etwas kosten“, das Heil bringen. Aber Frau Kollegin Conrad, natürlich kostet es etwas: Technik, die wir heute noch gar nicht haben, weil die Sonne nicht immer scheint. Wir brauchen Speichertechnik. Das ist noch nicht geklärt. Wir brauchen Technik für eine bessere Umsetzung. Das Gleiche gilt für die Windenergie. Solange das alles unklar ist, verzichtet die FDP-Fraktion auf keine Art der Energieerzeugung, weil wir aus Verantwortung für unseren Wohlstand, für die Arbeitsplätze und für unsere Wirtschaft nicht darauf verzichten können, solange nicht Ersatzenergien klar sind.

(Beifall der FDP)

Mit mehr Wettbewerb im Energiebereich wird auch ein anderes Vorhaben der Landesregierung begründet. Es soll dies der Grund für die Änderung in der kommunalen Wirtschaftsverfassung sein. Zu gemeinsamer Zeit – ich gebe zu, auf unser Betreiben hin – hatten wir festgelegt, dass die Kommunen sich nur noch wirtschaftlich betätigen sollen können, wenn sie günstiger als die Privaten sind.

(Pörksen, SPD: Das war ein Fehler!)

Als Beispiel dafür, dass es sich deshalb lohnt zu ändern, wird uns der Rhein-Hunsrück-Kreis dargetan, der – so hat mir der Kollege Auler berichtet – die private Müllentsorgung wieder ausgeschrieben hatte und durch ein Gutachten feststellen ließ, dass es um 1 Million Euro billiger ist, wenn er es selbst macht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür brauchen Sie die Gemeindeordnung nicht zu ändern. Das haben wir doch immer gewollt.

(Beifall der FDP)

Wenn sie billiger sind, können sie es auch machen. Das gilt natürlich auch im Energiebereich.

(Licht, CDU: Wir haben es im Kreis Bernkastel-Kues nicht gemacht, weil es teurer war! – Zuruf von Ministerpräsident Beck)

Aber dürfen wir denn erwarten, dass es im Energiebereich auch so ist?

– Herr Kollege Beck, darüber ließe sich reden. Aber es ist nicht per se so,

(Ministerpräsident Beck: Per se nicht!)

dass die Kommunen billiger sind. Ich darf Staatsminister Hering zitieren, der es als einen großen Erfolg unserer Anstrengungen für mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt kommentierte, nachdem der Bundesgerichtshof seine Entscheidung und die Entscheidung seiner Behörde zu Kürzungen bei Netzentgelten passieren ließ, also für rechtens erklärte. Ich lese vor, wer geklagt hat: Geklagt hatten die Stadtwerke Speyer, Neustadt und Trier. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind kommunale Einrichtungen. Und sie waren nicht billiger als Private, weshalb die Regulierungsbehörde eingreifen musste, um die Preise zu senken.

(Beifall der FDP)

Staatlich ist nicht per se billiger. Wenn der Staat tätig wird, wollen wir, dass er billiger wirtschaftet. Das muss das Ziel sein. Dann haben wir in diesem Zusammenhang auch keine Einwände.

(Pörksen, SPD: Dann haben wir eine wunderbare Konkurrenzsituation!)

Wir können gerne darüber streiten, wie wir die Kommunen in eine solche Wettbewerbssituation bringen. Aber das Ziel muss am Schluss niedrigere Preise für die

Verbraucher sein. Sonst macht es keinen Sinn, Herr Kollege Pörksen.

(Beifall bei der FDP –  
Harald Schweitzer, SPD: Genau  
das machen wir doch! –  
Hartloff, SPD: Eine sehr verkürzte Diskussion!)

Herr Kollege Hartloff hat auch die Kommunal- und Verwaltungsreform angesprochen. Es ist bekannt, dass wir dazu eigene Vorstellungen haben. Ich wiederhole es gerne, da dies häufig missverständlich dargestellt worden ist, dass wir eine politische Ebene in den Landkreisen, wo es drei kommunalpolitische Ebenen gibt, abschaffen wollen. Aber nie wollten wir die Verwaltung abschaffen, die die Ortsgemeinden und die Menschen vor Ort benötigen. Es ging immer nur um die Bürgermeister, Beigeordneten und die entsprechenden Räte.

(Beifall der FDP)

Dass ein solches System funktionieren kann, kann man in Schleswig-Holstein sehen, wo es gemacht worden ist. In Teilen von Bayern gibt es das auch und funktioniert auch.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Herr Kollege Pörksen, lassen wir das aber. Wir wissen, dass Sie das nicht wollen. Ich habe von dieser Stelle aus schon mehrfach erklärt und werde das auch in Zukunft für meine Fraktion so erklären: Wir sind durchaus bereit, ein anderes Modell mitzumachen. Wir behalten uns aber vor zu prüfen, ob das substanziell auch weit genug geht. –

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, der Herr Innenminister hat insofern meine volle Unterstützung. In Gesprächen habe ich durchaus seine Bereitschaft feststellen können, an vielen Stellen sehr weit zu gehen. Mir kommen nur Zweifel, wenn ich einen Artikel in der „RHEINPFALZ“ lese, wo Sie wiedergegeben werden, wonach Sie nicht an einen großen Wurf glauben, nur ein bisschen das Prinzip der Freiwilligkeit und dies und das. Das klingt sehr abgeschwächt zu dem, was der Herr Innenminister sagt, Herr Kollege Hartloff.

(Beifall der FDP –  
Hartloff, SPD: Nennen Sie doch die Städte  
Speyer, Zweibrücken und Frankenthal.  
Um die geht es doch!)

– Herr Kollege Hartloff, es gibt vieles, über das man in dem Zusammenhang reden könnte, ganz ohne Zweifel. Man muss aber doch einmal darüber reden. Sie sagen aber, wir reden schon einmal gar nicht darüber.

(Hartloff, SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Eines können wir bei den bisherigen Vorschlägen, die auf dem Tisch liegen, allerdings nicht feststellen, dass, anders als es immer wieder gesagt wird, nämlich die Ortsgemeinde gestärkt wird. Bei den Vorschlägen, die bisher auch noch im Zusammenwirken mit den Regeln

vom LEP IV vorliegen, meine ich, sind die Ortsgemeinden die einzigen, die bisher verlieren. Von Stärkung kann keine Rede sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP –  
Harald Schweitzer, SPD: Wieso denn das?)

Sie verlieren – und sollen dies auch tun – die Personalhöhe bei den Kindergärten.

(Harald Schweitzer, SPD: Auch das  
stimmt in der Form nicht!)

– Das war doch einer der Vorschläge, die da waren, Herr Kollege. Es gab noch andere. Es gibt auch noch Regelungen im LEP IV, die natürlich ihre Entwicklung, also die Ausweisung von Bauland und Ähnliches, erschweren und damit ihre Entwicklungsmöglichkeiten erschweren. Das können Sie doch nicht leugnen. Das haben Sie doch selbst so gewollt.

(Harald Schweitzer, SPD: Das ist auch richtig so,  
wie wir das gemacht haben!)

– Aber dann können Sie doch nicht sagen, dass die Ortsgemeinden dadurch gewonnen haben. Das können Sie doch nicht sagen.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir nun zum Bildungsbereich, der ein Kernbestand auch der politischen Tätigkeit in einem Land ist. Ohne Zweifel ist es so, dass wir im Bildungsbereich in einer Schulform Probleme haben, indem die Menschen die Hauptschule in der bisherigen Form nicht mehr annehmen, dies aus ganz unterschiedlichen Gründen. Übrigens ist es in manchen Regionen nicht so, da wird sie noch sehr gut angenommen.

(Hartloff, SPD: Das ist ländlich unterschiedlich!)

Aber in anderen Bereichen ist das nicht der Fall, dies aus ganz unterschiedlichen Gründen, weil sehr viele mit Migrationshintergrund und fehlenden Sprachkenntnissen da sind, weil andere soziale Probleme dort sind und die Eltern nicht wollen, dass sozusagen diese Probleme ihre Kinder mit infizieren.

Deswegen ist es nicht verkehrt, darüber nachzudenken, wie man dieses Problem lösen kann. Ich leugne nicht, dass viele Kommunalpolitiker damit ein Problem haben. Sie haben eine Schule, die halb leer steht. Ich verstehe, dass die sich Sorgen machen. Unserer Fraktion hat es bisher nicht eingeleuchtet, wie diese Probleme dadurch gelöst werden, indem ich Haupt- und Realschüler zusammenbringe, also die dortigen Probleme mit anderen zusammenmixe. Das wird die Vorbehalte der Eltern nicht beseitigen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

So etwas ist bereits in Bremen gemacht worden. Ich glaube, dort nennt sich das Sekundarschule. Dort ist es mittlerweile so, dass die Eltern dort weniger Kinder hin-

schicken als früher in die Hauptschule. Sie werden alle woanders hingeschickt.

(Beifall der FDP)

Das Problem, das dahintersteht, wird nicht gelöst. Wenn ich mir die Statistik mit 3.500 bis 3.700 Schülern jährlich anschau, die nicht einmal den Hauptschulabschluss schaffen, dann werden die es zusammen mit den Realschülern in einer Klasse noch schwerer haben. Jedenfalls sagen mir das Frau Kollegin Morsblech und viele Lehrer, mit denen wir sprechen. Sie werden es schwerer haben, weil sie nämlich, anders als Sie es, Herr Staatsminister Deubel, dargestellt haben, jetzt plötzlich als Hauptschüler in größeren Klassen sind.

Sie haben gestern gesagt, wir machen in der Orientierungsstufe kleinere Klassen bis 25 Schüler. Bezogen auf die Realschule stimmt das. Diese werden kleiner. Bezogen auf die Hauptschule stimmt das nicht. Da gibt es viele Klassen mit 16, 17, 18 oder 19 Schülern. Für die verschlechtert sich die Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und bei der CDU –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wenn diese Schule erfolgreich sein soll, wird man nicht umhin kommen, differenziert zu unterrichten. In dieser Schule wird es weiterhin Hauptschulpädagogik geben müssen, damit diese Schüler gezielt gefördert werden können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das Programm „Keiner ohne Abschluss“ setzt viel zu spät ein. Darauf weist meine Kollegin Frau Morsblech zu Recht hin. Es setzt ein, indem man sagt, wer nach der 9. Klasse noch keinen Hauptschulabschluss hat, soll noch ein weiteres Jahr anhängen. Das betrifft häufig Schüler, die schon ein- bis zweimal sitzengeblieben sind und die ihren Frust nicht mehr verbergen können und nur noch weg wollen.

(Beifall der FDP –  
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Herr Kollege Mertin,  
Frau Morsblech weiß das sehr viel besser – – –)

Hier muss viel früher angesetzt werden. Schon in der 5. Klasse müssen diese Schüler optimal gefördert werden.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem Zusammenhang möchte ich für meine Fraktion festhalten, dass wir die Tatsache, dass für diese Schulform geworben wird, obwohl dieses Parlament das Gesetz noch gar nicht beschlossen hat, nicht für besonders von Respekt gegenüber diesem Parlament gekennzeichnet ansehen.

(Beifall der FDP und bei der CDU –  
Pörksen, SPD: Das ist wirklich ein so  
durchsichtiges Argument!)

Ich sage das in dem vollen Bewusstsein, dass wir bei der einen oder anderen Vorlage von Ihnen nach Bera-

tungen im Haushalt am Schluss zugestimmt haben. Ich denke z. B. an die Universitätskliniken. Das war nach vielen Beratungen und Veränderungen auch im Parlament.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Hat hier  
nicht stattgefunden!)

Wenn danach dafür geworben wird, finde ich das in Ordnung. Wie sollen wir hier noch richtig beraten, wenn Sie vorwegnehmen, was das Ergebnis der Beratungen hier sein soll? Das leuchtet mir nicht ein, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle eine Lanze für die duale Ausbildung brechen und mich ganz ausdrücklich bei der Wirtschaft bedanken, die in den letzten Jahren in schwieriger Phase hohe Anstrengungen unternommen hat, um Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, damit junge Menschen eine Perspektive finden konnten.

(Beifall der FDP –  
Pörksen, SPD: Wer steht dafür besonders?)

– Das haben wir doch gemeinsam gemacht.

(Pörksen, SPD: Richtig!)

Letztlich stellt die Wirtschaft sie zur Verfügung. Diese bezahlt die Arbeitsplätze. Deswegen gebührt der Dank der Wirtschaft, Herr Kollege Pörksen.

(Zurufe der Abg. Eymael, FDP, und Pörksen, SPD)

Das wollen wir doch einmal festhalten.

(Beifall der FDP –  
Pörksen, SPD: Wirtschaft, wer ist die Wirtschaft?)

Natürlich hat die Landesregierung flankierende Maßnahmen ergriffen. Das ist ohne Zweifel so. Eine Landesregierung und die sie tragende Fraktion vergeben sich nichts, wenn sie sich an der Stelle bei der Wirtschaft bedanken.

(Pörksen, SPD: Das kommt noch, der  
Ministerpräsident kommt noch!)

Die sie tragende Fraktion hat über eine Stunde gesprochen und in diesem Zusammenhang kein Wort des Dankes gesagt, Herr Kollege Pörksen. Das will ich einmal festhalten.

(Beifall der FDP)

Die Wirtschaft verdient Dank an dieser Stelle. Viele Handwerksmeister haben weit mehr ausgebildet, als für ihre Betriebsstruktur nötig ist. Sie haben Menschen eine Perspektive und Zukunft geboten. Das finde ich richtig. Dafür bedanke ich mich auch, Herr Kollege.

(Beifall der FDP –  
Hartloff, SPD: Was wir immer sagen  
und wo wir uns einig sind!)

In diesem Zusammenhang muss ich an einer Stelle als Alarmsignal darauf hinweisen, dass es ein Problem ist, dass man in den Medien nachlesen kann, dass immer mehr Eltern Nachhilfe für ihre Kinder in Anspruch nehmen.

(Baldauf, CDU: Ja, genau!)

Da werden Zahlen von 750 bis 1.500 Euro jährlich genannt. Das spricht nicht für die Qualität unserer Bildungseinrichtungen und führt dazu, dass Bildung immer mehr vom Portemonnaie der Eltern abhängig wird. Das ist eine Frage der Chancengerechtigkeit.

(Beifall der FDP)

Wir müssen daran arbeiten, dass sich dieses ändert. Ein wichtiger Aspekt – – –

(Pörksen, SPD: Was machen wir?)

– Herr Kollege Pörksen, die Realschule plus ist leider nicht das geeignete Mittel, um das zu verhindern.

(Pörksen, SPD: Was ist ihre Auffassung?)

– Das habe ich eben doch dargelegt.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich festhalten, dass die Ganztagschulen, die im Land Rheinland-Pfalz entwickelt werden, eine wichtige und richtige Einrichtung sind.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Kollege Pörksen, nicht so viel Unruhe, ich bin gerade dabei, Sie zu loben.

(Pörksen, SPD: Oh! –  
Hartloff, SPD: Das ist verdächtig!)

– Das ist verdächtig. Sie wissen doch, so ist das. An der Stelle, an der Sie etwas Gutes machen, sind wir bereit, Sie zu loben.

Wir halten die Ganztagschule für eine wichtige Einrichtung, die an der Stelle, an der es Eltern, Lehrer und alle anderen wünschen, weiter ausgebaut werden soll.

Uns treibt es mit Sorge um, dass aufgrund einer Großen Anfrage in der Antwort der Landesregierung mitgeteilt wird, dass in vielen getesteten Schulen das angebotene Essen nicht gesund ist. Dafür kann zunächst einmal die Landesregierung nichts, weil sie nicht Schulträger ist. Wir finden diesen Zustand nicht gut.

(Beifall bei der FDP –  
Pörksen, SPD: Wir auch nicht!)

Frau Kollegin Schellhaaß findet das insbesondere nicht gut und setzt sich dafür ein, dass dort gesundes Essen ausgegeben wird. Hier sollten wir beispielsweise den Sachverstand, der bei den Ernährungsberaterinnen und -beratern in der Landwirtschaft vorhanden ist, nutzen,

um in den Schulen sicherzustellen, dass gesundes Essen an unsere Kinder verteilt wird.

(Beifall der FDP)

Das Thema „Hochschule und Wissenschaft“ ist wichtig für unser Land. Das hat Herr Kollege Hartloff dargestellt. Sie haben dargestellt, welche Programme wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Das waren ursprünglich 25 Millionen Euro jährlich auf fünf Jahre verteilt. Sie haben dies in diesem Jahr noch einmal um 2,5 Millionen Euro aufgestockt, sodass es ab nächstem Jahr 40 Millionen Euro im Jahr sind.

Ich will ausdrücklich würdigen, dass es noch das Sonderprogramm mit 40 Millionen Euro gibt. Das ist das Sondervermögen, das jetzt für fünf Jahre gebildet wird. Allerdings muss ich darauf hinweisen, obwohl all diese Maßnahmen schon ergriffen waren, dass bei einer Anhörung im Ausschuss auf der Basis dieser Dinge die Sachverständigen über die Frage der ausreichenden finanziellen Ausstattung der Hochschulen trotz dieser Programme nur darüber gestritten haben, ob wir auf dem vorletzten oder letzten Platz sind. Das macht deutlich, dass es noch nicht ausreicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der CDU)

In dem Zusammenhang weise ich zumindest der Ordnung halber darauf hin, dass in diesen 40 Millionen Euro des Sonderprogramms jährlich 11,4 Millionen Euro, also rund ein Viertel, enthalten sind, die nicht dazu geeignet sind, diesen Nachteil aufzuholen, weil sie im Rahmen des Hochschulpaktes dazu dienen, zukünftig zusätzliche Studenten abzufedern, sodass auf jeden Fall zusätzliche Mittel für unsere Hochschulen aufzubringen sind, um den letzten oder vorletzten Platz verlassen zu können.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Kuhn hat ein Modell im Land vorgestellt. Ich weiß, die Landesregierung, die sie tragende Partei und wir sind über die Frage, wie dies finanziert werden soll, verschiedener Meinung. Wir schlagen Beiträge nicht für alle vor, sondern lassen einen Korridor von 30 % für soziale Härtefälle und Ähnliches übrig.

Wir sagen, dass Landesvermögen in eine Stiftung überführt werden soll, damit diese dann zielgerichtet ihre Erträge den Hochschulen zugute kommen lassen kann. Wir schlagen auch vor, dass ESF-Mittel umgewidmet werden, was nach den Regeln für die ESF-Mittel möglich ist und in anderen Bundesländern auch gemacht wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Damit ließe sich nach unserer Vorstellung ein Betrag von 100 Millionen Euro jährlich erwirtschaften, der dann in die Zukunft unserer Hochschulen investiert werden kann. Damit können wir zumindest auf einen Mittelplatz aufrücken. Das hat unsere Anhörung auch ergeben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP)

Ich weiß, dass Sie zu den Beiträgen für Hochschulen anderer Meinung sind. Ich respektiere, dass Sie anderer Meinung sind. Wir müssen aber sehen, dass dann, wenn wir heute nichts tun, bei diesen Zahlen unsere Hochschulen sich in einen schleichenden Abwertungsprozess begeben werden, den wir später mit noch so großen Kraftanstrengungen nicht mehr werden aufholen können.

(Beifall der FDP)

Deshalb meinen wir, dass es vertretbar ist, den heutigen Studenten einen kleinen Beitrag abzuverlangen. Wir wissen aus Gesprächen mit Studenten, dass diese durchaus bereit sind, ihn zu erbringen. Ich weiß, dass man dafür Stipendienprogramme einrichten muss. Machen wir uns auf den Weg, und tun wir das. Wir können uns das Ganze auch nachgelagert vorstellen. Ich meine, dass es aber nicht unzumutbar ist, von einem Studenten einen solchen Studienbeitrag abzuverlangen. Andere in der Wirtschaft müssen ihre Titel auch auf eigene Kosten erwerben.

(Beifall der FDP)

Niemand findet etwas dabei, dass der Meister im Handwerk den Meisterbrief auf eigene Kosten erwirbt. Dieser Meisterbrief, wenn er bis dahin keine Hochschulzugangsberechtigung hat, stellt auch für ihn die Hochschulzugangsberechtigung dar. Er muss dafür aber bezahlen. Er geht in dieser Zeit zur Arbeit, und er zahlt Steuern, von denen auch die Hochschulen finanziert werden. Wir meinen, dann muss es doch im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen möglich sein, die Studenten ein Stück weit in zumutbarer Weise zu beteiligen, damit auch künftige Generationen in 20 Jahren leistungsfähige Hochschulen in Rheinland-Pfalz vorfinden können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP)

Die Kultur haben Herr Kollege Hartloff und auch Herr Staatsminister Deubel gestern angesprochen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich ausdrücklich mein Kompliment gegenüber der Landesregierung und insbesondere gegenüber Herrn Staatssekretär Hofmann-Göttig aussprechen. Ich finde es gut, dass Sie das Risiko eingegangen sind, beim Arp Museum sich von dem Verein zu trennen und das Risiko eines Prozesses eingegangen sind. Wie wir wissen, war der erfolgreich. Dadurch sind aber die Voraussetzungen geschaffen worden, damit dieses Museum für uns alle zur Erfolgsgeschichte werden kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir können gern im Untersuchungsausschuss über die Entstehungsgeschichte und alles, was damit zusammenhängt, streiten, aber wir haben über die Berlin-Bonn-Fördermittel dieses Museum bekommen und damit eine hervorragende Chance, es auch touristisch einzusetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das ist jetzt auf einem guten Weg. Deshalb unterstützen wir das ganz ausdrücklich.

Allerdings haben wir nach der durchaus guten finanziellen Ausstattung, die Sie jetzt als Stiftung erhalten haben, auch die Erwartung, dass das funktioniert, Herr Staatssekretär. Die Erwartung haben wir. Wir werden natürlich auch darauf achten, ob es dazu kommt.

Bei der Staatsphilharmonie in Ludwigshafen hat meine Kollegin Lejeune zu Recht darauf hingewiesen, dass sich die Sache etwas schwieriger darstellt, weil es dort problematisch ist, einen neuen Dirigenten zu finden. Ich gebe zu, es könnte sein, dass die gemeinsam durchgeführte Orchesterreform dabei einen Hemmschuh darstellt. Das müssen wir noch sorgfältig analysieren und diskutieren. Jedenfalls wäre es aber schade, wenn dieses Orchester keinen geeigneten Dirigenten finden würde. Wir werden uns deshalb weiter dieses Problems gerne annehmen.

Im Land Rheinland-Pfalz spielt natürlich auch die Gesundheitsversorgung eine Rolle. Jetzt wird z. B. der Gesundheitsfonds eingeführt. Ich habe immer gedacht, dadurch würde das billiger. Seit Wochen lese ich aber in den Zeitungen, wie stark jetzt die Beiträge angehoben werden. Nirgendwo habe ich gelesen, dass sie gesenkt werden.

Herr Staatsminister Deubel hat aber gestern dargelegt, dass z. B. 3 Milliarden Euro zusätzlich in die Krankenhäuser fließen werden, die auf den Weg gebracht worden sind. Herr Kollege Schmitz hat mich gestern sofort darauf hingewiesen, dass diese 3 Milliarden Euro keine echten 3 Milliarden Euro sind. Die Krankenhausgesellschaft hat auch schon darauf hingewiesen und gesagt, dass es eigentlich nur 2 Milliarden Euro sind, weil ihnen 1 Milliarde Euro sowieso schon zugestanden hat.

Die Krankenhäuser, die sowieso nichts hatten, mussten auch noch einen Sanierungsbeitrag für die Krankenkassen leisten. Das wird jetzt aufgehoben und als großartige Hilfe dargestellt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein großartiger Sanierungsbeitrag kann das aus unserer Sicht nicht sein.

Wie diese Krankenhausfinanzierung läuft, ist aus der Sicht der FDP durchaus nachdenkenswert. Auf der einen Seite Planwirtschaft. Es wird von staatlicher Seite vorgegeben, was sie an Einnahmen für ihre Leistungen erheben dürfen. Auf der anderen Seite gilt die Marktwirtschaft. Die vollen Energiekosten werden durchgereicht, die Tarifverträge werden durchgereicht usw.

Das ist selbst bei noch so sparsamem Wirtschaften für die Leitung eines Krankenhauses kaum zu bewerkstelligen, wenn noch hinzukommt, dass Investitionen aus diesen Einnahmen gar nicht getätigt werden dürfen, weil dafür wiederum Zahlungen des Landes notwendig sind. Wie ein Krankenhaus in diesem Geflecht überhaupt noch vernünftig funktionieren soll, ist aus der Sicht unserer Fraktion außerordentlich fraglich und muss deshalb in Zukunft auf den Prüfstand gestellt werden.

Wir wollten aus unserer Sicht mehr marktwirtschaftliche Elemente wie auch die Kreativität für eine bessere Versorgung in den Krankenhäusern wecken und frei machen. In diesem Sinne würden wir uns eine Weiterent-

wicklung der Gesundheitsreform auch zum Wohle unseres Landes wünschen.

(Beifall der FDP)

Heute Morgen ist beim Bischof sowohl von Ihnen, Herr Ministerpräsident, als auch von Herrn Ministerpräsidenten Koch und auch von der Katholischen Kirche heraus der Bischof mit Wein beschenkt worden. Alle haben betont, dass Wein in unserem Bundesland von hoher Bedeutung ist. Deshalb ist es aus unserer Sicht von hoher Bedeutung, dass nicht das Wirklichkeit wird, was in der EU-Weinmarktverordnung vorgesehen ist, nämlich dass Tafelwein mit einer Rebsortenbezeichnung auf den Markt kommen soll.

(Beifall der FDP)

Das wird unser Qualitätsweinsystem nach unten ziehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es wird gerade das, was in den vergangenen 20 Jahren die Winzer an Qualitätswein geschaffen haben, zunichte machen. Deshalb müssen wir erwarten, dass man sich dafür einsetzt,

(Beifall der FDP)

dass dies so nicht kommt, damit die Winzerinnen und Winzer im Land Rheinland-Pfalz eine vernünftige Zukunft haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Dr. Schmitz, FDP: Riesling minus!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Ende kommen und festhalten, dass die FDP-Fraktion auch in den nächsten Jahren die Landesregierung kritisch begleiten wird und dort, wo sie meint, dass Fehler gemacht werden, den Finger in die Wunde legen wird. Wir werden uns aber einer konstruktiven Zusammenarbeit nicht verweigern. Ich hatte eben schon das Universitätsklinikumgesetz genannt, aber das gilt auch für andere. Wir wollen also im Interesse unseres Landes aus der Opposition heraus den Finger in die Wunde legen und erreichen, dass dieses Land durch gesetzgeberisches Handeln besser vorankommt und fortentwickelt wird. In diesem Sinne wollen wir liberale Politik auch im Rahmen der Haushaltsberatungen begleiten.

(Anhaltend Beifall der FDP und  
vereinzelt Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Ich begrüße weitere Gäste im Landtag, und zwar Mitglieder des Sozialverbandes Deutschland, Ortsverband Weyerbusch, Mitglieder des SPD-Ortsvereins Flammersfeld, Mitglieder des Frauenchors Burgschwalbach und Frau Anke Moog, Gewinnerin des Quiz anlässlich des Rheinland-Pfalz-Tages 2008 in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Seien Sie alle herzlich im Landtag willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Kurt Beck.

#### **Beck, Ministerpräsident:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich namens der Landesregierung dafür, dass Sie die Erklärung von Herrn Kollegen Professor Dr. Deubel gestern entgegengenommen haben und wir heute in die Debatte zu diesem Doppelhaushalt einsteigen können. Ich bin überzeugt davon, dass wir uns an einer Reihe von Stellen treffen werden in den unterschiedlichsten Positionen, aber Sie sollten auch davon überzeugt sein, dass – die Rede von Herrn Kollegen Hartloff hat dies deutlich werden lassen – die SPD-Fraktion und die Landesregierung diesen Haushalt gestalten wollen.

(Vizepräsident Bauchhage  
übernimmt den Vorsitz)

Wir werden dabei davon ausgehen – wir können das belegen –, dass dieses Land Rheinland-Pfalz gut dasteht. Wir wissen, wohin es gehen soll, und wir wissen um die realen Bedingungen, um auf diesem Weg voranzukommen, an manchen Stellen nicht so schnell, wie wir es uns vielleicht gemeinsam wünschen, aber in realisierbaren und klaren Schritten.

Das Dritte ist, wir müssen in der Tat vor dem Hintergrund der aktuellen weltweiten Finanzentwicklungen in besonderer Weise darüber nachdenken, wie wir uns verhalten, wie wir auf der einen Seite Vorsorge betreiben, auf der anderen Seite aber auch keine falschen Signale setzen. Dazu hat Herr Kollege Deubel gestern deutlich gemacht, diese Vorsorge steckt auch darin, dass wir für das Jahr 2010 – wenn Wirkungen im Steuereinnahmensektor kommen, werden sie in diesem Jahr kommen – eben nicht das, was der Finanzplanungsrat an Steuerschätzungserwartungen vorgegeben hat, voll eingesetzt haben auf der Einnahmenseite, sondern um 166 Millionen Euro darunter geblieben sind, um so eine gewisse Sicherheitsmarge zu schaffen.

Auf der anderen Seite unterstreiche ich, was Herr Deubel deutlich gemacht hat, dass wir uns nämlich sehr bewusst, um die Investitionskraft bei Land und Kommunen auch wirken zu lassen, in diesem Bereich nicht so verhalten werden, dass wir die vorgesehenen Investitionen und wichtigen Zukunftsentscheidungen infrage stellen. Das können wir tun, verbunden damit, dass wir in vielen Einzelfragen Vorsorge treffen, übrigens auch hinsichtlich der Pensionslasten für unsere Beamtinnen und Beamten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deutlich machen, wenn die Überschrift zu der Haushaltsrede des Finanzministers gelautet hat „Chancen nutzen, Chancen bieten, Chancen wahren“, dass es für uns bedeutet, dass wir uns an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger, und zwar derjenigen, die heute mitten im Leben stehen, der Seniorinnen und Senioren, aber auch unserer Kinder und der kommenden Generationen orientieren werden.

(Zuruf von der CDU: Denen überlassen  
wir die Schulden!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine solche Orientierung bedeutet, dass wir die wirtschaftliche Stärke, die über Jahrzehnte in diesem Land entwickelt worden und Gott sei Dank zwischenzeitlich gut ausgeprägt ist, erhalten, weiter fördern und die Flexibilität unserer Unternehmen unterstützen, dass wir daneben erkennen und dies auch in diesen Haushaltszahlen widerspiegeln, es geht darum, die ökologischen Herausforderungen zu sehen, sie aber auch produktiv zu machen. In der Debatte sind einige Unternehmen genannt worden, die im Bereich regenerativer Energien in besonderer Weise erfolgreich sind. Man könnte ein Unternehmen im Westerwald und an vielen anderen Stellen den genannten Unternehmen hinzufügen. Also, es geht an der Stelle um Ökonomie und Ökologie im unmittelbaren Sinne.

Meine Damen und Herren, es geht darum, dass ein exportorientiertes Land wie Rheinland-Pfalz – sicher nicht allein, aber gemeinsam mit anderen – durch ökologisch vernünftige energieeffiziente Produkte eben nicht nur Einfluss nehmen kann auf das, was wir an Schadstoffen in Deutschland in die Luft emittieren, sondern dass wir durch diese Exporte, durch das Setzen von technologischen Benchmarks auch im internationalen Wettbewerb weit über unsere nationalen Grenzen hinaus wirken können – ich finde, das ist vernünftig –,

(Beifall der SPD)

dass wir darüber hinaus Zukunftsvorsorge vor dem Hintergrund der ökologischen Herausforderungen in einer kontinuierlichen und sehr kostenintensiven Weise weiter betreiben. In diesem Haus erinnere ich mich in den fast 30 Jahren der Zugehörigkeit, die ich jetzt aufzuweisen habe, an viele Debatten nach für Menschen schrecklichen Hochwasserereignissen, dass das Menschenmögliche getan werden muss. Wir haben uns entschlossen, das Menschenmögliche zu tun. Das wird nie absolute Sicherheit bedeuten können. Wir können – wir wollen die Natur auch nicht beherrschen, das ist immer ein vermessener Anspruch gewesen – an vielen Stellen viel tun, von der Aktion „Blau“, von den Wasserrandstreifenprogrammen, über das von Bächen und Flüssen, Retentionsräumen bis hin an die technisch gesteuerten und ungesteuerten Polder als Mischung zwischen technischen und ökologischen Maßnahmen entlang der großen Flüsse, die wir Gott sei Dank in unserem Land haben und die unser Land entscheidend prägen und ausmachen, also in vielfältiger Weise Vorsorge treffen.

Das Dritte, was zu einer solchen Grundorientierung in diesem Land gehört, ist aus unserer Sicht die soziale Sicherheit der Menschen und damit auch die soziale Stabilität unserer Gesellschaft.

Dazu werden wir uns in einer konsequenten Weise auf der bundespolitischen Ebene verhalten, dort, wo wir als Landesregierung gefragt sind, im Deutschen Bundesrat, aber wir werden auch unsere eigene Politik entsprechend gestalten.

Das wird in besonderer Weise für die Sicherung unseres Gesundheitswesens gelten. Das ist nicht einfach. Das wissen wir. Wir wissen, dass sich aufgrund der Fähigkeiten zur Forschung im pharmazeutischen, medizinischen, zahnmedizinischen Bereich, in psychoanalytischen und

psychotherapeutischen Sektoren des Gesundheitswesens, bei anderen therapeutischen Ansätzen unendlich viel entwickelt. Das kommt den Menschen zugute. Es ist kein Zufall, dass wir – Gott sei Dank – als Einzelner die Chance haben, älter zu werden und relativ gesünder älter zu werden, als dies unseren Eltern oder Großeltern noch möglich gewesen ist.

Das sicherzustellen, ist unsere Aufgabe. Es so sicherzustellen, dass es für die Ballungsräume Koblenz, Trier, Ludwigshafen und Mainz genauso gilt wie in Prüm oder in Adenau oder in Otterbach in der Westpfalz. Das ist die Herausforderung, auf die wir Antworten geben müssen und wollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb sollten wir aufpassen, dass wir zu solchen Fragen nicht in polemische Betrachtungen abgleiten.

Ich könnte es mir leicht machen und sagen: Gesundheitsfonds – habe ich es gewollt? – Sicher nicht. Die SPD wollte etwas anderes, und das hat sie auch erreicht, nämlich einen Morbiditätsausgleich ins System zu bringen – ich glaube, das ist mehr als notwendig –, also die Gesundheitsrisiken einer alternden Gesellschaft im System und in den Ausgleichsfunktionen besser auszugleichen.

Die Frau Bundeskanzlerin hatte ihrerseits den Wunsch, den Gesundheitsfonds zu schaffen, und wir haben uns verständigt, beides zu tun. Deshalb – nachdem ich nicht mehr in der Verantwortung bin, in der ich damals war, als ich dies mit ausgehandelt habe – rücke ich davon auch nicht ab. Meine Herzenssehnsucht ist es nicht, aber eine Politik zu machen, hier zu klatschen, wenn kritisiert wird, und auf der Bundesebene eine solche Position wahrzunehmen – entschuldigen Sie, meine Damen und Herren von der CDU –, das verstehe wer will, ich nicht.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Es kommt sehr wohl darauf an, dass wir bei allem über Ausgleichszahlungen, über entsprechende finanzielle Ausgleichs für zusätzliche Belastungen an die Krankenhäuser reden. Sicher ist es so – wie Sie, Herr Mertin, es gesagt haben mit den 3 Milliarden Euro –, dass darin auch eine Vorbelastung ist. Das ist gar keine Frage. Das ist völlig unstrittig. Die Wahrheit ist die Wahrheit. Aber für uns wird es entscheidend darauf ankommen, dass wir – bei aller Überlegung, was ist unter Umständen da oder dort marktwirtschaftlich besser zu regeln, als es jetzt geregelt ist – es nicht reinen Marktmechanismen überlassen.

(Zuruf des Abg. Mertin, FDP)

– Ich sage doch nicht, dass Sie das gesagt haben. Ich rede doch davon, wo die Grenzen sind, an denen wir uns zu orientieren haben. Es solchen Mechanismen zu überlassen, wo wir Krankenhäuser halten oder nicht, würde in einem Flächenland eine – wie ich überzeugt bin – falsche Krankenhauspolitik auslösen. Denn wir wollen die Krankenhäuser der Grundversorgung in der Fläche auch in Zukunft erhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Natürlich kann man beklagen, wenn Sozialversicherungsbeiträge steigen. Wer mag es schon, wenn Beiträge steigen? Aber die Wahrheit ist auch, dass wir eine Verzerrung hinsichtlich der niedergelassenen Ärzteschaft und der Entscheidung zum Standort in dieser Republik haben. Wir hatten eine deutliche Ballung von Fachärztinnen und Fachärzten, insbesondere in Ballungsgebieten, besonders in attraktiven Städten. Warum hat Bayern das Problem, dass es die Gesundheitsreform so schwer mitmachen kann? Deshalb, weil man dort höhere Leistungen und höhere Zahlungen zugelassen hat, es aber nicht differenziert bekommen hat und in München einen viel höheren Facharztbestand pro Kopf der Bevölkerung hat, als es anderswo der Fall ist.

Ich muss mir deren Kopf nicht zerbrechen. Ich will nur sagen, welche Fehlleitungen vorhanden sind. Deshalb ist es richtig, eine Orientierung zu suchen, damit man Zusatzanreize insbesondere für Allgemeinärztinnen und Allgemeinärzte in ländlichen Regionen schaffen kann. Ich finde, das ist keine falsche Grundorientierung entlang dieser Ziele und entlang der Unterstützung der Mittel, die Frau Kollegin Dreyer für die Entwicklung der Krankenhäuser einsetzen wird.

Übrigens, herzlichen Dank. An dieser positiven Orientierung aus Sicht des Landes Rheinland-Pfalz hat Frau Dreyer viel stärker mitgewirkt, als dies irgendjemand bisher wahrgenommen und gewürdigt hat.

(Beifall der SPD)

Ich will damit deutlich machen, wir wissen um unsere Verantwortung. Wir wissen aber auch, dass wir uns einzubringen haben. Wir werden dies tun. Wir werden auch Ihre Erfahrungen, die sich in dieser Debatte widerspiegelt haben, in diese Überlegungen einbeziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich gehört zu diesem Dreiklang des ökonomischen Erfolgs, der ökologischen Verantwortung und der sozialen Gerechtigkeit auch, dass wir darum herum Rahmenbedingungen schaffen, die diese Erfolge tragen und ermöglichen. Entscheidend ist der Faktor Sicherheit, Sicherheit vor Kriminalität, Sicherheit – soweit wir das überhaupt schaffen können – vor Terrorgefahr. Aber es geht auch um den Sicherheitssektor, den Bereich der sozialen Sicherheit und den Bereich der Versorgungsrisiken alter und behinderter Menschen und ähnliche Felder, die für uns alle eine Bedrohung darstellen.

In jeder Familie hat man die Sorge: Was ist mit den Eltern, was kann passieren, hat man eine entsprechende Absicherung? – Das sind diese Sicherheitsbereiche, denen wir uns zuwenden müssen und denen wir im Rahmen unserer Möglichkeit eine entsprechende Politik hinzufügen wollen, damit so viel Sicherheit wie möglich gegeben ist.

Natürlich muss auch kritisch hingeschaut werden. Das ist doch gar keine Frage. Ich glaube, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz zu Recht und Gott sei Dank ein objektives und ein subjektives Empfinden haben, dass sie in Rheinland-Pfalz sicher leben können. Dafür sind unserer Polizei und unserer Justiz Dank und Anerkennung zu sagen.

Natürlich haben wir uns mit den Finanzfragen gequält. Was tun wir denn, um notwendige Einstellungen verantworten und finanzieren zu können? – Wir haben uns im Bereich der Polizei entschieden, bei den Fachhochschulen über die 250 Stellen hinaus 75 weitere Stellen zu schaffen, weil wir wissen, dass es Menschen nicht schaffen oder aus anderen Gründen abgehen, damit wir eine wirkliche Verstärkung bekommen.

Wir haben uns zusätzlich entschieden, Angestelltenstellen zu schaffen, damit die heute bei den Bürgern vorhandenen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten entlastet werden.

Herr Kollege Mertin, wir haben immer wieder darüber diskutiert, wie weit wir noch gehen können, wie angespannt das System in den Justizvollzugsanstalten ist, insbesondere in den Jugendstrafvollzugsanstalten, im Bereich der Betreuerinnen und Betreuer, im weitesten Sinne im Justizbereich. – Wir werden rund 70 Stellen schaffen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, lieber Herr Kollege Dr. Bamberger.

Dieser Haushalt ist ein Beleg dafür, dass ich nicht nur über diesen Faktor „Sicherheit“ als eine Orientierung rede, sondern wir darum ringen, zusätzliche Entscheidungen zu treffen, die heute und morgen dieser Aussage auch gerecht werden. Dass es immer noch mehr sein könnte, wer würde es in Abrede stellen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu diesem Sektor gehört auch die Kultur. Ich glaube, dass wir gemeinsam stolz sein können auf das, was sich in den letzten Jahrzehnten im Bereich des kulturellen Angebots dieses Landes Rheinland-Pfalz entwickelt hat.

Es ist überhaupt keine Kritik an früheren Landesregierungen, weil es auch dort nach dem Motto gehen musste, immer eins nach dem anderen. In einem Land, in dem man zuerst nur eine Hochschule hatte, mussten – das ist von Herrn Dr. Vogel erfolgreich getan worden – in Kaiserslautern und Trier zusätzliche Hochschulen geschaffen werden. Wir haben dann aus einer doppelpädagogischen Hochschule eine zusätzliche Universität gemacht.

Wir haben die Fachhochschulen neu gegliedert, in Remagen eine neue Fachhochschule geschaffen, in Birkenfeld eine neue Fachhochschule hinzugefügt, in Pirmasens ein Element geschaffen, das uns hilft, die dortige Konversionsherausforderung, ähnlich wie es uns in Zweibrücken gelungen ist, mit zu unterstützen und von dort aus eine Art Clusterentwicklung in einem anderen Sinne des Wortes auszulösen. Ich finde, wir sind auf einem vernünftigen Weg.

(Beifall der SPD)

Dass wir Kultur nicht nach dem Motto betreiben dürfen, wenn etwas übrig ist, dann bekommt die Kultur etwas, darüber sollten wir uns zwischenzeitlich einig sein; denn zum Menschen und zu einer menschlichen Gesellschaft muss neben ökonomischem Erfolg als Basis für das, was wir uns leisten können, die kulturelle und die soziale Dimension unseres Zusammenlebens stark gehalten werden. Diese Letztere war in Rheinland-Pfalz eher

unterentwickelt. Deshalb haben wir dort Zeichen gesetzt. Dafür bin ich der Kulturministerin, dem Staatssekretär, allen, die mitgewirkt haben, sehr dankbar.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, im Übrigen, damit die Vorfreude vor Weihnachten gar nicht überbordig wird, wenn wir uns am 16. Dezember im Untersuchungsausschuss sehen, ja, das waren schwierige Entscheidungen. Ja, ich habe manche Nacht nicht geschlafen, weil ich mir selbst nicht sicher war, ob du bei den Zweifeln, die berechtigterweise auf den Tisch gekommen sind, Ja sagst oder Nein sagst. Aber ich habe am Ende Ja gesagt, so wie die Ministerin Ja gesagt hatte. Dieses Ja war richtig.

Meine Damen und Herren, wir sollten froh darüber sein, erstens, dass wir bei den Bonn-Berlin-Verhandlungen – ich habe an ihnen teilgenommen so wie andere in diesem Hohen Hause auf der Regierungsseite auch – für ein Kulturprojekt etwas anzubieten hatten, das wir dort präsentieren konnten und mit 135 Millionen Euro gefördert bekommen haben.

Meine Damen und Herren, es wäre für die Region, für den Norden von Rheinland-Pfalz eine Todsünde gewesen, wenn wir diesen Weg nicht gegangen wären.

(Beifall der SPD –  
Zuruf von der CDU)

– Entschuldigung, 30,5 Millionen Euro.

Schön wäre es nicht gewesen, wenn wir diesen Weg nicht gegangen wären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt haben wir ein Museum, von dem wir sagen können, wenn wir damit richtig umgehen – das ist unser Job; das wollen wir auch tun –, dann wird dies ein Museum sein, das nicht nur deutschlandweit, sondern darüber hinaus Bedeutung hat.

Glauben Sie nicht, dass Sie sich die Freude machen könnten, mich in irgendeine Defensive zu bringen. Ich bin stolz auf diese Entscheidung, und sie war unter dem Strich richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD –  
Baldauf, CDU: Gut so!)

– Gut so, da haben Sie völlig recht.

(Baldauf, CDU: Gut so, jawohl!)

Das will ich in der Gesamtfunktion in diesem Haushalt widergespiegelt sehen. Natürlich in Schritten, das ist völlig klar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese spiegeln sich auch in der mittelfristigen Finanzplanung wider.

Unser Anspruch ist, nicht nur ein erfolgreiches Land im Wettbewerb der deutschen Bundesländer zu sein, unser Anspruch muss sein, dass wir eine erfolgreiche Region im Reigen der europäischen Regionen sind. Unser An-

spruch muss sein, dass wir an vielen Stellen so gut sind, dass wir den internationalen Wettbewerb bestehen können. Das ist die Benchmark, die ich mit dieser Regierung und mit dieser Fraktion im Rücken setzen möchte.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Mertin, erlauben Sie mir anzubieten, dass wir über das, was Sie an Ideen vorgeschlagen haben, auch über den Gestaltungsrahmen, den Sie sehen, intensiv reden. Wir sind an mancher Stelle unterschiedlicher Auffassung. Ich halte es oder hielte es beispielsweise zumindest in unserer Zeit für einen kapitalen Fehler, einen Fehlanreiz zu setzen, damit Eltern ihre Kinder aus den Kindertagesstätten herausnehmen. Da bin ich übrigens mit Frau von der Leyen völlig auf einer Linie. Ich hielte das für einen kapitalen Fehler.

(Dr. Schmitz, FDP: Für alle Kinder?)

– Für alle Kinder hielte ich dies – – –

(Dr. Schmitz, FDP: Auch für meine?)

– Entschuldigung, zuhören. Das nimmt Ihnen überhaupt nichts von Ihrer persönlichen Entscheidung weg, aber wenn wir einen Anreiz finanzieller Art setzen, müssen wir damit rechnen, dass er von den Falschen wahrgenommen wird. Dem muss der Staat durch vernünftiges Verhalten vorbeugen.

(Starker Beifall der SPD)

Ich will an dieser Stelle deutlich machen, das ist eines der Beispiele, bei denen wir unterschiedlicher Auffassung sind.

(Frau Morsblech, FDP: Dieser Anreiz  
ist für die Falschen!)

– Glauben Sie mir, ich weiß auch, wovon ich rede, verehrte gnädige Frau. Ich will ja nur deutlich machen, natürlich sind wir da an vielen Stellen auch unterschiedlich aufgestellt, aber ich finde auch eine Reihe von Ansätzen, über die sich zu diskutieren lohnt und wo wir auch absolut diskussions- und auch veränderungsbereit sind.

Verehrter Herr Kollege Baldauf, ich würde mir wünschen – das ist keine rhetorische Klausel –, dass ich nach Ihrer Rede vom frühen Nachmittag das auch von der CDU-Fraktion sagen könnte.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich habe keine Ahnung, was Sie wirklich wollen.

(Starker Beifall der SPD –

Bracht, CDU: Haben Sie noch einen  
anderen Spruch drauf? –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Das sagt er doch immer!)

Herr Kollege Baldauf, es gibt eine Fernsehsendung, da gibt es ein Phrasenschwein.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Herr Kollege Licht, dass Sie das fast mütterliche Bedürfnis haben, Herrn Baldauf zu schützen, wundert mich nicht nach seiner Rede.

(Beifall der SPD)

Das mit dem Phrasenschwein wäre ein einträgliches Geschäft geworden. Lesen Sie einmal nach, was Sie erzählt haben. Aber sei es drum. An manchen Stellen habe ich mich ja auch amüsiert.

(Baldauf, CDU: Dann habe ich ja mein Ziel erreicht!)

Ich finde, es gäbe schlimmere Vorwürfe gegenüber einem Ministerpräsidenten, als ihm zu unterstellen, wenn ein Mensch in Not ist – so habe ich Ihr Beispiel von dem Huhn verstanden –, dass er dann versucht zu helfen. Ja, das werde ich auch in Zukunft. Wenn ein Mensch in Not ist, werde ich versuchen zu helfen, auch im Einzelfall, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall der SPD)

Um Ihr Hühnerbeispiel noch ein bisschen zu strapazieren, ich fürchte, es gibt viele Menschen im Land, die würden Sie nicht rufen, wenn ihnen ein Huhn abhanden gekommen ist, weil sie Angst hätten, das zweite ist dann auch noch weg.

(Beifall der SPD)

Es kann ja noch besser werden.

(Bracht, CDU: Das war eine Frechheit, Herr Ministerpräsident! –

Dr. Rosenbauer, CDU: Wie meinen Sie das? Das ist eine Unverschämtheit!)

– Meine Damen und Herren, Herr Dr. Rosenbauer mag die Bilder von seinem Fraktionsvorsitzenden nicht. Ich nehme das zur Kenntnis.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Unverschämtheit!)

– Sie sind vielleicht bissig.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Unverschämtheit!)

Warum sind Sie denn so böseartig?

(Dr. Rosenbauer, CDU: Weil das eine unverschämte Arroganz ist!)

– Ach so. Dann wollen wir einmal zu den Fakten kommen, warum ich die Sorge habe, dass die Hühner am Ende weg sein könnten, und zwar „rutzestumpf“. Das hat etwas damit zu tun, wie Sie in diesem Land agieren. Herr Baldauf, Sie haben es selbst angekündigt und offensichtlich die Schwäche erkannt. Das will ich ausdrücklich respektvoll entgegennehmen. Aber natürlich ist es so, dass wir Sie nicht damit durchkommen lassen, dass Sie sich bei jeder denkbaren Gelegenheit hinstellen und den Leuten nach dem Mund reden und sagen, das Land müsse dieses und jenes zusätzlich bezahlen. Das tun Sie bei jeder denkbaren Gelegenheit. Wenn einer in

diesem Land demonstriert, dann ist Baldauf vornedran mit dabei. Wahrscheinlich weiß er häufig gar nicht, worum es eigentlich wirklich geht.

(Starker Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Immer. Ja, ja.

Jochen Hartloff hat Sie an einer Stelle erwischt. Ich habe Ihr Interview im Südwestrundfunk zum 1. FC Kaiserslautern gesehen. Wenn nicht mehr kommt, und wenn – – – Den Rest verschlucke ich jetzt, sonst muss sich Herr Rosenbauer wieder aufregen.

(Harald Schweitzer, SPD:  
Das macht nichts!)

Lassen wir es also einmal so stehen. Aber es geht halt nicht. Sie dürfen nicht meinen, wir seien blind und taub. Es geht nicht, dass Sie vor Ort den Leuten versprechen, was sie gern hören wollen, und hier dann rufen, es wird zu viel Geld ausgegeben. Das passt in keiner Weise zusammen, weder hinten noch vorn.

(Starker Beifall der SPD)

Sie kennen meine Neigung zur Buchführung. Das ist eine Auflistung.

(Ministerpräsident Beck hält ein Schriftstück hoch. –  
Billen, CDU: Die ist neu!)

– Die ist gar nicht neu. Ich habe sie nur immer parat, Herr Kollege Billen. Das alles, was ich hier durchblättere, sind Forderungen, und zwar nachgerechnete Forderungen, die die CDU-Fraktion oder Mitglieder der CDU-Fraktion – ich habe mir auch eine Extraaufstellung Baldauf gemacht – gestellt haben.

(Baldauf, CDU: Ja hoffentlich!)

– Ja sicher, ich versuche, Sie ernst zu nehmen, obwohl Sie alles dazu tun, dass das immer schwerer fällt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Lieber Herr Baldauf, das alles sind Forderungen, die aus Ihrer Mitte kommen. Irgendwann muss man zwischendurch ab und zu einmal einen Strich machen und zusammenrechnen. Ich rede von dieser Legislaturperiode, die im November Halbzeit hat. Den Strich haben wir jetzt im September gezogen. Da kommen wir auf Mehrforderungen der CDU – ich nehme den best case, im worst case liegen Sie über 4 Milliarden Euro – von 2,951 Milliarden Euro.

Das sind alles Forderungen der CDU, die an die Landesregierung gerichtet sind, die zusätzliche Ausgaben bedeuten. Wer sich vor einem solchen Hintergrund hierher stellt und unsere Ausgabenpolitik kritisiert, der muss sich fragen lassen, wie glaubwürdig er denn wirklich sein will.

(Starker Beifall der SPD –  
Zurufe der Abg. Bracht und Baldauf, CDU –  
Licht, CDU: Wenn ich alles zitiere – – –)

– Ich weiß, dass Sie das aufregt.

(Licht, CDU: Wenn ich alle Zitate zu Ihnen aus Ihren Reihen aus den letzten Monaten – – –)

– Lieber Herr Licht, keine Ausflüchte. Sparen Sie sich Ihren Mutterinstinkt gegenüber Herrn Baldauf. Das hat keinen Sinn. Zahlen und Fakten sind Zahlen und Fakten. Da helfen Ihre Zwischenrufe überhaupt nichts.

(Starker Beifall der SPD)

Dann lassen Sie mich dagegen – – –

(Licht, CDU: Nur das, was aus Ihren eigenen Reihen zu Ihrer Glaubwürdigkeit – – –)

– Herr Licht, ich habe gar kein Problem, wenn Sie rufen, weil ich doch mehr Zeit habe. Was hilft es Ihnen denn? Verstehen tut man sie sowieso nicht.

(Licht, CDU: Mich versteht man schon sehr gut!)

Ich will Sie ja nur schonen. Ich will Sie ja nur kollegial schonen.

(Zuruf von der CDU)

– Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie nicht einmal selbst wissen, was Sie fordern, ist das besonders traurig. Was macht Ihr denn für eine Politik?

(Bracht, CDU: Wir wollen wissen, was in Ihrer Liste steht!)

Herr Billen, das muss ich jetzt aber einmal wissen. Ist es denn so, dass Ihr Fraktionsvorsitzender Ihnen nicht ab und zu einmal eine Bilanz vorlegt, was Ihre Fraktion gefordert hat und was das haushaltspolitisch bedeutet? Offensichtlich ist es nicht so, sonst könnten Sie nicht solche Zwischenrufe machen.

(Beifall der SPD)

Das ist ja ein dickes Ding. Als ich Ortsbürgermeister war, habe ich immer zusammengerechnet, wie der Stand der Ausgaben war, und meinen Gemeinderat zwischendurch informiert. Das darf man doch wenigstens von einer Landtagsfraktion auch erwarten.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich stelle fest, Herr Baldauf sagt „genau“, also ist die CDU-Fraktion darüber informiert, welche Art von Ausgabenpolitik sie öffentlich vorschlägt. Das halte ich fest.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU – Baldauf, CDU: Zeigen Sie doch mal her, ob Sie richtig gerechnet haben!)

Ja jetzt oder nein? Was denn jetzt? Ja oder nein?

(Baldauf, CDU: Zeigen Sie doch mal her, ob Sie richtig gerechnet haben!)

Sie wissen es also nicht.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Es ist alles nachlesbar. Ich habe alles mit Quellen, mit Zeitungen oder mit Berichten hier im Parlament. Es ist alles nachweisbar.

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß, dass Ihnen das wehtut, aber es hilft doch nichts. Es ist so.

(Bracht, CDU: Wir wollen Ihre Liste!)

– Ja, ja. Vielleicht kann Frau Dickes ja einmal nachrechnen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werfen uns vor, wir würden eine Ausgabenpolitik machen, die unverantwortlich ist. Das war in sehr massiver Form zusammengefasst der Vorwurf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stelle fest, wir haben eine Steigerung der Ausgaben von 2,3 % vom Haushalt 2008 zum Haushalt 2009 und von 1,9 % zum Haushalt 2010 veranschlagt. Selbst wenn ich optimistisch bin und eine Preissteigerungsrate unter 3 % annehme – Sie wissen, sie lag in diesem Jahr leider eher darüber; wir haben die gleichen Ausgaben an Energie usw. wie andere Leute auch –, heißt das, dass unsere Ausgaben in diesem Kernhaushalt geringer als die Preissteigerungsrate steigen. Das nennt man einen Rückgang der realen Ausgaben. Ist das maßlose Ausgabenpolitik?

Wenn Sie sagen, man kann noch darunter kommen, kann man der Auffassung sein. Ich weiß, in Baden-Württemberg wird gerade darüber diskutiert, 800 Polizeistellen zu streichen, um unter solche Zahlen zu kommen. Allerdings muss man solche Vorschläge machen. Dann sage ich Chapeau vor dem Mut. Wir werden dem aber immer noch nicht folgen, weil wir es für falsch halten, die Innere Sicherheit auszuhöhlen. Das allgemeine Gerede, das ich heute Morgen erlebt habe – ich nenne das Stichwort „Phrasenschwein“ –, nehme ich nicht unwidersprochen hin.

(Beifall der SPD)

Im Übrigen haben in trauter Zweisamkeit Herr Baldauf und Herr Mertin gesagt, die zugegeben harte Entscheidung, dass wir bei den Beamtinnen und Beamten nicht wie bei den Tarifkräften prozentual gleich angeglichen haben, sei ein kapitaler Fehler. Ich gebe zu, wir machen das jetzt. Deshalb steigen die Personalausgaben in 2009 um 4,9 %, um dann wieder auf diesem Niveau – einem höheren Niveau – im Jahr 2010 um 2,3 % zu steigen.

Herr Kollege Mertin, hier ist die Effizienzrendite drin. Ich habe im Moment nicht nachgerechnet, was Sie mit den

Kopfstellen oder den Stellen in den Ministerien behauptet haben. Ich glaube nicht, dass Sie recht haben.

(Zuruf des Abg. Mertin, FDP)

Ich glaube, es ist eine Verzerrung der Daten, nämlich dem 1. Januar und einem Datum mitten im Jahr. Sie wissen aus Ihrer eigenen Regierungserfahrung, dass Sie dann unterschiedliche Zahlfälle haben. Sie haben zu Recht von Zahlfällen geredet.

Wir schauen uns das an. Dem gehe ich auch nach. Davon können Sie ausgehen, weil die Effizienzrendite nach wie vor Gültigkeit hat und das, was wir vereinbart haben, auch hinsichtlich der Personalbudgetentwicklung mit der Erfolgsbeteiligung – ich sage das einmal untechnisch – der einzelnen Ressorts gilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Übrigen will ich aus Zeitgründen auf das verweisen, was Herr Kollege Deubel gestern zur Konsolidierung und zum Konsolidierungserfolg gesagt hat. Ich habe Ihnen schon mehrfach gesagt – vielleicht empfinden Sie es als Androhung; es war aber nicht böse gemeint –, dass ich es nicht einfach hinnehme, wie Sie über Zahlen reden.

Herr Baldauf, ich gebe sie Ihnen gern an die Hand. Es ist auch kein Hexenwerk. Das weiß jeder, der im Haushaltsausschuss arbeitet.

(Harald Schweitzer, SPD: Könnte jeder wissen!)

– Gut, einverstanden. Es könnte jeder wissen. Herr Kollege Schweitzer hat recht.

Wir hatten in den Jahren 1980 bis 1991 – das waren die Jahre Ihrer Regierungsverantwortung – bereinigte Gesamtausgaben von 6,2 %. Wir haben heute in unserer Regierungszeit bereinigte Gesamtausgaben, die sich – geschätzt, jetziger Stand – etwa Mitte 2008 bei 2,3 % bewegen.

Ich sage es, wie dies auch Jochen Hartloff gesagt hat. Das ist kein Vorwurf gegen frühere Regierungen, weil die Nachholbedarfe groß waren. Uns zu erzählen, wir würden mit dem Geld umgehen wie Dagobert Duck in seinem Zimmer, wenn er es umschauelt, ist schlicht und einfach unwahr, falsch, führt in die Irre und hilft niemandem, eine wirkliche Analyse vorzunehmen, wo man real sparen kann.

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Lieber Herr Kollege Bracht, ich verstehe, dass Sie Mühe hatten, Ihrem Fraktionsvorsitzenden dauernd zuzuhören. Ich habe sie auch gehabt. Es war so.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Sie nennen Zahlen in der Erwartung, es würde schon keiner merken. Wir merken es. Deshalb stellen wir alles richtig. So ist das und nicht anders.

(Beifall der SPD –  
Zurufe von der CDU)

Deshalb bleibt es dabei. Wir werden diesen Weg der Konsolidierung weitergehen. So wie früher auch, ist diese Zielmarke 2013 mit Konditionen versehen. Es war nie anders. Wenn morgen wirklich, was Gott verhüten möge und wir und die Bundesregierung auch nicht prognostizieren, ein richtiger Wirtschaftseinbruch kommt, ist eine solche Marke nicht zu halten. Das wissen wir alle.

Sie können sich in einer solchen Situation nicht zyklisch verhalten. Wenn jemand, was wir ausdrücklich für falsch hielten, massive Steuersenkungen vornimmt, werden solche Zahlen nicht gehalten werden können. Das ist unmöglich.

Insoweit sind es immer konditionierte Aussagen. Wenigstens das sollten wir uns konstatieren. Das werden wir später zitieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will deutlich machen, dass es bei diesem Konsolidierungsweg bleibt.

Lieber Herr Kollege Mertin, es bleibt auch dabei, dass wir den Pensionsfonds besonders ausweisen. Das Spiel von Herrn Baldauf habe ich nicht verstanden. Ich glaube, niemand hat dies. Sie haben auch ein bisschen polemisch darüber geredet.

Es ist ein entscheidender Weg, den wir auch weitergehen, jetzt die realen Personalkosten in den Haushalt zu schreiben, selbst wenn wir das in dieser Eigenbeileihung in besonderer Weise in das Haushaltsgeschehen einpassen müssen. Da andere Länder einen solchen Pensionsfonds nicht haben, ist es legal und geradezu geboten, dass man diesen Pensionsfonds sozusagen vor die Klammer zieht und die Nettoneuverschuldung ohne den Pensionsfonds betrachtet. Ich finde, das ist eine ganz normale Vorgehensweise, die nicht der Kritik bedarf und sie auch nicht verdient hat.

Unser Konsolidierungskurs ist eine Steuerpolitik, die Verantwortung übernimmt und nicht etwas verspricht, was nicht versprochen werden kann. Es geht schlicht und einfach nicht, den Menschen gleichzeitig eine gute Unterrichtsversorgung, gute Hochschulen, soziale Sicherheit, Gesundheitssicherheit und auch einen Ausbau und die Erhaltung der Infrastruktur zu versprechen.

Der Anteil, den wir bei erwarteten, eher niedrigeren Wachstumsraten als bisher konstatiert an steuerlichen Gewinnen haben, sollte unserer Überzeugung nach von der Bundeseite aus in die Sozialsysteme eingebracht werden, um dort Sozialversicherungsbeiträge zu senken und damit vom ersten Euro an jede Arbeitnehmerin, jeden Arbeitnehmer, jeden kleinen oder mittleren Selbständigen, der sozialversichert ist, und die Unternehmen zu entlasten, die hohe Lohnkosten haben. Das ist nach wie vor ein Gebot einer vernünftigen, wirtschaftlich orientierten Sozial- und Abgabepolitik.

(Beifall der SPD)

Wir wollen mit diesen aus dem System uns erwachsenden Steigerungen das finanzieren, was wir an Schwerpunkten genannt haben, nämlich insbesondere den Bereich Familie, Kinder, Bildung, Ausbildung, Hochschulen und das, was sich damit verbindet, lieber Herr Kolle-

ge Hering, fortsetzen, was auch in der Verantwortung von Rainer Brüderle und Artur Baukhage geleistet worden ist, nämlich eine Verkehrsinfrastruktur in diesem Land weiterzuentwickeln und zu erhalten, die, was den öffentlichen Personennahverkehr angeht, weiß Gott bundesweit ihresgleichen sucht.

Das wollen wir mit unserem Anteil machen und zugleich den Kommunen den Anteil, der ihnen zusteht, die 21 %, auch belassen, damit sie in der Lage sind, aus ihrer sehr unterschiedlichen, aber überwiegend – was die größeren Städte und die Kreise angeht – doch problematischen Finanzsituation herauszufinden. Ich finde, das ist eine klare, in sich konsistente, wirtschaftlich vernünftige und sozial gerechte Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Wenn ich lese, dass Herr Kollege Baldauf gefordert hat, wir sollten die Erbschaftsteuer doch abschaffen, dann werden wir Sie daran erinnern, weil ich natürlich jetzt davon ausgehe, dass Sie bezüglich der 200 Millionen Euro, die dann dem Landeshaushalt und davon 7,5 % den kommunalen Haushalten fehlen – weil Sie wissen, nur 35,2 % gehen in den Finanzausgleich; wenn man dies umrechnet, kommt man zu dieser Größenordnung –, Deckblätter vorlegen, wie es haushaltstechnisch heißt, lieber Herr Kollege Baldauf. Ich erwarte, dass Sie dann der staunenden rheinland-pfälzischen Öffentlichkeit vorrechnen, wie wir einen Haushalt fahren, dem – den kommunalen Teil einmal nicht mitgerechnet – 185 Millionen Euro fehlen. Darauf bin ich gespannt; denn so einfach, wie Sie es sich machen, wird es natürlich nicht gehen.

(Beifall der SPD)

Haushalte, sagt man immer, sind auch Gelegenheiten für die Opposition, sich darzustellen. Aber wenn man Einnahmensenkungen in dieser Größenordnung verspricht, dann muss man auch Vorschläge machen, wie ein Haushalt dies verkraften kann. Herzliche Einladung, ich bin gespannt wie der berühmte Flitzebogen.

(Beifall der SPD –  
Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU –  
Hartloff, SPD: Das hat man gesehen!)

200 Millionen Euro, Sie werden wissen, woher Sie sie nehmen.

Herr Kollege Mertin, Sie haben es angesprochen, Stichwort „Maut“. Die Sorge, die Sie geäußert haben, teilen wir, teilt die Landesregierung. Das Gesetz, das geschaffen worden ist, ist in Ordnung, aber es steht jetzt auf der Grundlage dieses Gesetzes eine Rechtsverordnung an, die genau diese Fragen beantworten muss.

Es war von Anfang an klar – wir haben dies auch im Bundesrat zum Ausdruck gebracht –, dass wir eine Rechtsverordnung wollen, die der mittelständischen Wirtschaft keine zusätzlichen Belastungen aufbürdet; denn wir wissen sehr genau, neben den Beispielen, die Sie von Speditionen genannt haben, dass es den Weinhändler gibt, der ein Spezialfahrzeug mit entsprechenden Tanks hat, die sehr teuer sind und die er – selbst

wenn er sie abgeschrieben hat – von seiner Liquidität her nicht einfach ersetzen kann.

Auf solche Fragen wollen wir vernünftige Antworten haben. Dafür werden wir unsere Kraft einsetzen. Davon können Sie ausgehen. Wir teilen dazu durchaus eine Sorge.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich zu einigen wenigen Schwerpunkten inhaltlicher Art noch einige wenige Bemerkungen mache, ohne vollständig sein zu wollen.

Zum einen ist das die wirtschaftliche Lage, von der ich gesprochen habe, von den Grundorientierungen her: Wie können wir sie stabilisieren?

Ich glaube, wir sollten, statt zu einer zu überzogenen Kritik zu kommen, durchaus stolz darauf sein, dass wir hervorragende Wirtschaftswachstumsraten hatten, die im Schnitt der letzten Jahre immer über dem Bundesdurchschnitt lagen.

Warten Sie einmal das Ende des Jahres ab, dann werden wir wieder auf diesem Platz liegen. Dass wir derzeit knapp darunterliegen, bei 2,4 % Steigerung, hängt damit zusammen, dass es überwiegend Produkte sind, in die die Ölpreise stark hineingerechnet werden und bei denen deshalb ein statistischer Effekt enthalten ist. Ich bin aber sehr zuversichtlich.

Ich glaube, wir werden darüber hinaus darauf bauen können, dass durch ein vernünftiges und verantwortliches Verhalten der Unternehmer, der Gewerkschaften und der Betriebsräte eine Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erreicht ist, die beachtlich ist und uns hilft, gerade wenn es schwierig werden sollte – damit ist zu rechnen –; denn wir haben mit 50,7 % eine hervorragende Exportquote. Wir liegen zusammen mit Bremen und Baden-Württemberg, noch vor Bayern und Hessen, an der Spitze.

Wir haben – ich finde, das ist auch in der Publizistik zu wenig gewürdigt worden – eine deutliche Steigerung, bundesweit und in Rheinland-Pfalz noch höher, der Inlandsumsätze im Gewerbebereich. Ich glaube, das ist deshalb wichtig, weil wir doch eine sehr starke Exportorientierung unserer wirtschaftlichen Erfolge in den letzten Jahren hatten. Jetzt liegen wir 2007 bundesweit bei 6,1 % und in Rheinland-Pfalz bei 9,3 %.

Bei der hohen Exportquote heißt das, dass sich etwas bewegt hat. Wir müssen versuchen, das miteinander zu stabilisieren. Das werden die Tarifpartner zum Teil müssen und wir durch Rahmenbedingungen – ich habe vorhin über die Abgabenquote etc. gesprochen – mit beeinflussen müssen, aber auch dadurch, dass wir nicht unsere Investitionen, die auch immer die Investitionen der Kommunen mit einschließen, nach unten schreiben.

Erlauben Sie mir noch zu sagen – ohne dass ich unterstelle, dass es anderen nicht genauso wichtig ist; aber für einen Sozialdemokraten ist das natürlich schon ein Datum –, wenn in diesem September 5,2 % Arbeitslo-

sigkeit in diesem Land geschrieben werden können, dann ist das schon ein Datum.

(Eymael, FDP: Nicht nur bei den Sozialdemokraten!)

– Ich habe doch gesagt, es ist Ihnen allen gleich wichtig, aber dass das für einen selbst, der man aus dieser Ecke der Gesellschaft kommt, noch größere Bedeutung hat, mag man doch nachvollziehen können.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Eines will ich noch bei dieser Betrachtung hinzufügen und damit immer auch bei der Feststellung, was wir auch durch unser Verhalten stabilisieren müssen: Wir haben eine Arbeitsproduktivität, die in Rheinland-Pfalz im letzten Jahr um 0,3 % schneller gestiegen ist als im Bundesdurchschnitt. Im Bundesdurchschnitt lag dieser Schnitt bei 0,8 %, in Rheinland-Pfalz bei 1,1 %. Dort hängen die neuen Länder nicht hinten an, weil diese dort, wo produziert wird, sehr junge Unternehmen haben.

Ich finde, das ist ein Startvorteil. Lieber Herr Kollege Hering, wir wollen diesen Startvorteil auch dadurch nutzen, dass wir über Technologietransferprogramme und Ähnliches mehr versuchen, diesen Dreh in Gang zu halten und damit Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Mertin, es ist natürlich nicht so, dass wir die Wirtschaft vergessen würden, wenn es um die Ausbildungsleistungen geht. Das ist gar keine Frage.

Sie wissen, dass wir seit vielen Jahren – Herr Bauckhage war noch mit dabei – einen ovalen Tisch bestehen haben, an dem zwischen Wirtschaft, Arbeitsverwaltung, den Kammern und der Politik über Ansätze geredet wird. Durch die Anstrengungen der Unternehmen, aber sicher auch durch unsere Mithilfe, wie von Frau Kollegin Dreyer und anderen, wie beispielsweise der Ministerin für Bildung, Frau Ahnen, die alles in enger Abstimmung mit der Wirtschaft unternommen haben, hatten wir 2007 eine Steigerung von 13,6 % abgeschlossener Berufsausbildungsverhältnisse.

Ich sage gegenüber denjenigen, die sich in der Wirtschaft beteiligt haben: Chapeau, hervorragend, vielen herzlichen Dank. Aber den anderen, die sich nicht beteiligen, sage ich: Ihr seid gefordert. – Das muss man auch dazusagen.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um diese Ansätze werden wir uns bemühen. Dafür haben wir auch in diesem Haushalt entsprechende Vorsorge getroffen, oder wir schlagen Ihnen vor, Vorsorge zu treffen.

Über Bildung ist hier zu Recht zentral und viel diskutiert worden. Ich kann nur unterstreichen, dass uns das Programm „Bildung von Anfang an“ eine Herzensangelegenheit ist. Das beginnt in der Tat mit Krippenplätzen. Wir werden wiederum im Doppelhaushalt 40 Millionen Euro in diesem Bereich einsetzen, wenn Sie unseren Vorschlägen folgen.

Meine Damen und Herren, wir sind zwischenzeitlich bei einer Quote, die bei 15,3 % – wenn ich die Zahl richtig erinnere – liegt. Es ist etwas angewachsen, unsere gemeinsame Anstrengung hat sich gelohnt.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die qualitative Verbesserung in den Kindertagesstätten, zusammen mit den Kommunen, zusammen mit den kirchlichen und anderen freien gemeinnützigen Trägern, ist ein Schmuckstück dieses Landes Rheinland-Pfalz.

Herr Kollege Mertin, Ihre Erinnerung irrt sich: Die Beitragsfreiheit ist von uns 2005 auf einem Parteitag beschlossen worden und dann auch von der Regierung, die ein Jahr später ins Amt gewählt worden ist, umgesetzt worden.

Das war lange, bevor ich daran gedacht habe, dass mich eine bestimmte Verantwortung in Berlin einholen würde. Manches kann man sicherlich damit begründen, aber an dieser Stelle irrt Ihre Erinnerung.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Jahr 2009 werden im Haushaltsansatz 345 Millionen Euro für die Kindertagesstätten bereitgestellt, 2008 waren es 273 Millionen Euro, und 2010 werden es 379 Millionen Euro sein. Diese Zahlen muss man ab und zu einmal nennen, um deutlich zu machen, was uns dieses Bekenntnis wert ist. Hinzu kommen 42 Millionen Euro für die Sprachförderung und 3 Millionen Euro für die Integrationsarbeit. Für 50 zusätzliche Ganztagschulen kommen noch einmal in erheblichem Maße finanzielle Mittel hinzu, um den Unterricht zu sichern. Dies beläuft sich allein im schulischen Bereich auf 3,24 Milliarden Euro und damit auf eine Steigerung von 3,3 %. Sie erinnern sich: Das ist 1 % mehr, als der Gesamthaushalt steigt.

Herr Finanzminister Deubel hat mich vorhin daran erinnert, ansonsten hätte ich es möglicherweise auch nicht mehr gegenwärtig gehabt: Meine Damen und Herren, das, was an Personalkostensteigerungen noch hinzukommt – dies ist im Bereich der Schulen logischerweise sehr viel –, wird eben nicht von diesen Beträgen abgezogen, sondern ist im Einzelplan 20 veranschlagt und kommt zusätzlich obendrauf. Ich finde, eine gute Unterrichtsversorgung und ein guter Unterricht sind mit 3,24 Milliarden Euro die absoluten Schwerpunkte in diesem Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall der SPD –

Zuruf von der CDU: Wenn er stattfindet, Herr Ministerpräsident! Wenn er stattfindet!)

Dem Punkt bezüglich der Nachhilfe gehen wir nach. Unseres Wissens gibt es eine solche Statistik nicht. Es gibt eine Statistik, die von einem Privaten erstellt worden ist, aber es gibt keine Zahlen, die dies überprüfbar machen. Ich glaube nicht, dass jeder dritte Schüler in Rheinland-Pfalz Nachhilfeunterricht nimmt. Aber selbst wenn es jeder 20. Schüler wäre, wollen wir der Sache nachgehen. Unser Ansatz für die Ganztagschule ist

natürlich der allerbeste Ansatz, um von diesem Missstand wegzukommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Zu den Hochschulen ist zu Recht genannt worden, was wir mit dem Sonderprogramm sowie in Anstrengungen zuvor in diesem Bereich tun. Ja, in diesem Bereich haben wir Nachholbedarf. Aber Frau Kollegin Ahnen und ich hatten in der letzten Woche die Gelegenheit, mit dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer des Wissenschaftsrates einige Stunden zusammensitzten. Dort wird sehr wohl zur Kenntnis genommen, welche Anstrengungen wir – Herr Kollege Kuhn, auch in den letzten Jahren – unternommen haben und auch weiterhin unternehmen. Zumindest sind die Erwartungen nicht zu hoch angesetzt, wenn man sagt, dass auf dieser Basis des Wahrgenommenwerdens dieser Sonderanstrengungen auch Früchte zu erwarten sein werden. Mehr kann man sicherlich nicht sagen, aber dies darf man feststellen, und es ist eine gute Sache.

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Ich habe Sie doch ausdrücklich mit einbezogen! Was wollen Sie denn noch mehr?

Erster Schritt: FDP/SPD-Regierung, zweiter Schritt: SPD-Regierung mit der gleichen Linie. – In Ordnung? – In Ordnung!

(Kuhn, FDP: Es könnte besser sein!)

– Ja, Herr Kollege Kuhn ist ein Mahner, und das will ich anerkennen, aber Geld drucken kann er auch nicht, das muss man auch dazusagen. Insoweit nehmen wir die Mahnung zur Kenntnis. – Nicht einmal Herr Kollege Creutzmann kann Geld drucken, obwohl er manchmal bei seinen Zwischenrufen den Eindruck erweckt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang noch ein Wort zu der kommunalen Situation zu sagen. Ich hätte von mir aus nicht mehr dazu gesagt als das, was mit dem kommunalen Finanzausgleich zusammenhängt und natürlich in diesen Haushalt hineingehört. Im kommunalen Finanzausgleich verfahren wir exakt nach der Linie, die wir – im Übrigen auch noch gemeinsam – festgelegt haben, nämlich mit dem Stabilitäts- und Beistandspakt, den wir geschlossen haben. Ich glaube, dies ist eine vernünftige Politik im Interesse der Kommunen.

Ich möchte aber noch ein Wort sagen und damit das unterstreichen, was Herr Kollege Hartloff deutlich gemacht hat: Wir werden eine vernünftige Kommunal- und Verwaltungsreform in diesem Land durchführen, und ich lade Sie alle ein mitzumachen. Irgendwann einmal ist der Zeitpunkt vorbei, an dem man ständig ruft, nun müsse die Mittelbehörde aufgelöst werden. – Sie können es weiterhin rufen, aber wir werden sie dennoch nicht auflösen, punktum, aus! Aus, fertig, Schluss! Basta, wenn Sie so wollen!

(Beifall bei der SPD –  
Baldauf, CDU: Das sagt doch keiner!)

Wir haben stundenlang zusammengesessen, auch ich mit Ihnen unter vier Augen, aber irgendwann ist alles einmal ausdiskutiert.

(Baldauf, CDU: Dann müssen Sie aber auch einmal erzählen, was wir diskutiert haben, Herr Beck!)

Also, ich stelle fest, die CDU verlangt nicht mehr, dass die Mittelbehörden aufgelöst oder ausgezehrt werden. Dies stellen wir nun für das Protokoll fest, und dafür bedanke ich mich. Damit sind wir ein großes Stück weitergekommen.

(Beifall der SPD)

Ansonsten gilt der 64er-Katalog und das, was wir auch mit den Bürgern erarbeitet haben. Es wird eine Freiwilligenphase geben – es ist doch ganz normal und prima, wenn wir Anreize geben –, und dann wird es eine Entscheidung geben, an der wir dieses Parlament selbstverständlich, wie auch bisher, frühzeitig beteiligen werden. Aber schminken Sie es sich ab zu glauben, Sie könnten uns am langen Arm verhungern lassen. Dies werden Sie im Zweifelsfall nicht hinbekommen. Wir haben Verantwortung, und die regierungstragende Fraktion und diese Regierung nehmen die Verantwortung wahr. Davon können Sie ausgehen.

(Beifall der SPD)

Ich rate Ihnen nur, machen Sie mit. Eine so große Kommunalpartei wie die CDU muss beteiligt sein, und wir wollen, dass Sie beteiligt sind.

(Baldauf, CDU: Das ist doch gar keine Frage!)

– Bisher haben Sie aber nichts getan, außer immer die gleichen Rufe auszustoßen.

(Zuruf von der CDU: Was haben Sie bisher getan? Nichts! Sie waren gar nicht da! Nichts haben Sie getan!)

Also, machen Sie mit. – Ich erinnere mich, dass wir ein paarmal stundenlang zusammengesessen haben, und ich war dabei, wenn ich mich recht erinnere.

Also, meine Damen und Herren, ich rate Ihnen dringend, machen Sie mit, oder es wird Ihnen ergehen wie in der Schulpolitik: Ihre Kommunalpolitiker werden bei uns mitmachen, und das, was sie sagen, wird unerheblich sein. – Daran kann eigentlich niemand ein Interesse haben, meine Damen und Herren. Das wird so kommen.

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können davon ausgehen, diese Landesregierung weiß, was sie sich vorstellt und was sie will. Wir stellen es in diesem Parlament zur Diskussion, wie es ganz selbstverständlich ist. Wir sind mit der SPD-Fraktion in all diesen Punkten nicht deshalb auf einer Linie, weil uns die SPD-Fraktion hinterherläuft, sondern weil wir diese Dinge

miteinander entwickeln, und dies von Anfang an, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, dabei haben niemals zehn oder zwölf Mitglieder gefehlt. – Niemals! Sie waren immer alle dabei.

(Baldauf, CDU: Entwicklung nach vorne, Herr Ministerpräsident!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben deshalb auch die Sicherheit, basierend auf dem, was in diesem Land an Erfolgen erreicht worden ist, dass wir den richtigen Weg gehen, und diesen Weg werden wir auch konsequent fortsetzen. Sie sind herzlich eingeladen mitzugestalten. Wir wollen, dass Sie mitgestalten, wir nageln nichts fest. Aber davon, dass wir uns nicht ins Gegenteil unserer Politik verkehren lassen, müssen Sie ausgehen, und so wird es auch in den kommenden zwei Jahren bleiben.

(Bracht, CDU: In den letzten zwei Jahren haben Sie keinen Beweis für Ihre Behauptung erbracht!)

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Doppelhaushalt, wenn die Beratungen abgeschlossen sein werden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Union noch dabei ist zu überlegen, welche Position sie bezieht, aber das ist auch noch erlaubt; schließlich befinden wir uns noch nicht in der Schlussberatung. Sie sind noch herzlich eingeladen, irgendwann erkennbar werden zu lassen, ob Sie etwas wollen und, wenn ja, was Sie wollen und wie es aussehen könnte. Ansonsten gilt natürlich, dass wir für die kommenden beiden Jahre die erfolgreiche Politik der vergangenen zweieinhalb Jahre fortsetzen werden.

Herzlichen Dank!

(Lang anhaltend Beifall der SPD)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zu Punkt 3 der Tagesordnung:

(Zurufe im Hause)

Die CDU hat noch zehn Minuten Redezeit. Ich dachte, Herr Baldauf hätte die Redezeit ausgeschöpft.

Herr Dr. Schreiner, Sie haben das Wort.

(Zurufe und Heiterkeit im Hause)

– Ich bitte um Entschuldigung. Ich habe gemeint, er wäre Doktor, ist es aber doch nicht.

#### **Abg. Schreiner, CDU:**

Nicht alle Mainzer Abgeordneten sind Mediziner, Herr Präsident.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen für die Stellungnahme der Landesregierung, die heute sehr kurzweilig war. Sie troff zwar vor Selbstgefälligkeit, aber sie war kurzweilig. Sie war nicht in jedem Punkt nachvollziehbar, als Sie davon sprachen, dass der Landeshaushalt unter SPD-Zeiten – Zitat – „nur 2 % bereinigte Gesamtausgaben“ hätte. Da fragt man sich als Zuhörer, von was. Aber Sie haben die Gelegenheit, im Redeprotokoll Ihre Aussagen noch zu korrigieren. In diesem Fall hätte sicherlich auch die CDU gegen eine solche Korrektur nichts einzuwenden, weil wir sonst einfach Ihre Ausführungen nicht nachvollziehen können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die eine Wahrheit ist doch die, auch der Staat kann auf Dauer nur das Geld ausgeben, das er einnimmt. Wann, wenn nicht in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen, könnte man, kann man und muss man einen Haushalt sanieren.

Die andere Wahrheit ist, dass Kurt Beck hier in Rheinland-Pfalz ohne Not, Herr Kollege Hartloff, also in Zeiten, in denen die Wirtschaft brummt, in Zeiten, in denen die Steuereinnahmen sprudeln, also ohne Not trotz finanzieller Hilfen von Hessen immer neue Schulden macht. Kurt Beck, diese Landesregierung, die SPD, machen jedes Jahr nach wie vor 1 Milliarde Euro neue Schulden.

Schlimmer noch: Dadurch, dass Sie das machen, klafft die Schere zwischen der Neuverschuldung in unserem Land und den Steuereinnahmen immer weiter auseinander. Betrachtet man eine Zehnjahresfrist – ich beziehe mich auf offizielle Zahlen des Rechnungshofes, ich hoffe, Sie haben den Bericht, den wir vor wenigen Wochen hier diskutiert haben, noch nicht weggeschmissen, wenn nicht, hat Herr Behnke sicher noch ein Exemplar für Sie –, so sind binnen einer Zehnjahresfrist die Steuereinnahmen und die sonstigen Einnahmen um 20 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Neuverschuldung um 70 % gestiegen.

Was heißt das konkret? Im Jahr 1996 hatten wir Steuereinnahmen von 7,5 Milliarden Euro bei einem Schuldenstand von 15 Milliarden Euro. Der Schuldenstand war also doppelt so hoch wie die jeweiligen Steuereinnahmen. Wir haben zehn Jahre später, also im Jahr 2006 – da endet der Rechnungshofbericht, den wir diskutiert haben –, Steuereinnahmen von 8,8 Milliarden Euro bei einem Schuldenstand von 26,6 Milliarden Euro. Wenn Sie nachrechnen – ich würde Sie darum bitten –, dann war es 1996 so, dass der Schuldenstand doppelt so hoch war wie die Steuereinnahmen. Inzwischen ist er schon mehr als dreimal so hoch.

Ich verweise in diesem Zusammenhang noch einmal auf das Zitat des Rechnungshofs, das ich Ihnen schon vor wenigen Wochen mitgegeben habe. Der Rechnungshof ist der Auffassung – Seite 44 des Rechnungshofberichts, wenn Sie mich überprüfen wollen –, dass der Rückführung der Neuverschuldung mithilfe der Steuermehreinnahmen Vorrang einzuräumen ist und ein Haushaltsausgleich ohne Kreditaufnahme erfolgen soll. Ein anschließender Abbau des aufgelaufenen Schuldenbergs ist entscheidendes Kriterium für eine wirksame Zukunftsvorsorge. Es ist genau so, wie Herr Mertin ge-

sagt hat. Es reicht nicht aus, dass wir uns auf eine Neuverschuldung von Null verständigen, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben, nein, wir müssen dann auch noch daran denken, dass wir den aufgelaufenen Schuldenberg zurückführen müssen. Lieber Herr Finanzminister, insofern ist es blanker Zynismus, dass Sie gestern den Haushalt als nachhaltig bezeichnet haben. Man muss festhalten, wir in Rheinland-Pfalz werden einfach schlecht regiert.

(Beifall der CDU)

Ich möchte heute in der Kürze der Zeit vor allen Dingen einmal über die Zinsen reden. Wir zahlen in Rheinland-Pfalz jedes Jahr 1,2 Milliarden Euro Zinsen. Herr Minister, das sind Ihre Zahlen, Stand heute.

Sie haben gestern von der Finanzmarktkrise gesprochen. Sie haben von erwarteten Zinssteigerungen gesprochen. Sie haben davon gesprochen, dass das so bei 1 % bis 2 % liegen könnte. Das sind Ihre Zahlen. Sind wir vorsichtig und sagen, wir hätten ein Best-case-Szenario und die Zinsen steigen nur um 1 %. Wir müssen unsere Schulden nicht mit 5 % verzinsen, sondern mit 6 %. Dann sind das jedes Jahr 240 Millionen Euro mehr, wenn man von den 1,2 Milliarden Euro Zinsen jedes Jahr ausgeht. Während – das findet sich auch in den Rechnungshofberichten wieder, wir müssen es nur lesen und es uns vor Augen halten – die Zinszahlungen im laufenden Jahr, wie von Ihnen genannt, bei 1,2 Milliarden Euro liegen, so geht aus dem Rechnungshofbericht und nach Ihrer Finanzplanung hervor, dass Sie im kommenden Jahr bei 1,3 Milliarden Euro liegen, 2010 bei 1,4 Milliarden Euro und 2011 bei 1,449 Milliarden Euro. Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir jedes Jahr 1,449 Milliarden Euro Zinsen zahlen.

(Dr. Rosenbauer CDU: Hört, hört!)

Wenn man die Zeit der SPD-Alleinregierung betrachtet, dann ist das eine Steigerung von 50 %, von 1 Milliarde Euro im Jahr 2006 auf 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2011. Was könnte man mit dem Geld alles machen! Was könnte man mit 1,2 Milliarden Euro, mit 1,5 Milliarden Euro alles machen! Der Herr Ministerpräsident ist jetzt leider nicht da, aber man wird ihm das Bonmot sicherlich ausrichten.

(Licht, CDU: Doch, er ist da! –  
Ministerpräsident Beck: Hallo!)

– Entschuldigung, Herr Ministerpräsident. Ich kann es mir nicht verkneifen, mit den 1,2 Milliarden Euro können Sie jedes Jahr 36 Arp Museen bauen. Es ist zugegebenermaßen ein Horrorszenario, weil der rheinland-pfälzische Landtag mit 36 Untersuchungsausschüssen jedes Jahr auch leidlich überfordert wäre.

(Wehner, SPD: Guter Witz!)

Die rheinland-pfälzischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zahlen inzwischen unter der Regierung von Kurt Beck mehr Zinsen, als wir neue Schulden machen. Jedes normale Unternehmen wäre in einer solchen Situation insolvent. Die SPD-Regierung, Sie, liebe Kolleginnen

und Kollegen von der SPD, die das zu verantworten haben, machen fröhlich weiter.

(Hartloff, SPD: Was hat das mit Insolvenz zu tun?)

Herr Finanzminister, Ihre Argumentation, all die Schulden, mit denen wir zu kämpfen hatten, seien nur erforderlich aufgrund der Zinsen und Zinseszinsen für Altlasten der 80er-Jahre, ist sicherlich auch an Zynismus nicht mehr zu überbieten. Folgt man Ihrer Argumentation, dann dürfte eine CDU-Regierung ab 2011 jedes Jahr rund 1,5 Milliarden Euro Schulden machen, nur wegen der Altlasten von Kurt Beck.

Es hat natürlich aber ein Gutes, wenn die CDU 2011 die Regierung übernimmt, das wäre ein Freundschaftsdienst, den wir Ihnen, Herr Ministerpräsident, erweisen wollten, dass nach Ihnen nicht der Herr Kollege Hartloff, sondern Kollege Baldauf Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz wird. Dann wäre Rheinland-Pfalz nicht mehr schlecht regiert, dann wäre Rheinland-Pfalz nämlich gut regiert.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Sie einfach noch einmal an Ihre Verantwortung erinnern. Wann, wenn nicht jetzt, wäre es Ihre Pflicht als Landesregierung, den Haushalt auszugleichen? Es wäre nicht nur Ihre Pflicht, es wäre auch das Einlösen Ihrer Versprechen. Wir haben es heute früh gehört. Erst haben Sie uns versprochen, 2006 wird der Haushalt ausgeglichen. Dann haben Sie gesagt, 2008, dann 2011. Jetzt wird es nach rheinland-pfälzischer Definition, was immer das sein mag, für 2013 vorsichtshalber gar nicht mehr versprochen, sondern nur in Aussicht gestellt. Das ist nicht spaßig.

Dieses Land Rheinland-Pfalz ist inzwischen ein Fall für Peter Zwegat, Deutschlands berühmtesten Schuldenberater aus der RTL-Sendung „Raus aus den Schulden“. So ist es inzwischen gekommen.

Kurt Beck hat uns über all die Jahre getäuscht. Ich möchte Sie einfach an die Versprechen, die Sie uns in diesem Hohen Hause gegeben haben, erinnern. Bei den Haushaltsdebatten zum Doppelhaushalt 2000/2001 haben Sie in der Sitzung am 19. Januar 2000 gesagt – ich zitiere wörtlich –:

„Deshalb bin ich bin sehr dankbar dafür, dass die Koalitionsfraktionen signalisiert haben, wir werden in diesem Land Rheinland-Pfalz einen Paradigmenwechsel einleiten und werden in wenigen Jahren nicht mehr Geld ausgeben, als wir einnehmen.“

A la Bonheur. Chapeau, wie Sie sagen würden. Ich zitiere weiter:

„Im Gegenteil, wir werden ab 2008 beginnen können – das ist vorsichtig gerechnet –,“

– das ist nicht Einwurf von mir, sondern einer von Ihnen, Sie haben damals gesagt, das sei vorsichtig gerechnet –

„Schulden wirklich zurückzubezahlen, meine Damen und Herren. Das sind wir den Menschen schuldig.“

Es folgt dann Beifall von SPD und FDP.

Dafür hätte es auch Beifall verdient. Inzwischen sind wir im Jahr 2008, und von einem ausgeglichenen Haushalt ist nichts zu spüren. Bei der Landtagswahl 2001 haben Sie sogar versprochen, einen ausgeglichenen Haushalt 2006 zu erreichen. Das haben Sie uns entsprechend in der Regierungserklärung am 21. Mai 2001 versprochen, dass Sie den eingeschlagenen Sparkurs unvermindert fortsetzen wollen.

Inzwischen haben wir eine Entwicklung, die nicht zu prognostizieren war. Die Steuereinnahmen sind deutlich besser, als Sie 2001 erwartet haben.

(Unruhe im Hause)

**Vizepräsident Bauckhage:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Abgeordneter Schreiner hat das Wort. Der Geräuschpegel ist sehr hoch.

**Abg. Schreiner, CDU:**

Danke, Herr Präsident.

Trotzdem haben Sie weder den Sparkurs eingeschlagen, noch ist ein ausgeglichener Haushalt in greifbarer Nähe.

Ich zitiere jetzt Kurt Beck auf dem sogenannten „SPD-Zukunftskongress“ in Nürnberg. Damals waren Sie noch Vorsitzender. Sie haben wörtlich formuliert: „Den Menschen alles versprechen – nach dem Motto ‚und nach uns die Sintflut‘ – das macht die SPD nicht mit. Die SPD bleibe bei ihrem Ziel, 2011 einen Haushalt ‚mit einer schwarzen Null‘ vorzulegen.“

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss.

Das war natürlich nicht Ihr Haushalt, Herr Ministerpräsident. Da haben Sie an die Regierung Merkel gedacht. Es ist wohlfeil, bei anderen Dinge einzufordern, die Sie selbst in Ihrer eigenen Verantwortung nicht zu leisten bereit sind.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –  
Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Bauckhage:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich erteile Herrn Abgeordneten Puchtler das Wort.

**Abg. Puchtler, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon interessant, was man den Tag über so

hört. Ich finde es interessant, auf der einen Seite eine vernünftige Grundhaltung und den Respekt einzufordern und auf der anderen Seite den Landeshaushalt mit den Vorkommissen auf dem Kapitalmarkt zu vergleichen und dabei davon zu sprechen, dass es auf Sand gebaut ist. Hinter dem Landeshaushalt stehen auch die Leistungen der Bediensteten des Landes, die mit viel Arbeit und Engagement dazu beigetragen haben, dass wir den dritten Platz bei der Arbeitsmarktstatistik einnehmen.

Lieber Herr Kollege Baldauf, das ist kein Respekt. Sie sollten auf den Boden der Sachlichkeit zurückkehren und die Themen nicht miteinander vergleichen und von „auf Sand gebaut“ sprechen.

(Beifall der SPD)

Der Haushalt ist eine gute Zukunftsperspektive und setzt mit Recht den Begriff „Chancen für die Menschen“ ins Blickfeld. Es geht um wirtschaftliche Entwicklung, ökologische Perspektiven und soziale Gerechtigkeit. Das ist eine klare Linie.

Wie Sie Ihr Ausgabenverhalten gestalten wollen, kann man an einem Beispiel festmachen. Wenn Sie monatlich 2.000 Euro verdienen, dann wollen Sie 2.500 Euro ausgeben. Wenn man Ihre Ausgabenwünsche anschaut, dann wollen Sie auch auf 200 Euro Einnahmen verzichten – ich denke dabei an den Verzicht auf die Erbschaftssteuer –, dann meinen Sie, von der Differenz Ihre Hypothek zahlen zu können. So geht das nicht. Man muss solide finanzieren. Das schafft dieser Haushalt.

(Beifall der SPD)

Er schafft vor allem etwas, was in dieser Zeit wichtig ist, weil die Menschen auf Vertrauen setzen. Vertrauen hat etwas mit Heimat, mit Stabilität im Lande und mit festen Strukturen zu tun. Das ist ein Umfeld, das den Menschen die Basis gibt, in ihrer Region und ihrer Heimat verankert zu sein. Man weiß, wenn man sich einbringt, wofür man sich engagiert. Das ist gut für Unternehmen und Arbeitnehmer. Das gibt Selbstbewusstsein, um das tägliche Leben und die Herausforderungen zu meistern.

Deswegen setzen wir auf wirtschaftliche Entwicklung und Stärke. Das beweist der Haushalt insbesondere mit den Investitionen im Bereich der Investitions- und Strukturbank und bei der Stärkung der entsprechenden Kapitalmarktbasis.

Es waren gute Entscheidungen, das Sparkassengesetz rechtzeitig zu reformieren und die Landesbank mit den Stuttgartern zu integrieren. Das ist wichtig; denn wir brauchen eine solide Basis. In einem Flächenland ist es wichtig, zielgerichtet zu investieren.

Schauen Sie sich an, was allein mit der ISB an Arbeitsplätzen gesichert und geschaffen wurde. Das zeigt, hier wird solide gearbeitet. Wir haben ein solides wirtschaftliches Fundament.

(Beifall der SPD)

Das kann man an den Ergebnissen ablesen. Der dritte Platz auf der Arbeitsmarktstatistik wurde schon genannt.

Bei der Eigentumsquote liegen wir bundesweit auf dem zweiten Platz. Das sagt etwas über Stabilität aus. Das eigene Häuschen, die Solidität zu Hause und die Berechenbarkeit sind in einer Zeit der Globalisierung wichtig, in der die Menschen nicht wissen, wohin die Entwicklung geht und wo etwas Fassbares und Reales ist. Glauben Sie mir, von daher gesehen ist dieser Punkt eine wichtige Grundlage sozialdemokratischer Haushaltspolitik.

(Beifall der SPD)

Dazu gehört auch, dass man vorsorgt. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, der Pensionsfonds ist eine feste Größe. Ich will Ihnen an einem einfachen Beispiel zeigen, wie der Pensionsfonds im Haushalt zu nutzen ist. Ich will Ihnen sagen, wie man das beispielsweise in meiner Familie gemacht hat. Mein Onkel war Landwirt und wollte sich einen Traktor kaufen. Meine Mutter als Angestellte verfügte über etwas Guthaben. Der Onkel hätte die Möglichkeit gehabt, zur Bank zu gehen und einen Kredit mit einem entsprechenden Zinssatz aufzunehmen. Das hat er nicht gemacht. Er ist zu seiner Schwester gegangen, die ihm das Geld zur Verfügung gestellt hat. Das geschah mit dem Zinssatz, den sie auf der Sparkasse bekommt. Im Ergebnis hatten alle einen Vorteil davon.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Meine Damen und Herren, das funktioniert nur, wenn man sich einig ist und wenn man in einer Familie lebt. Das fällt Ihnen schwer, da das reale Beispiele sind, wie Menschen gemeinsam das wirtschaftliche Leben meistern.

(Beifall der SPD –  
Licht, CDU: Mit dem kleinen Unterschied,  
die Bekannte muss sich das Geld  
erst einmal leihen!)

Die wirtschaftliche Situation ist das eine Thema. Dazu kommen die ökologische Perspektive und das nachhaltige Arbeiten. Im Haushalt sind bezüglich langfristiger Zukunftsorientierungen wichtige Investitionen angesprochen. Dazu gehört die Klimaschutzstrategie, die Energiestrategie, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Hochwasserschutz. Das ist alles wichtig für einen sorgfältigen Umgang mit unserem Land. Als Stichworte nenne ich „Forstwirtschaft“ und „Naturschutzprojekte“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können aus diesem Grund etwas auf unsere Plakate schreiben. Das ist der Unterschied zur Opposition der CDU. Wir haben Inhalte und schreiben etwas darauf, weil wir erfolgreich sind.

(Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es klang so, als ob Sie von einem Ausgabenscherbenhaufen sprechen. Wenn man unterwegs ist in der Region und zu den entsprechenden Gemeinden und Kreisen fährt, bei denen sich die Bürgermeister und Landräte freuen, dass sie eine Ganztagschule bekommen und manchmal traurig sind, weil sie gerne noch eine IGS bekommen hätten, dankbar für jede Förderung für einen Sportplatz

sind, dann habe ich nicht den Eindruck, dass es ein Ausgabenscherbenhaufen ist. Das Gegenteil ist der Fall. Es sind Ihre Leute, die zu uns kommen und fragen, ob sie auch eine Schule oder eine Förderung für ihr Projekt bekommen.

(Beifall der SPD)

Der dritte Punkt ist mit der Wirtschaft und der Ökologie untrennbar verbunden. Das sind die soziale Gerechtigkeit und die Sicherheit. Das sind Investitionen im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich und bei der Inneren Sicherheit. Das sorgt für soziale Stabilität. Darum geht es in unserem Land in dieser Zeit.

Es geht um Perspektiven für junge Menschen. Dazu kann man ein Beispiel nennen. Ein Kind aus Rheinland-Pfalz hat über die Perspektive einer kostenfreien Kindertagesstätte, der kostenfreien Ganztagschule bis hin zum Studium die Möglichkeit, einen Lebensweg zu finden. Das gilt für jedes Kind jeder Herkunft und Konfession. Es soll ihnen eine soziale Chance gegeben werden. Das ist soziale Gerechtigkeit. Dabei bleiben wir.

(Beifall der SPD)

Zu diesem Aspekt gehört das Thema „Erbschaftsteuer“. Wer soll die entsprechenden Lasten mittragen, wenn nicht stärkere Schultern etwas zugunsten nicht so starker tragen? Das ist gelebte Solidarität. Da ist wichtig. Dabei bleiben wir. Das drückt aus, dass eine Ellenbogengesellschaft allein nicht funktioniert. Wir brauchen eine Gesellschaft, die auf Solidarität setzt. Dazu gehört eine sinnvolle Besteuerung von Erbschaften.

(Beifall bei der SPD –  
Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

– Das ist keine Ideologie, sondern – – –

(Creutzmann, FDP: Das passt  
auch gar nicht zu Ihnen!)

– Das hat nichts mit Ideologie zu tun. Ein solides Vermögen kann bei Übertragung mit dazu beitragen. Das betrifft die größere Menge. Das berühmte „Häuschen der Oma“ ist steuerfrei gestellt. Wir bleiben damit auf einer guten Linie.

Lieber Herr Kollege Creutzmann, ich will Ihnen sagen, die Kollegen von der Union springen auf jedes Pferd, das vorbeiläuft, und zwar egal, welche Farbe es hat. Man versucht, auf das Pferd zu springen. Als Beispiel nenne ich die Erbschaftsteuer. Man galoppiert mit dem Ziel weiter, kein Ziel zu haben. Das geschieht ohne Orientierung. Es geht dann aus wie in Bayern, das Pferd klappt zusammen, und die Reiter fallen herunter. Das ist kein Weg. Manchmal ist es sinnvoller, auf dem Boden zu bleiben und zu Fuß weiterzugehen. Man kommt dann besser weiter.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –  
Zuruf des Abg. Martin, FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt setzt die richtigen Schwerpunkte. Er setzt auf etwas, was nicht

nur in den Zahlen und Büchern des Haushalts steht, das ist die Leistung der Menschen.

Das ist mit ein Schatz und ein Vermögen unseres Landes Rheinland-Pfalz. 4 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer engagieren sich. Über 1,5 Millionen sind im Ehrenamt tätig. Deshalb ist es wichtig, gerade beispielsweise in den Bereichen des Sports und der Kultur Förderungen vorzunehmen.

Die Menschen sind stolz auf das, was sie erarbeitet haben. Es ist ein schönes Land. Sprechen Sie mit den Menschen. Sie sind stolz auf die Projekte in ihrem Verein, in ihrer Gemeinde, in ihrem Dorf. Das gibt ihnen Orientierung für die Zukunft. Daher setzt der Haushalt die richtigen Schwerpunkte bei den Investitionen, die richtigen Schwerpunkte bei der Konsolidierung und die richtigen Schwerpunkte bei der Vorsorge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sind recht herzlich eingeladen, gemeinsam mit uns über den Haushalt zu diskutieren. Das ist auch eine Chance für Sie. Nutzen Sie die Chance, gemeinsam mit uns die Zukunft für unser Land zu gestalten, und stimmen Sie unserem Haushalt zu.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Sind Sie damit einverstanden, dass wir diesen Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse überweisen? – Ich vernehme große Einmütigkeit. Damit ist der Gesetzentwurf zusammen mit dem Finanzplan an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Wahl von zwei stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz  
Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags  
– Drucksache 15/2659 –**

Zu Nummer 1 der Drucksache 15/2659 wird Frau Brigitte Meier-Hussing vorgeschlagen. Zu Nummer 2 der Drucksache wird Herr Dr. Richard Ley vorgeschlagen. Wer ist für die Wahl der Dame und des Herrn? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die zwei stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs gewählt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 15/2497 –  
Zweite Beratung**

**dazu:**

**Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses**

– Drucksache 15/2653 –

Gemäß Absprache im Ältestenrat ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich bitte Frau Brigitte Hayn um die Berichterstattung. – Frau Hayn ist nicht anwesend. Herr Dr. Rosenbauer übernimmt die Berichterstattung. Das ist etwas ungewöhnlich, aber wenn Sie legitimiert sind, ist das in Ordnung. Sie können aber auch auf die Berichterstattung verzichten, Herr Dr. Rosenbauer.

**Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:**

Ich verzichte gerne.

**Vizepräsident Bauckhage:**

Herr Dr. Rosenbauer verzichtet auf die Berichterstattung.

(Vereinzelt Beifall im Hause)

Die Berichtersteller werden immer im Ausschuss nominiert. Daher war dieses Vorgehen etwas ungewöhnlich.

Wir stimmen in zweiter Beratung unmittelbar über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2497 – ab. Die Beschlussempfehlung empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Wer in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2497 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen wurde.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des Verwaltungsfachhochschulgesetzes und des Landesgesetzes über die Zentrale Verwaltungsschule Rheinland-Pfalz  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 15/2333 –  
Zweite Beratung**

**dazu:**

**Beschlussempfehlung des Innenausschusses**

– Drucksache 15/2654 –

Es ist im Ältestenrat abgesprochen worden, dass dieser Punkt ohne Aussprache behandelt wird. Zunächst bitte ich aber um die Berichterstattung durch Herrn Abgeordneten Lammert.

(Zurufe: Wir verzichten!)

**Abg. Lammert, CDU:**

Ich verzichte.

**Vizepräsident Bauckhage:**

Herr Abgeordneter Lammert verzichtet.

(Heiterkeit im Hause)

Es ist auch ungewöhnlich, dass ständig auf die Berichterstattung verzichtet wird.

(Heiterkeit im Hause)

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/2333 – in zweiter Beratung. Da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt, ist unmittelbar über den Gesetzentwurf abzustimmen. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer enthält sich der Stimme? – Gegenstimmen? – Ich stelle einstimmige Annahme fest

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 6** der Tagsordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des  
Landespersonalvertretungsgesetzes  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 15/2414 –  
Zweite Beratung**

**dazu:  
Beschlussempfehlung des Innenausschusses  
– Drucksache 15/2655 –**

Im Ältestenrat ist abgesprochen, den Gesetzentwurf ohne Aussprache zu behandeln. Die Berichterstattung erfolgt durch Herrn Abgeordneten Fritz Presl.

(Zurufe: Wir verzichten!)

– Es ist guter Brauch, dass Bericht erstattet wird, wenn der Berichterstatter anwesend ist. Herr Presl, es sei Ihnen aber verziehen.

Wir kommen dann zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/2414 – in zweiter Beratung. Die Beschlussempfehlung empfiehlt eine unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist das „Landesgesetz zur Änderung des Landes-

personalvertretungsgesetzes“ in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen worden.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des  
Kirchensteuergesetzes  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 15/2503 –  
Zweite Beratung**

**dazu:  
Beschlussempfehlung des Haushalts-  
und Finanzausschusses  
– Drucksache 15/2656 –**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln. Zunächst bitte ich um die Berichterstattung durch Herrn Abgeordneten Bracht.

**Abg. Bracht, CDU:**

In der Serie verzichte ich ebenfalls.

**Vizepräsident Bauckhage:**

Man kann das alles vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen sehen; denn es ist äußerst ungewöhnlich, dass ständig auf die Berichterstattung verzichtet wird. Vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen habe ich aber Verständnis dafür.

Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/2503 – in zweiter Beratung. Der Ausschuss empfiehlt eine unveränderte Annahme. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer enthält sich der Stimme? – Gegenstimmen keine.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist das „Landesgesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes“ in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen worden.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des Steuer-  
beraterversorgungsgesetzes  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 15/2628 –  
Erste Beratung**

Gemäß Absprache im Ältestenrat ist keine Aussprache vorgesehen. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. – Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Elften Rundfunk-  
änderungsstaatsvertrag  
Gesetzentwurf der Landesregierung**  
– Drucksache 15/2636 –  
**Erste Beratung**

Da es sich um die erste Beratung handelt, ist im Ältestenrat ebenfalls vereinbart worden, keine Aussprache durchzuführen. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Medien und Multimedia

– federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Wer ist gegen diese Überweisung? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf an die genannten Ausschüsse überwiesen worden.

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, den 12. November dieses Jahres, um 14:00 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

E n d e d e r S i t z u n g : 18:09 Uhr.